

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 1

(Beginn: 14.42 Uhr - Ende: 19.17 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne jetzt die 54. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sehr, sehr herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterin -

(Zuruf: Stellvertretende!)

- und Sie natürlich noch einmal, die Mitglieder des Rates, insbesondere diejenigen, die heute Morgen noch nicht bei uns sein konnten.

Wir haben heute Morgen, meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung der Haushaltsatzung schon einen zukunftsweisenden Beschluss gefasst und kommen jetzt zur regulären Sitzung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Geraedts und Frau Wolter entschuldigt.

Ich schlage vor, dass die Stimmzähler von heute Morgen auch für diese Sitzung benannt werden. Das wären damit Frau Sommer, Herr Dr. Unna und Herr Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 3.1.8, TOP 4.1 und 4.2, TOP 17.4 bis 17.7 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 6.1.2, 10.1, 10.5, 14.1, 23.2, 24.3 und 25.3. Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur zur Klärung: Sie haben eben TOP 3.1.8 als zugesetzt aufgerufen. Habe ich das richtig verstanden? -

Bei mir ist eigentlich TOP 3.1.8 zurückgezogen und TOP 3.1.9 neu. Könnten Sie das noch einmal sagen - nur, damit wir dann auch den richtigen Antrag auf der Tagesordnung beraten? - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das kann am Ende so sein, wenn es gleich geschehen wird. Bisher ist es noch nicht geschehen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Meine Güte! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Geduld!)

Ich muss da sehr formalistisch sein. Es tut mir leid. Das muss ja am Anfang so sein, wie es unseren Unterlagen entspricht.

Zu den Zu- und Absetzungen gab es nur die Wortmeldung von Herrn Joisten? - Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vom 04.11.2019 zum Thema „Abschaltung der Pfortnerampel“ vor. Das ist TOP 3.1.7. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter 3.1.9 ein Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, der Ratsgruppe GUT und von Ratsmitglied Herrn Wortmann vom heutigen Tage vor. Es geht um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlung in den alten Messehallen.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? Herr Wortmann? - Nein. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich jetzt zur Reihenfolge - - Herr Wortmann.

**Walter Wortmann (Freie Wähler Köln):** Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt vielleicht formal hineingrätsche.

Können wir nicht die Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.8 und 3.1.9 gemeinsam in einem Punkt behandeln? Das sind ja das gleiche Thema betreffende Anträge.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 2

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Wortmann! Ich empfehle, die Anträge einfach zurückzuziehen. Wir ziehen TOP 3.1.4 zurück, da der andere Antrag jetzt auf der Tagesordnung ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, das ist dann eine gute Lösung.

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): TOP 3.1.8 ziehen wir dann ebenso zurück.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Die Änderungen sind aufgenommen; darüber haben wir dann gleich abzustimmen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage Ihnen vor, die im nichtöffentlichen Teil eingestellten Tagesordnungspunkte 21.1, 21.2 und 24.1 - das sind drei der Tagesordnungspunkte, die die Kliniken der Stadt Köln gemeinsam bei den Anträgen behandeln - unter TOP 3.1.10 im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten. Das ist jetzt möglich, weil die Gespräche, die bei der erstmaligen Behandlung der Vorlage zum Medizin- und Standortkonzept noch liefen, inzwischen sehr viel weiter gekommen sind und auch der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln in der vorigen Woche Donnerstag in seiner Sitzung schon einen Beschluss gefasst hat.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann lasse ich über die Behandlung der Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir können in die Tagesordnung eintreten, meine Damen und Herren.

Da es keine Aktuelle Stunde gibt, komme ich direkt zu:

### **2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**

#### **2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig, Annahme des Werkes von Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga 2946/2019**

Ich bitte Sie, zu votieren, ob Sie wünschen, diese Schenkung anzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Positiv abstimmen!)

- Ja.

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Initiative „Junger Ankauf“, dass sie das Museum Ludwig in dieser Form unterstützen.

(Beifall)

Ich komme zu:

### **3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. „Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III“ AN/1254/2019**

Ich gebe zunächst den Antragstellern das Wort. Oder mag Herr Dr. Keller vielleicht als Stadtdirektor zunächst ein Wort dazu sagen? - Ja, das sieht so aus. - Herr Dr. Keller, bitte.

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 3

und Herren! Nur ein Satz dazu, weil in der Vorlage noch das Datum 01.10.2019 steht. Die Verwaltung wird dieses Datum selbstverständlich als Auftrag verstehen, die Maßnahme so schnell wie möglich umzusetzen. Dazu gehört auch die Durchführung des erforderlichen Beteiligungsverfahrens mit dem Gesamtpersonalrat. Der Personalrat hat ein Mitwirkungs-, aber kein Mitbestimmungsrecht in dieser Maßnahme. Wir werden das Verfahren schnellstmöglich einleiten, um die Maßnahme zügig umsetzen zu können. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Keller, herzlichen Dank für den Hinweis. In dem ersten Punkt steht noch das Datum von der letzten Sitzung. Insofern vielen Dank für den Hinweis.

Ich darf den Antrag kurz begründen. Wir haben hier mit großer Mehrheit die Verlagerung der Aufgabe des Amtes für Wirtschaftsförderung in die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs GmbH übertragen, deswegen macht diese Verlagerung erforderlich, dass wir die Bereiche, die früher in dem Dezernat III waren, neu sortieren und in eine andere Struktur bringen. Daher macht es Sinn, auch vor dem Hintergrund der Aufgaben, die insbesondere in dem Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur liegen, diese Aufgaben Liegenschaften und Verkehrsinfrastruktur zu verzahnen und deswegen dieser Antrag. Daher auch die Bitte, unserem Antrag zu folgen. - Herzlichen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Detjen und dann Herr Breite.

(Dr. Gerit Krupp [SPD]: Hallo!)

- Entschuldigung! Ich habe Sie nicht gesehen. Dann beginnt Herr Dr. Krupp - natürlich.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie brauchen nicht zu befürchten, dass jetzt eine lange Rede folgt, das ist nämlich gar nicht nötig, weil Ihr Vorhaben hier kann man wirklich mit wenigen Sätzen abräumen.

Ich war sehr gespannt darauf, Herr Kienitz, welche Argumenten jetzt kommen, das Liegenschaftsamt beim Dezernat Verkehr anzuhängen, und ich muss sagen, ich bin immer noch gespannt; denn ein Argument habe ich nicht gehört. Sie haben irgendetwas davon erzählt, es mache Sinn, Liegenschaften mit Verkehrsinfrastruktur zu koppeln. Das sehe ich nicht. Ich sage Ihnen, was Sinn macht: Liegenschaften entweder mit Wirtschaft zu koppeln, weil es um Gewerbeflächen und Ansiedlungen geht, oder - was vielleicht noch näher liegt in diesen Zeiten - eben mit dem Thema Wohnen zu koppeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das ist ganz klassisch Stadtentwicklung. Dahin gehört es dann.

Das Ganze ist ja hier quasi der Endpunkt einer mäandernden Geschichte. Am 27.01. die *Rundschau*: Blome nicht angetan von der Aufgabenfülle. - *Kölnische Rundschau* vom 05.09.2018: Liegenschaften wird immer noch von Blome abgedeckt, wird der Sache nicht gerecht. - Das war ein Kommentar von der *Rundschau*, nicht von mir, und zwar nicht, weil Frau Blome schlecht wäre oder es nicht könnte, sondern weil schlicht und ergreifend Verkehr für sich genommen in dieser Stadt nun wirklich Herausforderung genug ist. Darüber sind wir uns doch einig.

Das war auch Sinn und Zweck Ihres Vorhabens, den Verkehr aus der Stadtentwicklung herauszulösen. Dann machen Sie doch jetzt nicht den Fehler, ihn wieder zu überfrachten mit etwas, was thematisch gar nicht da hingehört, sondern eben zur Stadtentwicklung gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann *Rundschau*-Überschrift vom 17.09.: Blome soll dauerhaft mehr Macht erhalten. - Wenn das das Argument ist, dann gute Nacht. Ein sachliches Argument habe ich hier jedenfalls nicht gehört. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt Herr Detjen bitte.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier über die Bestellung eines kommunalen Wahlbe-

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 4

amten, und die Bestellung eines kommunalen Wahlbeamten ist Sache - -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: In weiblicher Form, oder?)

- Auch in weiblicher Form.

Es geht darum: Das ist nicht einfach die Aufgabe von - -

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Darf ich mal ausreden? Ich schreie Sie doch gar nicht an. Ich rede ganz ruhig und wollte einfach meine Position noch einmal darlegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir reden also über die Anstellung eines kommunalen Wahlbeamten.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein!)

- Doch, darüber reden wir. Und Sie streichen die eine Stelle des bisherigen Wahlbeamten faktisch. Das ist eigentlich die Situation.

Für mich wäre es richtig und gut gewesen, wenn wir hier im Rat mal darüber geredet hätten, ob wir diese eine Stelle streichen wollen. Ich hätte Ihnen gesagt: Nein. Ich biete Ihnen, der Koalition von CDU und Grüne, vonseiten der LINKEN an: Behalten Sie diese Stelle, die Kosten werden sich gut ausrechnen. - Das hätte ich Ihnen gesagt.

Wie man die Stelle dann besetzt und wie man die verschiedenen Ämter dazu gliedert, wäre eine zweite Diskussion gewesen. Aber das wäre die erste Diskussion gewesen.

Wenn Sie mich dann gefragt hätten: „Herr Detjen, wie machen wir das denn, wie gliedern wir das?“, hätte ich ähnlich argumentiert wie Herr Krupp. Dann hätte ich gesagt: Das ist die Chance, wenn jetzt die Wirtschaft sozusagen mehr oder weniger offen ist, zu sagen, dann können wir die Frage von Wohnen, Bauen, Liegenschaften in einer ganz anderen Konstellation klären.

Ich kann mich sehr gut an ein Telefonat mit der Frau Oberbürgermeisterin im Sommer vor zwei Jahren, glaube ich, erinnern. Da war ich im Urlaub, und da ging Herr Höhmann weg. Damals haben wir schon einmal dazu telefoniert, inwiefern man das anders gliedern kann.

Ich finde es schade, dass man nicht den gesamten Rat mitnimmt bei einer solchen wichtigen Entscheidung. Ich meine, man kann sagen, was

man will: So ein Manager vom Stadtwerke-Konzern verdient viel Geld. Aber ein Dezernent verdient - -

(Zuruf von Monika Roß-Belkner [CDU])

- Es geht um die Struktur einer Verwaltung. Ein Manager im Stadtwerke-Konzern verdient deutlich mehr, der kleinste Manager verdient etwa 250 000 Euro.

(Zurufe von der CDU)

- Darf ich mal ausreden? - Es ist ja fürchterlich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Lass dich doch nicht immer ablenken! Du bist doch selbstbewusst genug!)

Ich will nur darauf hinweisen, dass die Kosten für einen zusätzlichen Dezernenten im Vergleich zum Stadtwerke-Konzern relativ niedrig sind. Ich finde es schade, dass dieser Fehler begangen wird.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und für die große Freundlichkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite hat das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, das war gerade wieder putzig von Herrn Detjen. Nein, so gut verdient man bei den Stadtwerken dann doch nicht, Herr Detjen. 250 000 Euro für einen kleinen Manager - Sie können sich sicherlich sehr gern die Strukturen von Herrn Steinkamp mal erklären lassen; nicht dass das noch in der Öffentlichkeit so durchkommt, das möchten wir nicht. Auch ein Beigeordneter mit der Bezahlung - schauen Sie sich unsere Beigeordneten an: Da nagt noch niemand am Hungertuch. Ich glaube, es geht ihnen in der Form auch nicht so schlecht.

(Heiterkeit)

Man sieht es, Sie können sich Süßigkeiten noch leisten, Frau Oberbürgermeisterin. Das freut mich insbesondere.

Aber, Herr Krupp, eine Argumentation hatten Sie hier schon vorweggenommen: Wir fanden eigentlich auch eher logisch, dass es zu Bauen

und Planen kommt, zu Herrn Greitemann, und konnten den Antrag auch nicht in der Form verstehen, dass es jetzt dort hinkommt.

Eine andere Argumentation, die bis jetzt noch nicht gekommen ist, lautet: Wir müssen uns hier noch einmal darüber klar werden, dass es um die Auflösung des Wirtschaftsdezernats geht. Ich weiß nicht, ob es das richtige Zeichen in dieser Zeit ist. Gerade im Wirtschaftsteil der Medien können wir sehen, dass es bergab mit der Wirtschaft geht. Da bin ich eigentlich der Meinung, dass ein Beigeordneter als Botschafter für die Wirtschaft gut wäre.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir doch!)

- Nein, das sehe ich anders. Ich hätte gern weiterhin einen Beigeordneten dafür gehabt. Leider folgt die CDU dem nicht, sondern löst das Wirtschaftsdezernat bzw. den Wirtschaftsdezernenten auf. Frau Blome ist für mich nicht die Wirtschaftsdezernentin.

Man hätte das übrigens auch noch - wenn Sie sagen, darin sei zu wenig - aufwerten können, und zwar nicht nur durch die Wirtschaftsförderung, sondern auch durch KölnTourismus zum Beispiel. Das wäre ein Weg gewesen bzw. eine Lösung, die wir gern gemacht hätten.

Es wird jetzt hier eine Mehrheit geben. Die LINKEN, wie ich gehört habe, die SPD und die FDP werden nicht dabei sein. Ich bin gespannt, ob der neue selbsternannte - „Kanzlerkandidat“ wollte ich jetzt schon sagen -

(Heiterkeit)

- Oberbürgermeisterkandidat, Herr Zimmermann, jetzt plötzlich die Mehrheit bildet, um sozusagen einem Koalitionsvertrag von Grünen und CDU, in dem Sie eigentlich gar nicht dabei sind, sozusagen zur Mehrheit zu verhelfen. Ich muss sagen, das ist ein interessanter Einstand als Oberbürgermeisterkandidat. Überlegen Sie sich das noch einmal.

(Heiterkeit und Beifall)

Anscheinend ist dieser Vertrag gar nicht so schlecht gewesen, wenn Sie schon bei dem Beigeordneten mitmachen. Da geht es gar nicht um Inhalte bei dem Beigeordneten. Überlegen Sie noch einmal.

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, Sie sollte das eigentlich nicht jucken. Das geht jetzt hier durch. Und wenn schon sozusagen Ihre Mitbewerber Ih-

re Vorlagen mit unterstützen - hervorragend. Dann kann ja nichts schiefgehen am 13. September 2020. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann hat das Wort.

(Zurufe: Oh!)

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Breite, Sie haben vollkommen recht: Die amtierende Oberbürgermeisterin und wir sind uns in diesem Punkt vollkommen einig. Wir werden dem Antrag von Schwarz-Grün zustimmen und möchten hier nur noch einmal ganz kurz anmerken: Es gibt zu diesem Antrag übrigens keinen einzigen Änderungsantrag, wohin das Amt für Liegenschaften denn stattdessen soll. Die Mühe hätten Sie sich schon machen können, wenn Sie das für klüger gehalten hätten. Das ist nicht passiert. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zurufe von der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die SPD-Fraktion, die LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, AfD-Fraktion und Frau Gerlach. Wir müssen zählen. - 45 Stimmen. Die Oberbürgermeisterin stimmt in dem Fall nicht mit, weil sie kein Stimmrecht hat. Ich darf Ihnen aber sagen: Es sind 88 Ratsmitglieder anwesend, das ist also die Mehrheit, und die Gemeindeordnung sieht vor, dass die Geschäftskreise der Beigeordneten grundsätzlich im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin festgelegt werden, und ich stimme dieser Änderung des Geschäftskreises zu. Ich bin froh, dass die Verantwortlichkeiten nicht nur vertretungsweise, sondern dann auch regelgerecht geregelt sind. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme jetzt zu:

**3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und der Gruppe BUNT betr. „Frischezentrum in Marsdorf realisieren!“ AN/0740/2019**

**Änderungsantrag von RM Wortmann AN/0972/2019**

Ich gebe zunächst Herrn Joisten das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein geläufiges Sprichwort behauptet: „Gut Ding will Weile haben.“ Wenn wir dieses Sprichwort zugrunde legen würden, dann würden wir mit Sicherheit ganz schnell zum Ergebnis kommen, dass in Kürze, nämlich 2023, glückliche Markthändler auf dem Großmarkt in Marsdorf unterwegs sind und dort ihren Geschäften nachgehen. Es sieht aber anscheinend etwas anders aus.

Seit der Standortentscheidung für Marsdorf 2007, gefolgt von diversen Beschlüssen, sind inzwischen insgesamt zwölf Jahre ins Land gezogen, und wir reden immer noch über die Frage, ob und wann und wie.

Es gibt mit Sicherheit Themen und Projekte, die eine gewisse Zeit brauchen, aber ein Realisierungszeitraum von dieser Dimension ist bei einem Frischezentrum mit der Brisanz, die der Großmarkt und der Standort Raderthal mit sich bringen, nicht zu verantworten.

Dieses unverantwortliche Verzögern der längst beschlossenen Anlage durch die Verwaltung ist für uns jetzt nicht mehr hinnehmbar - deswegen dieser Antrag. Wie ich gerade schon angedeutet habe, hängt mit diesem Projekt schließlich auch die gesamte Entwicklung der Parkstadt Süd zusammen. Gerade die Parkstadt Süd müsste uns doch allen gemeinsam ein wirklich dringendes Anliegen sein, ein so großes Entwicklungsgebiet mit dem entsprechenden dort zu schaffenden Wohnungsbestand voranzubringen. Da ist der Großmarkt, wie wir alle wissen, doch ein Stein auf dem Weg zu diesen Wohnungen. Deswegen brauchen wir dort jetzt schnelle Umsetzung.

Aber auch mit Blick auf die Existenzen der Händler und ihrer Beschäftigten, die seit diesem Zeitraum im Ungewissen leben, wie es mit dem Großmarkt weitergeht, ist das wichtig. Entsprechende Investitionen - auch das war hier immer schon Thema - sind ausgeblieben. Der Groß-

markt ist auch in entsprechend marodem Zustand. Auch diesen Menschen gegenüber haben wir eine Verantwortung, jetzt hier voranzukommen. Die Verwaltung - das muss ich leider noch einmal an der Stelle betonen - lässt auch diese Händler im Stich.

Es verwundert schon sehr - da komme ich jetzt noch einmal auf Frau Blome, die in anderem Zusammenhang eben schon einmal Thema war -, wie unterschiedlich dazu auch die Verwaltung Aussagen trifft. Ich zitiere den *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 21.08.2019, in dem Frau Blome zitiert wird, man sei im Zeitplan. Ich zitiere aber auch die Beantwortung einer Anfrage der BV Rodenkirchen aus dem September dieses Jahres, worin es heißt - ich zitiere -:

Zum Datum der Fertigstellung des Neubaus eines Frischezentrums kann die Verwaltung derzeit keine verbindlichen Aussagen treffen.

Entweder es gibt einen Zeitplan, dann kann man verbindliche Aussagen treffen, oder es gibt ihn nicht. Das passt nicht so ganz zusammen.

Ich muss leider auch auf den Beigeordneten Greitemann an der Stelle zurückkommen bzw. zu sprechen kommen; denn dessen Gebäudewirtschaft hat bereits seit 2016, von diesem Rat beschlossen, einen klaren Auftrag, in Abstimmung bzw. im Gespräch mit Vertretern der IG Großmarkt das Frischezentrum zu planen und zu bauen. Wir erfahren jetzt aber in einer Runde - der IG Großmarkt hat das auch noch einmal aus einer anderen Runde bestätigt -, dass die Stadtverwaltung/Herr Greitemann sagt: Wir bauen dieses Frischezentrum gar nicht in Eigenregie. - Das ist aber Beschlusslage dieses Rates. Deswegen ist doch zunächst einmal hier zu beraten und miteinander zu beraten, wie wir mit einer solchen klaren Beschlusslage umgehen.

Ich zitiere auch noch einmal der Vollständigkeit halber, damit da auch keine Missverständnisse - wie an anderer Stelle schon einmal aufgetreten - mehr entstehen, dass am 15.03.2016 mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grüne und LINKE Folgendes beschlossen wurde:

Mit Planung, Bau und technischem Betrieb der Frischemarkt-Immobilie wird der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ... beauftragt.

Hier liegt also ein klarer Auftrag vor. Diese Beschlüsse sind aber, wie gesagt, aus dem Jahr 2016, bis heute nicht umgesetzt und auch in kei-

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 7

ner Realisierungsperspektive derzeit. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns doch darüber einig sind, dass wir Anträge beschließen, damit sie am Ende des Tages auch Realität werden.

Gemeinsam mit den Kollegen von den LINKEN haben wir uns jetzt entschlossen, diesen Antrag zu stellen. „Jetzt“ ist eigentlich ein Euphemismus. Der Antrag ist im Mai gestellt worden. Seitdem werden wir immer wieder ein Stück weit hingehalten: Es würde weitergehen, wir würden da in Kürze zu einem Ergebnis kommen. Das ist aber nicht absehbar. Deswegen ist es aus unserer Sicht jetzt höchste Zeit, den Rat hier heute noch einmal mit diesem Thema zu beschäftigen, damit dieses Projekt endlich Fahrt aufnimmt.

Meine Fraktion bekennt sich klar zum Betrieb eines städtischen Frischezentrums als unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Lebens- und Versorgungsqualität, die wohnortnahe Versorgung, aber auch konzernunabhängige Handelsplattformen für regionale Erzeugnisse - das muss doch in unserem gemeinsamen Interesse sein. Deswegen lehnen wir auch den Antrag des Kollegen Wortmann ab.

Zum Abschluss sei noch einmal gesagt: Jeder, der sich noch einmal einen Überblick verschaffen möchte - auch, was die beihilferechtlichen Fragen betrifft -, kann das mithilfe des Gutachtens, das von Aulinger im Auftrag der Verwaltung erstellt wurde, tun. Aber auch das liegt seit 2017 unkommentiert vor. Eine Einordnung der Verwaltung ist leider bisher auch nicht erfolgt.

Summa summarum sind wir also in einer Situation, in der wir ein Frischezentrum für diese Stadt dringend brauchen. An dem Standort, wo der Großmarkt jetzt ist, kann er nicht bleiben. Wir brauchen die Parkstadt Süd. Ich appelliere daher an Sie alle, hier heute unserem Antrag zuzustimmen, um ein klares Signal zu setzen für das Frischezentrum und für eine zügige Umsetzung des Projektes; denn hier hat gut Ding keine Weile. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Frau von Bülow hat eben in der Haushaltsdebatte die

gesunde Ernährung als ein wichtiges Thema angesprochen. Ich sehe das genauso.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja schön!)

Sie ist aber noch weiter gegangen und hat eine lokale und regionale Ernährungsstrategie eingefordert und hat dann gesagt: „Das meinen wir ernst.“

Wenn Sie das ernst meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen - ich spreche Sie alle an -, dann sollten Sie unserem Antrag nach einem Frischemarkt zustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon gemacht! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es kommt ja noch eine Rede von uns! Keine Sorge!)

Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, können wir diesen Prozess der gesunden Ernährung weitertreiben und entwickeln. Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie gesunde Lebensmittel auf den Markt bringen wollen, wird das nicht über die Direktvermarktung von dem Bauern oder von dem Metzger funktionieren. Das wird nicht reichen, wenn Sie die ganze Stadtgesellschaft anders ernähren und anders entwickeln wollen, wie Sie das angesprochen haben. Es wäre fatal für die Versorgungsschiene, wenn das Herzstück der Wochenmärkte, das ja der Frischemarkt ist, in private Hand übergehen würde.

Ich kann Ihnen auch sagen, was dann passieren würde - die Gefahr sehe ich; sie ist bei der CDU klar vorhanden, bei den Grünen nicht so -: Dann wird diese Schiene komplett oder in großem Umfang - so muss man sagen - in die Hände des REWE-Konzerns wandern, der in Köln einen besonderen Standort hat und sich natürlich bemüht, viele Geschäfte zu eröffnen.

Deswegen darf sich die Stadt Köln aus der Daseinsvorsorge nicht zurückziehen. Ich merke im Moment, dass CDU und Grüne bei allen Punkten überlegen: Können wir uns da herausziehen, überlassen wir das den Privaten? - Nein. Wenn Sie Einfluss nehmen wollen, gerade in Richtung Lebensmittelversorgung, dann muss die Stadt in diesen Prozess eingreifen.

Die Entwicklung auf dem Frischemarkt hat noch eine ganz andere Bedeutung. Denken Sie mal an das große Thema „Smart-City“. In dem Zusammenhang wird gerade damit begonnen, die Frage von Versorgung mit Lebensmitteln direkt nach Hause zu diskutieren. Das ist auch ein Thema. Wie wollen kleine Unternehmen dieses

Problem lösen? Das ist dann auch wieder ein Pfund für die großen Konzerne.

Meine Damen und Herren, wir haben eine klare Beschlusslage für die Schaffung von Frischemärkten. Wir haben aber den Eindruck, dass der Verwaltung das Interesse und die Motivation für die Umsetzung dieses Beschlusses ausgegangen sind. Deswegen brauchen wir einen Beschluss, mit dem wir die Verwaltung wieder motivieren und entwickeln.

Die CDU steht unter dem Druck durch das Lindenthaler Bürgertum, die dieses Frischezentrum nicht brauchen. Die Grünen taktieren auch, weil sie natürlich überlegen, ob man das Gelände in Marsdorf anders nutzen kann - Stichwort „FC“.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, nein, das ist daneben!)

- Das ist daneben. Klar ist es daneben. Das ist ja das Geniale. Genau das ist ja das Geniale, dass es daneben liegt. Verstehen Sie? - Und wenn der Großmarkt zu groß wird, ist der FC weg.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein!)

- Ja, wenn er da überhaupt hingeht.

Ansonsten ist doch sowieso klar, die Verwaltung hat auch gesagt: Es wird eng mit dem Daneben. Es wird eng.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Du hast ja keine Ahnung, wie viel Platz da ist!)

Also ist die Frage, ob das überhaupt passt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Passt schon!)

Der Großmarkt war zuerst da und nicht der FC. Das muss man auch mal ganz nüchtern feststellen.

Im Ergebnis wird die Schaffung des Frischemarktes immer weiter verschleppt. Meine Damen und Herren, diese Verschleppung gefährdet den Großmarkt und die vielen Arbeitsplätze, die an ihm hängen. Diese Verschleppung gefährdet auch die Händler auf dem Wochenmarkt, die kleinen Gemüsehändler und die Restaurantbetreiber. Sie alle sind davon abhängig, dass es in Köln einen Frischemarkt gibt und dass wir endlich dazu kommen, uns zu entscheiden und der Verwaltung zum alten Beschluss zu sagen: Bitte, Verwaltung, setzen Sie das um. - Dieses Signal müssen wir gegenüber der Verwaltung setzen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es auch hier notwendig ist, zunächst einmal einige Fakten geradezurücken.

Es wurde bereits erläutert, dass das Thema 2007 von dem Kandidaten der SPD, der kein Kanzlerkandidat werden will, damals hier in seiner Kölner Funktion eingebracht wurde. Kurz danach hat er sich dann nach Düsseldorf verabschiedet und das bei seiner Kollegin abgeladen. Die Kollegin hat sich damit Zeit gelassen. Sie hat sich einige Zeit gelassen, und dann kam ein Modell heraus, das wirtschaftlich gar nicht ging. Ich war eines der wenigen Ratsmitglieder, die - ich glaube, es war im Jahr 2014 - bei der Veranstaltung der damaligen Wirtschaftsdezernentin am Großmarkt war. Als sie das vorgestellt hat, brach dort das große Heulen und Zähneklappern aus, weil nämlich kein Mensch die Preise, die sie aufgerufen hatte, bezahlen konnte.

Das heißt, acht Jahre waren vergangen, ohne dass es überhaupt ein sinnvolles Ergebnis gegeben hat. Das heißt, im Jahr 2015, als CDU und Grüne hier die Verantwortung übernommen haben von Ihnen, war es so, dass wir im Prinzip den Reset-Knopf drücken mussten, weil das Konzept, das acht Jahre lang entwickelt worden ist, gar nicht funktioniert hat.

Wenn man bedenkt, was die Händler dort heute für Abstellflächen bezahlen, dann sind das relativ geringe Preise. Zudem gibt es eine ganze Reihe von rechtlichen Restriktionen, die wir als Kommune einhalten müssen. Da ist das ganze Thema Beihilferecht, was natürlich, da wir uns hier in einem sehr wettbewerblichen Markt befinden, ernst genommen werden muss. Wir haben schon einmal eine größere - ich sage es mal so - Niederlage vor der Europäischen Kommission einfahren müssen, weil man damals gedacht hatte, dass das Beihilferecht an der Stelle relativ einfach zu umgehen ist. Dafür haben wir lange bezahlen müssen. Das darf hier nicht passieren.

Das heißt, wir brauchen hier eine Lösung, die am Ende vernünftig ist, die vertretbar ist und die dazu führt, dass wir eine Situation bekommen, in der die Händler auch unter normalen Bedingungen betriebswirtschaftlich überleben können und

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 9

nicht nur durch eine künstliche Subvention der Stadt Köln. Das ist ein sehr wichtiger Parameter, den man hier berücksichtigen muss.

Das Zweite ist eben auch, weil Sie acht Jahre Zeit verschlafen haben, die Frage des notwendigen Umfangs des Großmarkts. Denn letztlich haben die drei größten Händler zwischenzeitlich ihre Betriebsflächen gar nicht mehr auf dem Gelände des bisherigen Großmarkts, sondern sind in Köln an die Peripherie bzw. außerhalb von Köln gezogen. Das muss man in einer Neukalkulation natürlich berücksichtigen.

Deshalb dauert der Prozess von 2014 jetzt auch noch an. Wir wollen den Fehler, den Sie in der Vergangenheit gemacht haben, nicht wiederholen und ohne die Betroffenen diesen Prozess vorantreiben. Daher ist die Verwaltung in einem guten Dialog mit den Markthändlern. Wir waren alle als Politik dazu eingeladen. Jetzt gilt es, zunächst noch einmal Klarheit darüber zu schaffen, wie groß die Fläche überhaupt sein muss, damit man hier eine adäquate Lösung bekommt.

Wir brauchen auch noch einmal Klarheit darüber, wie überhaupt die Leistungsfähigkeit ist und ob die Händler die Preise, die dort aufgerufen werden, bezahlen können. Die Investitionssummen, die selbst jetzt in dem revidierten Modell der Händler vorgeschlagen sind, liegen immer noch in einer Größenordnung zwischen 80 und 100 Millionen Euro, wenn man die Kubaturen, die gewünscht sind, einmal hochrechnet. Ich sage es einmal so: Wir sollten vorsichtig sein, Bauten in der Größenordnung in die Landschaft zu stellen, ohne dass wir genau wissen, ob hinterher Mieterinnen und Mieter auch in der Lage sind, die erforderlichen Preise zu bezahlen.

Deshalb sage ich: Wir haben acht Jahre Zeit verschenkt, wir haben jetzt einen geordneten Prozess, lassen Sie uns diesen Prozess weitergehen. Die entsprechenden Beschlüsse hat der Rat getroffen. Es müssen hier die Themen Wirtschaftlichkeit und gegebenenfalls auch noch einmal das Thema Verkehr, da im Jahre 2020 die Verkehrssituation eine andere als im Jahr 2007 ist, entsprechend behandelt werden. Ich kann nur sagen: Ihr Antrag ist in weiten Teilen überholt. Deshalb können wir ihr an der Stelle nicht zustimmen und bitten auch die anderen Fraktionen darum. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Frank das Wort.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung über den Standort ist tatsächlich erst 2017 gefallen, und zwar am 11.07.2017 - auch mit den Stimmen der SPD -, weil der Auswahlprozess, der übrigens schon 2001 gestartet wurde, erst 2007 zu Ende war, als dann Marsdorf ins Gespräch kam. Das muss man wissen. Insofern gibt es längere Zeitverläufe.

Die Frage, die sich stellt, ist folgende: Bringt Ihr Antrag, wenn man ihn beschließen würde, etwas Neues?

Wir haben einen Beschluss vom 11.07.2017, der die Standortentscheidung trifft, und wir haben den auch von Ihnen zitierten Beschluss vom 15.03.2016. Seltsamerweise haben Sie den Beschluss vom 11.07.2017 gar nicht erwähnt in Ihren Ausführungen. Das macht einen dann schon stutzig. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Fakt ist, dass beide Ratsbeschlüsse den Rahmen setzen und einen klaren Auftrag definieren. Die Vorstellung, dass man jetzt in bestimmten Abständen immer wieder Beschlüsse wiederholt, also dass der Rat das noch einmal beschließt, ist nicht ernst zu nehmen. Wenn man das wirklich machen würde, wäre das ein Armutszeugnis für den Rat; denn wir haben der Verwaltung genau gesagt, was sie machen muss. Das müssen wir nicht in einem bestimmten Rhythmus immer wiederholen. Allein deshalb ergibt Ihr Antrag schon keinen Sinn.

Wenn man aber genauer in den Antrag hineinkommt, hat er auch Verengungen. Wir haben zum Beispiel bereits in dem Ratsbeschluss 2016 davon gesprochen, dass die Errichtung der Frischemarkt-Immobilie durch einen Generalübernehmer erfolgt. Das heißt, das ist darin schon definiert. Es ist auch noch definiert, dass die Planung und der Bau, also die technische Planung, durch die Gebäudewirtschaft erfolgen sollen. Wir wissen aber, dass die Gebäudewirtschaft mit dem Schulbau absolut ausgelastet ist. Um da auch noch einmal Ihrer Haushaltsrede zu korrigieren: Die Gebäudewirtschaft hat 870 Millionen Euro allein für Schulen zu verbauen. Ich bin gespannt, wie das geht, weil Sie sagten, da wäre viel zu wenig Geld in der Kasse.

Das heißt also, wir müssen uns hier überlegen, ob nicht auch die Planung durch einen Generalübernehmer vorgenommen werden soll; dann nennt sich das „Totalübernehmer“. Das heißt, wenn man Ihren Antrag beschließen würde, wäre

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 10

das einfach weggeschmuggelt worden. Insofern besteht eigentlich überhaupt keine Notwendigkeit für Ihren Antrag.

Wir als Grüne stehen zum Frischezentrum. Wir sehen auch das Frischezentrum als Aufgabe der Daseinsvorsorge. Das ist das Einzige, was in Ihrem Antrag richtig zitiert ist aus dem Gutachten. Wir sehen auch das Frischezentrum als Bestandteil einer Versorgungskette, die natürlich auch die Wochenmärkte mit einbezieht und die dafür sorgt, dass wir Vielfalt haben und nicht nur sozusagen auf Convenience Food und Dosenfutter von den großen Filialisten angewiesen sind. Wir stehen für Vielfalt, deshalb braucht es auch diese Strukturen. Das haben auch andere Städte; das steht gar nicht infrage.

Wir haben aber auch klare Planungsbeschlüsse und Planungsaufträge gefasst. Erst kürzlich hat der dafür zuständige Beigeordnete Greitemann ausdrücklich erklärt, dass er das entsprechende planungsrechtliche Verfahren weiter durchführt.

Insofern ist es sicherlich richtig, die Verwaltung noch einmal daran zu erinnern, dass diese Beschlüsse umgesetzt werden müssen und dass sie uns enger berichtet. Vor allem ist daran zu erinnern, dass wir auch beschlossen haben, die Markthändler und die Industrie- und Handelskammer, die dieses Verfahren sehr eng begleitet, stärker in den Planungsprozess einzubeziehen.

Dass es einen großen Bedarf gibt, hat die IHK durch ihre jüngste Umfrage bestätigt. Mehr als 150 im Großmarkt aktive Markthändler wollen umsiedeln. Das heißt, wir haben hier eine eindeutige Bedarfslage. Aber das Entscheidende ist jetzt nicht, Beschlüsse zu wiederholen, die nichts Neues beinhalten bzw. die die alten Beschlüsse verengen, sondern es kommt jetzt auf das Handeln der Verwaltung und darauf an, dass wir gegebenenfalls bestehende Beschlüsse noch einmal aktualisieren müssen. Ich denke zum Beispiel an die Frage: Wer soll dieses Frischezentrum bauen? - Aber dazu haben Sie überhaupt keine Vorschläge, sondern glauben, die Gebäudewirtschaft wird das alles schon richten. Da Sie auch bei den beiden Gesprächen dabei waren, müssten Sie das eigentlich besser wissen.

Kurz und gut: Ihr Antrag bringt nichts. Deshalb werden wir ihn auch nicht unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Akzeptieren Sie eine Zwischenfrage?

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, natürlich. Aber meine Redezeit ist ja um.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frank, stimmen Sie mir zu - so muss ich meine Frage beginnen -, dass in dem Beschluss vom 15.03.2016, den Sie zitiert haben, in dem nämlich, wie ich eben schon zitiert habe, der Rat beschlossen hat, dass mit Planung, Bau und technischem Betrieb der Frischemarkt-Immobilie der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft unter folgender Maßgabe beauftragt wird - das war eben das Zitat schon einmal -, dass aber weiter unten in dieser Beschlussfassung Folgendes gesagt wird:

Auf Basis eines Baubeschlusses soll die Ausschreibung zur Errichtung der Frischemarkt-Immobilie, die seitens der Stadt errichtet und bewirtschaftet werden soll, erfolgen. Dazu ist vorrangig die Beauftragung eines Generalübernehmers ... zu einem fest zu vereinbarenden Termin und Preis zu prüfen.

Das heißt, all die Dinge, die Sie jetzt genannt haben - da würden Sie mir doch zustimmen? -, sind mit diesem Ratsbeschluss bereits in Auftrag gegeben. Es ist also ein Umsatzdefizit.

Das heißt, wir haben seit 2016 keinen einzigen Schritt in diese Richtung weiter getan. Deswegen stimmen Sie mir doch hoffentlich zu, dass es Sinn machen kann und heute auch Sinn macht, der Verwaltung hier noch einmal einen klaren Auftrag zu geben, den ansonsten die Verwaltung scheinbar aus eigenem Antrieb nicht nachkommt? Zumal die klare Erklärung im Raum steht, dass der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft jetzt nicht mehr an dieser Baustelle tätig ist. Das kann der Rat an dieser Stelle nicht akzeptieren. Deswegen macht es, wie ich glaube, Sinn, einen solchen Beschluss heute noch einmal herbeizuführen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Antwort zu A: Ja, und zu B: Nein. Warum?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 11

Ich habe eben schon gesagt, das mag vielleicht sein, wenn Menschen christlich geprägt sind, dass sie gern Bekenntnisse abgeben oder immer wieder die Predigt wiederholen. Dadurch wird aber nichts besser.

Wir haben eine Beschlusslage - Sie haben das eben ganz klar gesagt -, und diese Beschlusslage gilt. Die Verwaltung wird sie umsetzen müssen. Dass es auf dieser Strecke Probleme gibt, das wissen wir. Wir haben auch weitere Gesprächsrunden geplant und auch angeboten, die mit Ihnen zu führen. Dazu haben wir bisher noch keine positive Rückmeldung. Insofern gilt das, was wir damals beschlossen haben. Das wird nicht dadurch besser oder anders, indem man das jede Woche wiederholt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! SPD, LINKE und BUNTE wollen heute in Sachen Großmarkt den Deckel draufmachen. Sie wollen Marsdorf als Standort für den Frischemarkt beschließen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist schon lange beschlossen!)

- Ja, Sie wollen ihn aber heute noch einmal bekräftigen und endlich umsetzen.

Meine Damen und Herren, die FDP würde ebenfalls gern den Deckel draufmachen und den Standort Marsdorf für den Frischemarkt endgültig begreifen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird es Sie auch nicht wundern, dass wir den vorgelegten Antrag heute ablehnen werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die FDP hat sich von Anfang an in dieser unendlichen Geschichte zur Standortfrage des Großmarkts eindeutig positioniert. Wir haben uns von Anfang an gegen Marsdorf ausgesprochen und stattdessen Volkhoven/Weiler als Alternative präsentiert. Von Anfang an war uns klar, dass die Vorstellung, dass Lkw, Transporter und Versorgungsfahrzeuge zum Großmarkt fahren müssen, in Marsdorf

immer wieder zu großen verkehrlichen Problemen führt. Es schien uns wirklich absolut unrealistisch, dort den Standort für den Frischemarkt anzusiedeln.

Neben dieser verkehrlichen Belastung - insbesondere für die Einfallstraßen Aachener Straße, Dürener und Luxemburger Straße - ist es auch so, dass die Verbindungsachsen wie der Kölner bzw. der Marsdorfer Weg sowie die Friedrich-Schmidt-Straße enorm belastet würden. Das kommt zu der Einführung des geplanten Expressbusses hinzu. Das klingt nach Verkehrsinfarkt.

Wir sind auch dafür, dass wir endlich zu einer Lösung kommen. Insofern kann ich es sehr gut nachvollziehen, dass wir sagen, wir müssen Tempo in diese Entscheidung hineinbringen. Es muss natürlich in der Tat ein Signal für die Händler am Großmarkt geben, wie die Zukunft auszu-sehen hat. Sie brauchen Planungssicherheit. In der Tat ist das ein berechtigtes Anliegen, was auch vonseiten der Antragsteller angesprochen wurde.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, aber im Hinblick auf die Betriebsform des Unternehmens sehen wir den Antrag sehr kritisch. Ein stadt-eigenes Unternehmen, das mit der Aufgaben-wahrnehmung betraut werden soll, lehnen die Freien Demokraten ab. Das würde bedeuten, dass Mil-lionen von Subventionen in einen hochumstrittenen Standort fließen. Wollen Sie das wirklich? - Wir wollen das nicht.

Die Diskussionen im Wirtschaftsausschuss ha-ben doch gezeigt, wie schwierig es ist, ein wirt-schaftlich tragfähiges Betreibermodell zu finden. Diese Diskussion, die wir heute führen, taucht in schöner Regelmäßigkeit im Rat auf. Wir waren, wie gesagt, immer klar in der Ablehnung des Standortes, aber wir standen auch dort wirklich ganz allein gegen eine Phalanx aus SPD, CDU, Grüne und LINKEN. Dort war immer der Standort Marsdorf beschlossen worden.

Aber eines ist heute anders: Sprachen sich in den vergangenen Jahren CDU, Grüne und LINKE zwar immer im Grundsatz für den Stand-ort Marsdorf aus, haben sie sich doch nie so richtig getraut, eine endgültige Entscheidung zu treffen, stattdessen wurden immer neue Gutach-ten in Auftrag gegeben. Einmal war es ein Ver-kehrsgutachten, einmal ein Wirtschaftsgutach-ten, einmal wurde die damalige Wirtschaftsde-zerementin Ute Berg beauftragt, bei den Umland-gemeinden für ein Frischezentrum zu werben.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 12

Das Ergebnis: Die Nachbarkommunen haben dankend abgelehnt.

Wenn wir heute die Debatte verfolgt haben, ist uns eines klar geworden - das muss man sagen -: SPD, LINKE und die BUNTEN haben sich eindeutig positioniert. Sie haben gesagt: „Wir wollen den Standort Marsdorf“, und sie haben vorgestellt, wie sie sich die Betriebsform vorstellen. Das ist nicht unsere Vorstellung, aber ich muss sagen: Nach den Ausführungen von Herrn Petelkau und Herrn Frank frage ich mich: Quo vadis Schwarz-Grün in dieser Frage? Wohin gehen Sie? - Sie haben heute keine eindeutige Antwort gegeben.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich finde, diese Antwort haben viele Menschen in dieser Stadt verdient. Die Händler haben sie verdient. Es haben die Leute im Kölner Westen diese Antwort verdient. Ich finde, auch dieser Rat hat diese Antwort verdient. Sie haben sie nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt frage ich zunächst einmal nach Wortmeldungen zu dem Antrag von SPD, DIE LINKE und von der Gruppe BUNT. Wenn es dazu keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, rufe ich jetzt Herrn Wortmann auf als Antragsteller des Änderungsantrages.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute gehört, dass kürzlich noch einmal eine Vorbesprechung stattgefunden hat, ich glaube aber mit Fraktionsspitzen und -vertretern. Ich war da nicht geladen, deshalb kann es sein, dass sich Dinge hier wiederholen. Ich möchte dem aber einfach noch einmal Nachdruck verleihen.

Ich habe eigentlich schon seit vielen Jahren einen Kontakt zu den Großmarkt-Leuten und verfolge die Entwicklung dieser Fläche. Ich möchte zu Ihrem Antrag einfach sagen: Mit Verlaub, Ihr Antrag beschreibt doch genau den Weg, den die Stadt gegangen ist, aber den sie doch nicht mehr gehen kann. Das ruft bei mir so ein bisschen Odysseum hervor: aus einer betriebswirtschaftlichen Einheit mehr oder weniger ein städtisches

Unternehmen zu machen. Das ist auch gar nicht das Ziel.

Wir haben eine sehr klare Entscheidung getroffen. Das wissen auch die Kaufleute auf dem Großmarkt, dass wir Marsdorf begraben haben. Da schließen wir uns der FDP an; da sind wir d'accord. Wir haben auch schon Ausweichflächen vor drei Jahren empfohlen und vorgeschlagen.

Wir wollen kein stadteigenes subventioniertes Frischezentrum. Wir fordern aber einen offenen Umgang mit den Betroffenen, und das ist eigentlich der Inhalt meines Antrages: Wir müssen mit den Leuten sicherlich Klartext reden, Entscheidungen treffen und auch konstruktive Maßnahmen vorstellen.

Dieses Genre der Großmarkt-Kaufleute - das muss ich Ihnen vielleicht nicht erklären - ist sehr speziell. Das ist nicht ein geordnetes System, wie man es aus anderen kaufmännischen Belangen kennt, sondern das ist ein - ich sage es mal so - bunter Haufen, aber letztlich steckt dahinter eine enorme Power. Zudem steckt da auch eine Menge Gewerbesteuer dahinter. Wenn Sie allein nur die Verteilersystematik dieses Großmarkts sehen, die wir über die letzten 20 Jahre systematisch zurückentwickelt haben. Das habe ich eben in der Haushaltsrede schon gesagt: Sie müssen sich einfach mal vor Augen führen, dass ein Stand auf einem Wochenmarkt - nicht im Großmarkt, sondern einer der Kunden - durchschnittlich 180.000 Euro dreht. Wir sind in Köln der größte Standort in Deutschland mit Wochenmärkten; denn wir haben pro Tag 3,5 Wochenmarkttermine. Damit sind wir pro Kopf der Bevölkerung der stärkste Wochenmarktstandort in Deutschland. Das sollten Sie wissen. Die beziehen ihre Ware zu einem großen Teil.

Mir geht es eigentlich gar nicht um den Standort, um Marsdorf oder um andere Standorte, sondern es geht darum, den Leuten zu helfen, ihren neuen Standort zu suchen und mit diesen Leuten auch gemeinsam diesen Standort zu konzipieren. Ich wiederhole mich: Da ist nicht die Professionalität eines Projektmanagements vorhanden, das so ein Ding aus Stumpf und Stiel baut, wie es die Stadt schon vor Jahrzehnten mit der Großmarkthalle in Raderthal gemacht hat. Deswegen sind die auf Ihre Hilfe angewiesen. Das schicke ich mal in den Raum.

Der zweite Punkt ist, dass weitere Zustell- und Verteilersysteme daran hängen, in hohem Maße Hotels und gastronomische Betriebe, und es mittlerweile Zustellnetzwerke gibt, die da arbei-

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 13**

ten. Ich spreche auch aus eigener Berufserfahrung in diesen Strukturen. Das sind mehr oder weniger Wirtschaftsfaktoren, die auf der Fläche in Raderthal überhaupt nicht mehr stattfinden, aber die möglicherweise in sogenannten Streckengeschäften abgerechnet werden und enorme Gewerbesteuererinnahmen generieren.

Deshalb habe ich in meinem Antrag in den Punkten 3 und 4 darum gebeten, dass beide Seiten mit entsprechenden Statistiken und Nachweisen einfach mal die Wertigkeit dieser Großmarktflächen darstellen.

Ich widerspreche Ihnen deutlich, wenn ich hier ein gewerbesteuerpflichtiges Unternehmen oder eine Agglomeration als Daseinsvorsorge-Punkt erkläre. Es gibt eine Stadt im Rheinischen, die das wohl gerichtlich erfochten hat, aber das sehe ich hier überhaupt nicht.

Last, but not least müssen Sie wissen: Es gibt große Ketten, die auch den Großmarkt logistisch nutzen, weil sie große Mengen bestimmter Produkte über diese Fläche drehen und dann in ihre eigenen zentralen Verteilerlager bringen. Unterschätzen Sie also bitte nicht die Kraft dieses Standorts.

Wir reden, wenn wir mit der IG reden, vielleicht mit 20 oder 22 Händlern, die dort sind. Das sind sicherlich die bedeutenden, aber es gibt - soweit ich weiß - immer noch 112 Händler, die dort ihr Geschäft betreiben. Wenn Erbpachtverträge - mehr kann ich dazu nicht sagen - verlängert werden mit zwei großen Händlern und dann auf einmal diese Händler für eine Dauer von drei oder vier Jahren mit enormen Bürgschaftsverpflichtungen konfrontiert werden, um ihre Existenz dort zu sichern, dann ist das kein fairer Umgang mit diesen Leuten. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Ich werde natürlich nicht dem Antrag der SPD zustimmen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es Wortmeldungen zu dem Änderungsantrag von Herrn Wortmann? - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der Sicht unserer Fraktion ist hier eine Beschlussfassung der Sache gar nicht nötig. Der Kollege Frank hat es gerade eben schon angedeutet: Es sind alle Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse, die heute hier gefasst werden sollten, sind längst schon über-

holt durch Verwaltungshandeln. Ich beantrage daher für unsere Fraktion den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, Gegenrede? - Herr Joisten.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag enthält selbstverständlich - das ist auch aufgezeigt worden; Herr Frank hat das selbst gesagt - eine Eingrenzung, zum Beispiel hinsichtlich der Betriebsform. Insofern enthält er auch neue Elemente. Er ist ein ordnungsgemäß und rechtzeitig gestellter Antrag, nämlich aus dem Mai, und ich bitte dieses Haus um Abstimmung. Es ist, glaube ich, keine gute demokratische Gepflogenheit, bei einem Antrag einer Fraktion in dieser Art und Weise zum nächsten Tagesordnungspunkt überzuleiten. Wir haben Anspruch darauf, das ist ein neuer Antrag, und deswegen bitte ich um Abstimmung. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich muss, wie Sie wissen, zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen. Dann würde das allerdings - das möchte ich noch sagen, damit keine Missverständnisse aufkommen - auch den Änderungsantrag von Herrn Wortmann betreffen.

Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Ja, ich bin auch der Meinung. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die FDP, die AfD und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Das kann nicht mehr der Fall sein. Dann ist dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt, dann ist er so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

**3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Karl Küpper Platz – Ehrung eines Widerständlers“  
AN/1433/2019**

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 14

Gestatten Sie mir bitte, Sie zu diesem Tagesordnungspunkt über ein Schreiben des Sohnes von Karl Küpper zu informieren, das mich letzte Woche erreicht hat. Herr Gerhard A. Küpper hat darin erläutert, sein Vater habe sich nie politisch instrumentalisieren lassen, daher empfinde er den Antrag als - das ist ein wörtliches Zitat - „Schlag ins Gesicht seines Vaters“ und bittet den Rat, dem Antrag nicht zuzustimmen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Ich möchte Ihnen ergänzend - -

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte Ihnen ergänzend mitteilen, dass die Stadt Köln das Wirken von Karl Küpper mit einem Platz im Herzen der Stadt und einer Gedenktafel an seiner Wirkungsstätte, der früheren Schankwirtschaft Kalker Hauptstraße, ehrt und das Protokoll natürlich große Jubiläen, die im nächsten Jahr erfolgen, im Blick hat und es seitens der Stadt schon Überlegungen gibt, wie man vielleicht durch eine Veranstaltung im Rathaus ein aktives Gedenken gestalten kann. Selbstverständlich möchten wir diese Überlegungen gerne zunächst mit der Familie von Karl Küpper abstimmen. Das haben wir bisher noch nicht gemacht, aber dazu ist ja auch noch etwas Zeit.

Diese Überlegungen wollte ich Ihnen zunächst einmal mitteilen. Ich gebe jetzt den Antragstellern das Wort.

**Sven Tritschler** (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst einmal vielen Dank für die wie immer sachliche und objektive Tagungsleitung.

Der Kölner Büttredenredner Karl Küpper, meine Damen und Herren, ist einer der wenigen, die es geschafft haben, nicht nur zu Lebzeiten einen gewissen Ruhm zu erlangen. Und das zu einer Zeit, als Karneval noch größtenteils live, also nicht im Fernsehen oder im Radio, stattfand. Was Karl Küpper aber zu einer Ausnahmeerscheinung machte und heute mehr denn je machen würde, ist seine Unangepasstheit, sein Unwille, als Karnevalist im urtümlichsten Sinne sich in den Dienst der jeweils Herrschenden zu stellen, ja, sein Mut, sich ihnen entgegenzustellen und das völlig ungeachtet ihrer politischen Couleur und ihrer Macht. Karl Küpper, meine Damen und Herren, ist der Anti-Mitläufer, und das unterscheidet ihn wohlthuend von all den

Krämerseelen, die letzte Woche sein Erbe für sich in Anspruch genommen haben.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ein wunderbarer Anti-Nazi!)

Nicht nur die Nationalsozialisten mussten seinen beißenden Spott fürchten und bekämpften ihn dafür. Nicht nur von ihnen wurde er mit einem Rede- und Auftrittsverbot belegt. Nein, auch nach dem Krieg im vermeintlich entnazifizierten Köln war Küpper den Herrschenden ein Dorn im Auge. Und so wurde er 1952 unter Mitwirkung von Bundeskanzler, Bundesinnenminister und der Kölner Karnevalsobrigkeit erneut vom offiziellen Karneval ausgeschlossen.

Wie kaum eine zweite widerlegt die Vita Küppers die Mär vom obrigkeitkritischen und unangepassten Kölner Karneval und offenbart mehr, dass man zu allen Zeiten bemüht war, sich dem herrschenden Zeitgeist an den Hals zu werfen - ohne Rücksicht auf Verluste. Seine Geradlinigkeit machte ihm unter allen Herren Schwierigkeiten; und ihn selbst hat sie sogar zum Heimatlosen in seiner eigenen Heimat gemacht. Die SPD verließ er nach kurzer Zeit wieder, weil er das Gefühl hatte, von ihr instrumentalisiert zu werden. Und auch bei der FDP hatte er wohl nur ein sehr kurzes Gastspiel. Es ist also vielleicht etwas vermessen, wenn sich die Altparteienriege hier jetzt zu den Bewahrern seines Erbes aufschwingt.

(Beifall bei der AfD)

Denn dann, meine Damen und Herren, müssten Sie sich auch fragen lassen, warum es für einen so großen Kölner bisher nicht zu mehr gereicht hat als zu einer Plakette und zu einem kleinen Plätzchen in der Stadt. Da gewähren Sie ja sogar einem Karl Marx mehr Andenken, wie wir letztes Jahr gesehen haben.

Im politischen Umgang mit Verstorbenen ist natürlich eine gewisse Zurückhaltung geboten. Politische Vereinnahmungen verbieten sich da. Jemand, der vor fast 50 Jahren verstorben ist, den kann man schwerlich in die politische Farbenlehre der Gegenwart einsortieren. Und das wollen wir ausdrücklich auch nicht tun. Aber vielleicht lassen auch Sie besser die Finger davon. Es geht hier nicht um Gesinnung. Wir möchten Karl Küpper für seine Haltung ehren, für seinen Mut und seine Unangepasstheit - drei hervorragende Eigenschaften, die man in Deutschland und in Köln in den letzten 100 Jahren leider allzu oft vermissen musste. Es wechseln vielmehr nur die Farben: die Farben der Herrscher, die Farben

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 15

der Mitläufer und die Farben der Opposition. So heißt es auch in einer Rede Küppers aus der Nachkriegszeit - ich zitiere -:

Die Son brannt wie im Frieden. Ja, wenn man blond ist, wird man rot. Wenn man schwarz ist, wird man leicht braun. Und wenn man braun ist, wird man wieder schwarz. Äwwe dat es nur de Son schuld.

Meine Damen und Herren des Kölner Rates, es geht heute darum, vor der Geschichte einen großen Kölner zu ehren, der jede Ehre verdient hat. Es geht um zeitlose Qualitäten wie Aufrichtigkeit, Mut und Geradlinigkeit. Es geht ausdrücklich nicht um parteipolitisches Kleinklein. Machen Sie also bitte auch keines daraus. Stimmen Sie für unseren Antrag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Es gehört zum üblichen Geschäft einer Ratspolitikerin, hier zu stehen und den Antrag einer anderen Partei abzulehnen - ganz einfach, weil man anderer Meinung ist. Beim heutigen Antrag der AfD reicht aber eine einfache Ablehnung nicht aus. Er verlangt eine entschiedene und entschlossene Zurückweisung.

(Beifall)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, es tut gut, zu wissen, dass die demokratischen Fraktionen hier im Rat einhellig und einmütig zu dieser Zurückweisung stehen. Sie ist nötig, weil es hier nicht um irgendeine Meinungsäußerung der AfD geht. Nein, der heutige Antrag besitzt eine andere Qualität. In diesem Antrag wird mit Karl Küpper ein aufrechter Demokrat, der mit den Mitteln des kölschen Humors die Nazis kritisiert hat, für die Zwecke der AfD missbraucht. Dieser Versuch ist genauso durchsichtig wie unanständig.

(Beifall)

Karl Küpper hat mutig und im wahrsten Sinne des Wortes unter Gefahr für Leib und Leben gegen das nationalsozialistische Regime gekämpft - ein Regime, das vom Vorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, als „Vogelschiss der Ge-

schichte“ bezeichnet wird. Diese Verharmlosung des menschenverachtenden Naziregimes ist eine bewusste Strategie der AfD. Wir kennen diese Strategie und haben sie hier im Rat oft genug zurückgewiesen. Sich aber eines ausgewiesenen Gegners der Nazidiktatur wie Karl Küpper für eigene Zwecke zu bemächtigen, ist eine erschreckende neue Vorgehensweise der AfD.

Warum tut dies die AfD? - Ich habe mich im Vorfeld dieser Rede mit meiner Kollegin Frau von Bülow unterhalten, ganz einfach schon aufgrund ihrer Funktion als Vorsitzende des Vereins *Köln stellt sich quer*.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Mitglied!)

Sie hat, wie ich finde, drei gute Erklärungen gebracht, die ich Ihnen hier gerne vortragen möchte.

Die AfD strebt in die Mitte der Gesellschaft. Sie versucht, sich als bürgerliche Partei zu etablieren. Sie will die bürgerliche Mitte erreichen, von der sie annimmt, dass sie besonders karnevalsaffin ist. Sie beansprucht die Tradition des Karnevals für sich. Aber ein Kennzeichen bürgerlicher Grundwerte ist der Respekt vor der Würde des Anderen. Der vorliegende Antrag lässt dieses in hohem Maße vermissen.

(Beifall)

Ein zweiter Erklärungsansatz für diesen Antrag: Die AfD möchte sich damit von den Nationalsozialisten abgrenzen. Gleichzeitig möchte sie aber auch ausloten, wie weit sie öffentliche Tabus brechen kann, zum Beispiel mit der Aneignung des Erbes von Karl Küpper.

Und ihr dritter Grund: Die AfD möchte sich einreihen bei den Menschen, denen das Recht auf freie Meinungsäußerung verwehrt worden ist. Aber dieses verhöhnt die Opfer, verhöhnt alle, die sich auch in Zeiten des Nationalsozialismus diesem entgegengestellt haben, tatsächlich ihre Meinung geäußert und alles riskiert haben. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit ist in der Demokratie nicht verhandelbar. Das weiß die AfD und nutzt es vor allem für sich schamlos aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Ablehnung ist parteiübergreifend. Das haben wir ja auch in der letzten Woche in den Zeitungen lesen können. Wir alle hier im Rat, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, haben das Verhalten der AfD disqualifiziert und kritisiert.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 16

Aber die einhellige Empörung des Rates ist nur eine Seite der Medaille. Meine Herren der AfD, haben Sie auch einmal bedacht, dass Sie mit diesem Antrag vor allem die Familie von Karl Küpper verletzen? Sein Sohn war entsetzt, als er erfuhr, dass sein Vater von der AfD instrumentalisiert werden sollte, von einer Partei, mit der sein Vater, würde er heute noch leben, sofort den Kampf aufnehmen würde, so Gerhard Küpper.

(Beifall)

Wie gut, meine Damen und Herren, dass sich die Bürger dieser Stadt - und die AfD bezeichnet sich ja immer als „Anwalt der Bürger“ - nicht von der AfD vereinnahmen lassen.

Die AfD hat diesen Antrag vorgelegt, ohne Kontakt zur Familie von Karl Küpper aufzunehmen. Darauf angesprochen war die Reaktion der AfD: Die Familie könne ja Kontakt mit der Partei aufnehmen. Ich muss schon sagen: Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu übertreffen.

(Beifall)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wer die Biografie über Karl Küpper liest und sie kennt, stellt fest, dass diesem Mann zweimal im Leben großes Unrecht zuteil geworden ist, zunächst unter dem Hitler-Regime, wo er gegen die Nazis gekämpft hat. Nach 1945 wurde er erneut mit einem Redeverbot belegt, weil er darauf hingewiesen hat, dass Nazifunktionäre auch im Karneval noch immer in Amt und Würden waren. Mit dem heutigen Antrag, meine Damen und Herren, widerfährt Karl Küpper zum dritten Mal großes Unrecht.

(Beifall)

Ein Kämpfer gegen den Nationalsozialismus vereinnahmt durch die rechtspopulistische AfD. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Tatsache muss uns allen Verpflichtung sein, Karl Küpper angemessen zu würdigen. Deswegen bin ich auch über die Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu Beginn dieser Debatte sehr dankbar.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion stimmt dagegen, Bündnis 90/Die Grünen stimmen dagegen, die CDU-Fraktion stimmt dagegen, die Fraktion DIE LINKE stimmt dagegen, die FDP-Fraktion stimmt dagegen, Herr

Wortmann stimmt dagegen, die Ratsgruppe GUT stimmt dagegen, Frau Gerlach stimmt dagegen. Die Oberbürgermeisterin stimmt natürlich auch dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nachdem TOP 3.1.4 zurückgezogen ist, rufe ich jetzt auf:

### **3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelschutzmann erhalten“ (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 26.09.2019) AN/1327/2019**

Ich gebe Herrn Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag der SPD vor. Uns geht es um die Erhaltung und die weitere Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit hier in Köln.

Wie Sie wissen - das ist ja im Sommer hinlänglich auch durch die Presse gegangen -, stehen bei der Polizei in Köln Umstrukturierungen an. Bezirks- und Schwerpunktdienste sowie Einsatztrupps - das sind also Zivilbeamte; Bezirks- und Schwerpunktdienste sind zum Teil uniformierte Beamte - werden abgebaut, werden verlagert, zentralisiert und eben aus den Bezirken herausgezogen. Wir als SPD lehnen diese Umstrukturierung ab, das muss ich klar sagen; denn damit geht wertvolles Wissen sozusagen vor Ort verloren. Die Sozialraumorientierung der Polizei wird im Prinzip abgebaut.

Die Ursache des Ganzen ist aber nicht etwa, dass die Polizei erkannt hätte, dass die Sozialraumorientierung nicht funktionieren würde oder falsch wäre - damit würde man der Polizei hier in Köln Unrecht tun -, die Ursache ist vielmehr der Personalmangel, der hier herrscht, und dass eben jetzt wichtige polizeiliche Aufgaben gegeneinander abgewogen werden. Und das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es nun tatsächlich nicht sein. Das kann auch nicht das sein, was wir als Rat der Stadt Köln sozusagen unkritisch begleiten.

Vielmehr ist es dann unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Polizei in Köln auch personell so ausgestattet werden kann, dass sie alle wichtigen polizeilichen Aufgaben erfüllen kann und

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 17

auch an ihrer Sozialraumorientierung festhalten kann. Deswegen hier und heute die Aufforderung an den Innenminister NRW, entsprechende Stellen zuzusetzen. Doch bevor gleich kommt: „Das ist doch ein Thema des Landtages und nicht des Rates“ - nein, das hier ist explizit ein Kölner Thema, hier findet diese Umstrukturierung statt. Deswegen ist es gut und richtig, dass auch der Kölner Rat sich hierzu heute verhält. Die Gelegenheit geben wir Ihnen mit diesem Antrag.

Liebe Freunde von den Grünen, ich habe der Presse diese Woche entnommen, dass die Grünen die Polizeibezirks- und Schwerpunktdienste in NRW ganz allgemein stärken möchten. Ich habe das mit Interesse im *Stadt-Anzeiger* gelesen und mir dann natürlich auch die Drucksache im Landtag herausgesucht, Ihren Antrag dort. Das ist die Drucksache 17/7750. Ich kann nur sagen: Darin steht vieles, das eigentlich nur dazu führen kann, dass Sie heute unserem Antrag zustimmen. Denn darin beantragen die Grünen im Landtag, dass ganz explizit festgestellt werden soll - da sind wir wieder beim Thema Bekenntnis -, dass eben sozialraumorientierte Bezirks- und Schwerpunktdienste sinnvolle Ergänzungen des Wach- und Wechseldienstes sind, dass sie für die Bürger vor Ort Ansprechpartner sind und dass es sozusagen mehr davon geben muss. Es wird eine ganz erhebliche Personalaufstockung mit diesem Antrag im Landtag beantragt, um eben landesweit, und zwar auch unter expliziter Bezugnahme auf das Kölner Modell, das hier in den letzten 15 Jahren gefahren wurde, diese Bezirks- und Schwerpunktdienste personell zu stärken. Deswegen ist es für Sie doch wunderbar: Sie haben hier und heute die Gelegenheit, unserem Antrag zuzustimmen und damit Ihre Freunde im Landtag zu unterstützen. Dazu laden wir Sie herzlich ein! - Vielen Dank. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute ein weiteres Beispiel, wie die SPD versucht, von ihrer Vergangenheit abzulenken. Diesmal ist es nicht das Versagen hier in Köln, sondern das komplette Versagen auf der Landesebene.

(Christian Joisten [SPD]: Herr Petelkau lebt nur in der Vergangenheit!)

Wir haben hier eine wunderbare Gelegenheit, und ich finde es schön, dass Sie den Antrag hier heute stellen, denn damit haben wir wirklich die Chance, noch einmal darüber zu diskutieren, was in der Sicherheitspolitik während der Regierung Kraft in NRW passiert ist. Es ist nichts passiert! Denn Sie haben in der Zeit weder die Zahl der Polizisten ausgebaut -

(Monika Schultes [SPD]: Doch, haben wir!)

- noch haben Sie die Polizisten mit moderner Ausrüstung ausgestattet, noch haben Sie etwas für die gesetzlichen Grundlagen getan. Fakt ist: Sie haben ein Fahrzeug auf Landesebene angeschafft, in das Polizisten in voller Montur noch nicht einmal einsteigen können.

(Beifall bei der CDU)

Ja, das ist das, was Sie geschafft haben.

Das, was Sie nicht geschafft haben, ist, das Thema verdachtsunabhängige Kontrollen einzuführen. Und was noch weniger passiert ist, sind Stellenzusetzungen. Ich erinnere an den Vorgänger von Herrn Jacob, der nur deshalb Polizeipräsident in Köln geworden ist oder der damals aufgefallen war - das war im Übrigen derjenige, der hier die legendäre Silvesternacht gemanagt hat -, weil er ein Maximum an Polizeibeamten abgezogen hat.

Fakt ist: Wir haben momentan die Zahl der Auszubildenden und derjenigen, die, für den Polizeidienst vorbereitet werden, maximiert. Es sind viele neue Stellen geschaffen worden. Es sind die haushalterischen Finanzmittel geschaffen worden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt in Köln neue Polizeibeamte bekommen.

Aber das ist nicht nur das Zukunftsprogramm. Wir haben beispielsweise in den letzten zwei Jahren gezielte Zusetzungen bekommen. Wenn Sie meine Presseerklärungen regelmäßig gelesen hätten, hätten Sie gesehen: Es kommen regelmäßig neue Beamte nach Köln. Teilweise bringen wir die Polizisten auch deshalb auf die Straße, weil wir bei den internen Diensten entsprechende Ersatzqualifikationen, da eben Polizisten auch eine gewisse Ausbildungsdauer benötigen, vorantreiben.

Also, mit kurzen Worte noch einmal zusammengefasst: Ihr Antrag ist überflüssig, weil er auf

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 18

Landesebene längst von Innenminister Reul und unserem Staatssekretär Mathies, der hier in Köln auch hervorragende Arbeit als Polizeipräsident geleistet hat, umgesetzt wird.

Zudem wird der Schutzmann im Veedel - das ist ja eine der Falschmeldungen, die Sie schon seit Jahr und Tag unterzubringen versuchen - nicht abgeschafft. Man muss traurigerweise sagen, dass wir einen Kriminalitätsschwerpunkt haben, der leider in den letzten Jahren explodiert ist, das ist das Thema Kinderpornografie. Wir haben aktuell auch wieder einen schlimmen Fall direkt in unserer Nachbarstadt. Hier brauchen wir momentan eine ganze Reihe von Sonderermittlern, um diesen Fall aufzuklären und auch eine ordnungsgemäße Strafverfolgung sicherzustellen. Da muss man Prioritäten setzen.

Das bedeutet aber nicht, dass der Schutzmann im Veedel abgeschafft wird oder dass die gute Ordnungspartnerschaft, die wir auf der städtischen Seite zwischen Ordnungsamt und Polizei - Ordnungspartnerschaft Ringe - und an anderen Stellen haben, nicht fortgesetzt wird.

Deshalb noch einmal: Ihr Antrag ist überflüssig, weil längst die gute Politik der CDU auf Landesebene entsprechend viel weiter ist. Ich würde mich freuen, wenn Sie genauso eifrig auf Landesebene dabei wären, den Polizisten auch den rechtlichen Rahmen zu geben, ihren Job noch besser zu machen, wie das in anderen Bundesländern gang und gäbe ist.

Wir haben für Folgendes gesorgt: Sie können das selber gern auch einmal sehen, wie die Sicherheitsausrüstung der Polizei im Jahr 2020 ist. Wir haben gute neue Fahrzeuge, die jetzt in der Anschaffung sind - im Übrigen ein Kölner Produkt und kein bayrisches Produkt wie in der Vergangenheit. Also insoweit: Wir tun etwas für NRW, für die Polizei. Dieser Antrag ist überflüssig, und deshalb lehnen wir ihn ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Schwanitz das Wort.

**Hans Schwanitz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Liebe SPD, was sollen wir mit diesem Antrag machen? - Dieser Antrag ist nicht gut für die politische Kultur in dieser Stadt. Und um ehrlich zu sein, liebe CDU, das haben wir gerade

schon an der Rede meines Vorredners gesehen: Das ist, wenn wir so darüber diskutieren, alles kein Glanzpunkt, auch nicht wirklich für die Art, uns sachlich miteinander auszutauschen.

Warum ist das so? - Nicht, weil es eine reine resolutionsmäßige Sache ist; denn das muss manchmal hier auch sein. Es sei zugestanden, dass wir uns zu Themen äußern, auch wenn wir darüber nichts zu entscheiden haben - auch nicht beim Veedelsschutzmann. Ich meine, das mag jetzt alles klingen, als seien wir hier bei Räuber Hotzenplotz oder bei Wachtmeister Dimpfelmoser, aber es ist nicht so, dass es nicht ein wichtiges Thema ist. Das ist in Ordnung, man kann Sachen auch einfach mal herunterbrechen. Aber das, was mich daran wirklich bestürzt, ist, dass die Fachlichkeit völlig herausgegangen ist. Eigentlich haben wir das Ganze gut und oft diskutiert.

Bevor ich inhaltlich darauf eingehe, noch Folgendes: Als im September dieser Antrag gekommen ist, habe ich erst noch gedacht, dass die SPD Äpfel und Birnen nicht sinnvoll auseinanderhalten kann. Inzwischen sehen wir, da uns das Ganze immer noch hier auf der Tagesordnung erscheint: Es ist schon so, dass man uns absichtlich versucht Birnen als Äpfel zu verkaufen in der Manier eines Hütchenspielers. Das ist nicht in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Da ich sozusagen sehr, sehr viel von dem, was der Kollege Petelkau gerade sagte, nicht teile, will ich ganz klar Folgendes nach vorne stellen: Ich bin immer gern der Erste, der dabei ist, auf der kompletten Arbeit des Skandalministers Herbert Reul herumzukritisieren. Das ist wirklich eine Fehlbesetzung. Aber man sollte sich, liebe SPD, dann einen halbwegs relevanten Grund herausuchen.

Gehen wir kurz in den Antrag. Es ist ja nicht so, dass es keinen sinnvollen Satz darin gibt. Richtig ist: Natürlich ist es wichtig, dass man nicht die verschiedenen Polizeiaufgaben gegeneinander abwägt, ja. Aber natürlich ist es auch so, dass die Polizei, in diesem Falle das Polizeipräsidium, die verschiedenen Aufgaben gegeneinander abwägen muss und dass irgendwie in der Organisation halt die Kräfte eingesetzt werden.

Wenn wir jetzt da beim Veedelsschutzmann hingehen - Äpfel und Birnen habe ich gerade gesagt -: Es ist die Vermischung des Bezirks- und des Schwerpunktdienstes, woran dieser Antrag

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 19

krankt. Wir haben einmal die Bimen, das ist der Bezirksdienst, die sind gut, die müssen gestärkt werden. Wir haben im Landtag gerade gefordert, dass die Schlüsselzuweisungszahl von 10 000 Einwohnern auf jeden Fall halbiert werden muss, damit wir die stärken können. Nur, das ist eben auch der Teil, der von dieser Organisationsveränderung nicht, aber auch gar nicht betroffen ist. Das haben wir bereits siebenundzwanzig Mal im Polizeibeirat hoch- und runtergenudelt. Das ist auch einstimmig diesbezüglich gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu den Äpfeln: Das sind die Schwerpunktdienste. Die Schwerpunktdienste sind eben nicht der Veedelsschutzmann.

Lieber Gerrit Krupp, es gab ja auch von dir viele gute und kluge Fragen im Polizeibeirat. Wir haben spezielle Ortskompetenzen, spezielle Veedelskompetenzen gut herausgearbeitet. Da ist nichts, was dadurch verlorenght. Diese Trennung muss man doch polizeifachlich in der Diskussion aufrechterhalten; besonders wenn wir sie so oft angeschaut haben. Das Pooling, das dort gemacht wird, wenn man sagt, es wird dadurch der Wach- und Wechseldienst gestärkt, es wird dadurch die Bekämpfung der Kinderpornografie oder die Gefährderüberwachung gestärkt, das kann man argumentativ so stehen lassen. Insbesondere ist es ja auch im zuständigen Innenausschuss des Landtages fünfundsechzig Mal gemacht worden. Die ersten drei Mal war es noch Rot-Grün gemeinsam, bevor dann die Grünen auch keine Lust mehr hatten, den siebten, achten oder neunten Antrag immer wieder zu stellen. Aber tatsächlich: Die SPD hat das Thema ja gut aufgearbeitet im Landtag. Aber auch da hat man eingesehen: Es ist nichts zu holen bei dem Thema.

Ganz konfus - das muss ich wirklich sagen - ist dann, wenn unter dem Veedelsschutzmann-Antrag auch noch die zivilen Einsatztrupps hineinkommen; denn die zivilen Einsatztrupps sind nun wirklich inhaltlich das Gegenteil des Veedelsschutzmanns. Der Antrag ist also wirklich mit sehr heißer Nadel gestrickt worden, um es nett auszudrücken. Ich möchte darum bitten, liebe SPD: Kommt zurück zu einer inhaltlichen und einer sachorientierten Polizeipolitik! Da sind wir Grüne auch gern dabei. Es gäbe bei dem Thema in NRW in Wahrheit sehr, sehr, sehr viel zu tun, weil dieses Ministerium mehr als falsch besetzt ist. Aber dieser Antrag ist Hütchenspielerei oder zumindest kein großes Vermögen. Deswegen

bitte ich: Zieht diesen Antrag zurück! Andernfalls müssen wir ihn ablehnen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde gern mit einer persönlichen Anmerkung anfangen. Heute geht es nur um Schuldzuweisungen. Ich finde, wir sollten nicht darüber reden, was die SPD einmal gemacht hat und was die CDU einmal gemacht hat. Es geht doch darum, dass wir inhaltlich arbeiten, und ich finde, das sollte unsere Aufgabe sein als Stadträte in diesem Rat hier.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Umorganisation der Polizei, die die Schwerpunktdienste zentralisieren soll, sollte von uns nicht hingenommen werden. Was auf den ersten Blick nach ein bisschen Veränderung aussieht - man könnte ja meinen, ein bisschen Veränderung schadet nicht -, ist auf den zweiten Blick eine Änderung der Ausrichtung der Polizei. Ich sehe das ein bisschen anders als Sie, Herr Krupp. Man kann sich natürlich auch die Frage stellen, die sich jeder hier im Rat stellen sollte: Möchte man eher eine präventions-, sozialraum-, dialogorientierte und kooperationsorientierte Bürgerpolizei, oder möchte man lieber eine repressions-, überwachungs- und kontrollorientierte Polizei haben? Das ist ja die entscheidende Frage hier.

Meine Damen und Herren, die letzten Jahren haben doch gezeigt, dass hier im Stadtrat der Ansatz einer sozialraumorientierten und bürger-nahen Polizei große Zustimmung gefunden hat. Mit dieser Veränderung geht die Polizei ein Stück weit von diesem Ansatz weg. Natürlich muss sie es tun, aber sie geht von diesem Ansatz ein Stück weit weg. Das ist aber nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich die CDU und die Grünen gern an die Ratssitzung vom 22.09.2016 erinnern. Sie haben folgenden Ersetzungsantrag gestellt, der mit Mehrheit beschlossen wurde - auch mit unseren Stimmen. Sie sagen - ich zitiere -:

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 20

Der Rat stellt fest, dass es das ausdrückliche Interesse der Stadt Köln ist, die öffentliche Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Ausgehend von den früheren Erfahrungen in Köln mit einer sozialraumorientierten und kooperativ vernetzten Polizeiarbeit fordert der Rat die Polizeibehörde auf, dieses Konzept in Köln wieder verstärkt umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter geht es dann noch um die sozialraumorientierte Polizeiarbeit, was es denn für Effekte hat und wie erfolgreich das ist. Dann heißt es weiter:

Daher fordert der Rat die Landesregierung auf, die Kölner Polizeibehörde entsprechend personell besser auszustatten.

(Beifall bei der LINKEN)

So, meine Damen und Herren, was besagt jetzt der SPD-Antrag? - Eigentlich gar nichts anderes. Nur heute, 2019, ist es wichtiger als 2016. 2016 gab es diese Pläne überhaupt nicht. Sie haben trotzdem gefordert, dass die Landesregierung die Polizei personell besser ausstatten soll. Und jetzt sagen Sie: Dieser Antrag ist unwichtig, haben wir schon, passiert schon alles. - Das ist aber nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter möchte ich ausführen: Der Bezirksdienst ist ein landesweiter Standard. Jede Behörde erhält dafür vom Innenministerium eine Planstelle je 10 000 Einwohnern zugeteilt. Diese Stellen dürfen überhaupt nicht reduziert werden. Das wird auch nicht getan, da hat Herr Schwanitz recht. Es geht um die Schwerpunktdienste, dass diese zentralisiert werden, und das ist ein großes Problem. Und, Herr Schwanitz, wir haben uns auch informiert. Natürlich, diese Schwerpunktdienste sind ein großes Problem. Wir haben das im Polizeibeirat gefragt bzw. waren das nicht wir, sondern Herr Krupp hat diese Frage gestellt: Was passiert denn mit den Schwerpunktdiensten? Was passiert denn mit den Milieukenntnissen, den Kenntnissen mit den Akteuren, den ganzen Kooperationen?

Im Nachhinein muss ich sagen, dass das im Polizeibeirat sehr unzureichend beantwortet worden ist. Dass ein Bezirksdienst nicht ausreicht, das wissen wir, Herr Schwanitz. Das weiß auch die SPD. Ich möchte nur daran erinnern, dass das natürlich auch die Grünen im Landtag verstan-

den haben; denn sie haben ja diesen Antrag auf mehr Bezirksdienst gestellt, je 5 000 Einwohner. Sie haben verstanden, welche Bedeutung die bürgernahe Polizeiarbeit für die Sicherheit der Menschen hat und welche Erfolge dieser Ansatz mit sich bringt. Aber anscheinend haben das die Grünen im Stadtrat Köln nicht verstanden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass 2004, als diese Bezirks- und Schwerpunktdienste eingeführt wurden, es kleinräumig für Bereiche von 25 000 bis 50 000 Einwohnern war. Da gab es diese bürgernahe, sozialraumorientierte Polizeiarbeit. Das wurde gestärkt, die Kooperation mit dem Ordnungsamt wurde gestärkt und so weiter und so fort, und auch die gezielte Präsenz an Brennpunkten konnte erhöht werden. Mit Wegfall der Schwerpunktdienste durch Zentralisierung werden diese Erfolge zunichte gemacht. Diese Erfolge wird es dann nicht mehr geben. Die bereits fundierten Problem-, Milieu- und Strukturkenntnisse werden damit mit der Zeit immer weniger. Das war auch die Frage von Herrn Krupp im Polizeibeirat: Was passiert mit diesen Kenntnissen?

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht weniger, sondern wir brauchen mehr sozialraumorientierte und bürgernahe Polizeiarbeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen werden wir als LINKE diesem Antrag zustimmen. Und wenn Sie sich an Ihren eigenen Ersetzungsantrag von 2016 erinnern, dann müssten Sie zwangsläufig auch dem Antrag der SPD heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freundinnen und Freunde von der SPD! Dieser Antrag ist unseriös, er ist in der Sache falsch, und er ist nichts anders als Klamauk.

(Beifall bei der FDP)

Warum? - Was die Frage der Seriosität betrifft, lieber Kollege Krupp, muss ich schon sagen: Ich bin sehr erstaunt, dass Sie eine Äußerung des Polizeipräsidenten in einem Nebensatz im Polizeibeirat nehmen - wahrscheinlich nicht Sie persönlich, sondern Ihre Fraktionskollegen - und ei-

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 21

nen Tag später in einer Ratssitzung daraus einen Dringlichkeitsantrag machen. Lieber Kollege Krupp, ich weiß, Sie sind ein seriöser Mensch, aber hier haben Sie den Bogen überspannt. Der Polizeibeirat ist ein geheimes Organ. Sie haben hier Interna verwendet, um just einen Tag später ohne Not wie Oskar aus der Kiste einen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Das kann ich nicht unkommentiert lassen.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Das war Presselage!)

Sie zielen - -

(Christian Joisten [SPD]: Haben Sie nicht den *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen?)

- Ja, der *Stadt-Anzeiger* war vom 12.09., Herr Kollege Joisten.

Sie zielen in Ihrem Antrag gegen den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Aber Herr Joisten, wenn Sie schon den *Stadt-Anzeiger* vom 12.09. zitieren: Es hat Ihr ehemaliger Amtsvorgänger Herr Börschel in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter Herrn Jacob persönlich wegen dieser Umstrukturierung verantwortlich gemacht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, ob hier nicht noch offene Rechnungen aus Mülheim beglichen werden müssen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Unsachlich: Hier werden Argumente einfach so in den Raum geworfen. Hier wird der Schutzmann gegen den Wachdienst gegen die Schwerpunkteinheiten ausgespielt. Ein Blick in den *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 12. September zeigt: Der Polizeipräsident begründet ausdrücklich diese Umstrukturierung mit den Vorfällen in Lügde, insbesondere Kinderpornografie.

Wenn wir heute den *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen, erfahren wir, dass allein die Auswertung eines Handys aus diesem Kinderpornoring aus Bensberg 800 Stunden dauert. Dann wissen wir, dass es hier um eine sinnvolle und eine kluge Entscheidung geht, dort anzusetzen, wo momentan Spezialisten gebraucht werden. Und der heutige Tag ist Beleg genug dafür, liebe Freunde von der SPD, dass euer Antrag an der Sache krachend vorbeigeht.

Last, but not least: Zu sagen, die Personalnot müsse gestoppt werden und es müssten mehr Stellen hinzugefügt werden, ist wirklich Klamauk. Ihr Parteifreund „Jäger-90“ hatte es jahrelang in

der Hand, Personal zuzusetzen. Das Gegenteil ist geschehen. Jetzt mit einer so billigen Lösung zu kommen, wir bräuchten nur Personal beizufügen und alles würde gut, ist billig und Effekthascherei. Es ist Klamauk. Und wüsste ich es nicht besser, würde ich Ihnen am Ende meiner Rede nur zurufen: Wenn man keine Ahnung von der Sache hat, sollte man vielleicht keinen Antrag stellen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Dr. Gerrit Krupp [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Sehr gerne.

**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Herr Görzel, lieber Volker, die Unterstellung, in unserem Antrag werde etwas aus dem Polizeibeirat verwendet, was nicht vorher öffentlich gelaufen ist, weise ich aufs Schärfste zurück. Das ist auch einfach eine Unverschämtheit. Ich frage dich jetzt und hier, was in diesem Antrag steht, was nicht vorher in Beantwortung von Anfragen im Landtag, die öffentlich sind, oder in Pressemitteilungen des Polizeipräsidiums schon verlautbart wurde. Was steht in diesem Antrag aus dem Polizeibeirat? Das verstehe ich überhaupt nicht.

**Volker Görzel** (FDP): Lieber Kollege Krupp, lieber Gerrit, du bringst mich jetzt in eine schwierige Situation; denn ich müsste jetzt hier aus einer Nachfrage aus dem Polizeibeirat zitieren, die ein Mitglied deiner Partei am Ende des Vortrags des Herrn Polizeipräsidenten klarstellend gefragt hat.

(Zurufe von der SPD: Das war nicht die Frage!)

Das war nämlich die Frage, ob es sinnvoll sei, Personal zuzusetzen. Und keine 13 Stunden nach dieser Auskunft erscheint just genau das hier in einem Dringlichkeitsantrag. Lieber Kollege, daher tut es mir sehr leid, aber Sie haben danach gefragt.

(Christian Joisten [SPD]: Das war keine Begründung!)

**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Steht in diesem Antrag, dass der Polizeipräsident behauptet hat, es sei besser, Personal zuzusetzen? - Das steht da nicht. Darin steht, dass die SPD fordert, Personal zuzusetzen.

**Volker Görzel** (FDP): Herr Kollege, bitte haben Sie Verständnis dafür: Der Respekt vor meinem Amt im Polizeibeirat verbietet es mir, hier weitere Auskünfte zu geben. Ich schlage vor, wir klären das im nächsten Gremium. Dem sitzen Sie ja vor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten  
[SPD]: Das ist aus der Luft gegriffen,  
Herr Görzel!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Zweite Runde? - Herr Krupp.

**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt wollen wir hier einmal etwas zurechtrücken. Erstens: Was Herr Schwanitz eben erzählt hat, das war allerdings nicht seriös; denn natürlich ist der Bezirks- und Schwerpunktdienst eine Unterstützung für die Veedelspolizisten vor Ort, für den Bezirksbeamten. Auch Ihr Antrag im Landtag bezieht sich ausdrücklich auf die Bezirks- und Schwerpunktdienste. Genau über die reden wir hier. Ob Sie die auch „Veedelsschutzmann“ nennen oder nicht, das ist mir eigentlich gleich. Fakt ist, dass sie den Veedelsschutzmann unterstützen und Bestandteil der Struktur vor Ort sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und, lieber Volker, die Nummer hier nehme ich dir wirklich krumm, das sage ich dir. Ich habe hier nichts aus dem Polizeibeirat zitiert. In diesem Antrag steht, dass die SPD mehr Personal für die Polizei in Köln fordert, weil der Polizeipräsident selbst öffentlich erklärt hat, dass er die Leute für den Wach- und Wechseldienst braucht. Genau das ist der Punkt, wo wir sagen: Das darf nicht gegeneinander abgewogen werden, sondern dann muss entsprechend Personal zugeetzt werden. Wo darin eine geheime Information aus dem Polizeibeirat ist, wenn wir mehr Personal fordern, nachdem der Polizeipräsident das öffentlich erklärt hat, leuchtet mir wirklich nicht ein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der  
LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die

Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Es enthalten sich AfD und die Ratsgruppe GUT. Damit wurde diesem Antrag nicht zugestimmt.

Ich rufe auf:

**3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend  
„Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen  
über Lebensmittelmärkten bauen -  
Ausnahmeregelung jetzt beschließen!“  
AN/1442/2019**

Ich gebe Herrn Frenzel das Wort.

**Michael Frenzel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Oberbürgermeisterin hat heute Morgen den Tag eingeleitet mit den Worten: „Wir haben uns für heute viel vorgenommen.“ Sie können diese Ankündigung jetzt wahr machen in Bezug auf den bezahlbaren Wohnraum und den Antrag der SPD unterstützen.

Herr Frank, Sie lachen. In der Ratssitzung vom 9. Juli 2019 - ich weiß es nicht, ich glaube, Sie waren auch anwesend - war unter TOP 10.21 die Vorlage zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts vorgesehen, eine Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage, um mehr Wohnungsbau zu ermöglichen. Jedoch die nicht nachvollziehbare ablehnende Haltung von CDU und Grünen in den Ausschüssen hat offenbar dazu geführt, dass die Verwaltung, dass die Oberbürgermeisterin ihre eigene Vorlage zurückgezogen hat. Eine Erklärung dafür, Frau Oberbürgermeisterin, sind Sie der Kölner Bevölkerung, die unter der zunehmenden Wohnungsnot leidet, insgesamt bisher schuldig geblieben.

Wir, die Sozialdemokratie, haben jedoch weiterhin den festen Willen, diesen Vorschlag Ihrer Verwaltung zu unterstützen. Er griff akzeptabel den einstimmigen Ratsbeschluss von vor einem Jahr auf, Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen zu überdachen - ursprünglich ein SPD-Antrag, und dann mit einstimmigem Ratsbeschluss hier verabschiedet.

Der Ihnen jetzt vorliegende Antrag steht in einer konsequenten Reihe des Verwaltungsvorschlages sowie des einstimmigen Ratsbeschlusses und unseres Ratsantrages betreffend: Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen überdachen. Wir wollen nämlich damit Lebensmittelmärkten in bebauten Gebieten auch außerhalb von Zentren erlauben, ihren Markt zu erweitern, wenn diese

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 23

zusätzlich zu ihrer Markterweiterung Wohnraum schaffen. Wir halten dies angesichts großer Flächen, die oft eingeschossige Märkte heute mit ihren großzügigen Parkplätzen einnehmen, für ein geeignetes Instrument, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Die Verwaltung hatte im Wirtschaftsausschuss 48 Standorte als Zahl möglicher Anwendungsfälle dieser Ausnahmeregelung genannt. Vorsichtig geschätzt wären das etwa 1 000 oder mehr neue Wohnungen über Supermärkten, wenn die Ratsmehrheit das nicht blockieren würde. Gerade deswegen wollen wir jetzt den ersten Schritt machen, um Wohnen auf diese Art und Weise durch eine effektivere Ausnutzung von Flächen zu ermöglichen.

Warum jetzt? Warum können wir nicht auf die Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes warten, wie ich von einigen von Ihnen gehört habe? - Ich möchte Ihnen ein gutes Argument dafür nennen. Das neue Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird, wenn es dann einmal fertig vorliegt, zahlreiche Fachausschüsse und sämtliche Bezirksvertretungen durchlaufen müssen. Mit einer schnellen Entscheidung ist erfahrungsgemäß nicht zu rechnen. Beim letzten Mal hat die Stadt Köln dafür, glaube ich, über drei Jahre gebraucht.

Wir meinen, wir sollten darüber hinaus auch überlegen, mutiger zu sein und die Ausnahmeregelung auch auf Neuansiedlungen von Lebensmittelmärkten anwenden; ebenso ob das Drehen an der Stellschraube der maximal zulässigen Kaufkraftabschöpfung noch mehr Potenzial für den Wohnungsbau heben kann. Wir würden da gerne ran, wenn die Verwaltung zu dem Schluss kommt, man kann es wagen, ohne bestehende Zentren zu gefährden. Das Ergebnis kann auch sein, dass man es bleiben lassen sollte oder allenfalls im Einzelfall eine Ausnahme macht. Wir sind gespannt. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen!

Falls der Einwand kommt, dass der Einzelhandelserlass von der 35-Prozent-Quote bei der Berechnung der Supermärkte ausgeht, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Diese Quote ist das Ergebnis der Anfang des Jahrtausends von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO - so hieß die wirklich -, bestehend aus Vertretern von Bund, Ländern, Gemeinden und Einzelhandelsverbänden. Diese Quote ist aber keineswegs einbetoniert, wie die Verwaltung zuletzt mit Schreiben an die Fraktionen zu behaupten scheint. Ich verweise hier nur auf den Masterplan Einzelhandel der Stadt

Dortmund, der eine Quote von 75 bis 85 Prozent vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Ablehnung des Antrages würde sicherlich in das Bild passen - der Fraktionsvorsitzende der SPD hat es heute Vormittag erwähnt -, dass man in den letzten Monaten - ich habe gehört, bei den Grünen wollte man es gar nicht so richtig glauben - über 2 000 Wohneinheiten im Sommer verhindert hat: 1 400 Wohnungen sind das Potenzial der Supermärkte, 300 Wohnungen im Bereich Geschosswohnungsbau Sürther Feld, wo Sie eine höhere Ausnutzung abgelehnt haben, 300 Wohnungen an der Friedensstraße in Elsdorf und weitere 600 bis 700 Wohnungen am Fernsehturm Colonia. Sie können das nachrechnen. Es ist nicht aus der Luft gegriffen.

Die fortschrittlichen Kräfte im Kölner Rat jedenfalls wollen Wohnen bezahlbar machen. Unterstützen Sie uns bitte dabei, um unseren Antrag und damit auch den ursprünglichen Vorschlag der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltung zu unterstützen. Mein Appell richtet sich auch an Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin: Stimmen Sie heute für die Vorlage, die Sie bereits im Sommer dieses Jahres für richtig befunden und mit Ihrer Unterschrift freigezeichnet haben! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Frenzel! Der Antrag, den die SPD heute vorgelegt hat, ist eine hartnäckige Wiederholung des Antrags vom 20. März 2018 nach dem Motto: Was konnten wir bisher nicht durchbekommen und kann erneut auf dem Tisch serviert werden, nur mit mehr Konzentration auf Einzelhandel? Klar, es serviert sich natürlich besser, indem man auch Negativzahlen untermischt. Dabei lassen Sie aber komplett außer Acht, wie diese Zahlen zustande kommen und welche Verantwortung die SPD dabei hat.

Ja, es ist richtig, dass in den letzten drei Jahren - ich betone: drei Jahre - nur 12 405 Wohnungen realisiert wurden. Das sind im Durchschnitt 4 251 Wohnungen pro Jahr. Baugenehmigungen sind in diesem Zeitraum - auch in drei Jahren - 12 754 erteilt worden. Im Durchschnitt sind das

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 24

pro Jahr 4 133. Lege ich dabei Ihre Regierungszeit von 2010 bis zum 31.12.2014 zugrunde, haben Sie pro Jahr lediglich 3 070 Wohnungen realisiert -

(Michael Frenzel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- ich sehe Sie, aber ich möchte gerne zu Ende ausführen - und nur 3 503 Baugenehmigungen. Das sind über 1 000 Wohnungen und über 1 000 Baugenehmigungen weniger. Das kann man auch nachrechnen, lieber Kollege Frenzel.

Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Deshalb lassen Sie doch einfach einmal die Schwarzmalerei, da alle Daten beweisen, dass sowohl die Zahl der Baugenehmigungen als auch die Zahl der Baufertigstellungen jährlich steigen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Im Jahr 2018 haben wir ein Rekordhoch erreicht, und das auch im sozial geförderten Bereich. Da ist die jetzige Kooperation viel besser unterwegs.

Köln ist eine beliebte Stadt. Wir alle haben uns für das Wachstum ausgesprochen. Und einmal ganz ehrlich, liebe SPD: Wachstum findet nicht erst seit drei Jahren statt. Die SPD hätte, als sie noch in der Verantwortung war, erkennen müssen, dass die Bevölkerungszahlen ansteigen und dass sie Maßnahmen ergreifen muss. Wie heute Morgen unser Fraktionsvorsitzender in der Haushaltsrede gesagt hat - ich zitiere -: Wohnungsbau findet nicht über Nacht statt. - Wir benötigen ein systematisches Vorgehen auch im Einklang mit dem Einzelhandelskonzept, wobei das nicht bedeutet, dass Ausnahmen nicht möglich sein sollten.

Um all diese Facetten zu berücksichtigen, müssen sich die Fachausschüsse Stadtentwicklung und Wirtschaft damit auseinandersetzen. Hierhin gehört die Debatte.

Lieber Kollege Frenzel, ich verstehe nicht, dass sie jedes Mal diesen Weg umgehen. Sie sind fachpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss. Ihr Kollege Herr van Geffen ist Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Dennoch scheuen Sie es offenbar, diese wichtige Debatte zuerst in den Fachausschüssen zu führen, wo sie eigentlich geführt werden muss, und beschäftigen immer erst den gesamten Rat. Doch das verzögert meiner Meinung nach den notwendigen Prozess und die Schaf-

fung von mehr Wohnraum umso mehr und ist auch unnötig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass Kölns Wachstum anhält. Das setzt uns alle unter großen Handlungsdruck. Damit es vorangeht und fachlich über die Überbauung von Supermärkten diskutiert wird, werden wir den Antrag in die Fachausschüsse verweisen, zumal die Verwaltung aktuell an einer bezirksweiten Untersuchung arbeitet, wo Überbauungen von Supermärkten auf Flächen mit vorhandener Bestandsstruktur möglich sind, wie wir auch letztes Jahr im Rat beschlossen haben. Die Untersuchung liegt uns noch nicht vor.

Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam - das ist ein Angebot an Sie, lieber Kollege Frenzel - einen guten Weg finden, für mehr Wohnungsbau zu sorgen. Wir bieten Ihnen an, gemeinsam strategisch an die Sache heranzugehen und dabei städtebauliche, planungs- und baurechtliche Aspekte sowie Aspekte des Einzelhandels zu berücksichtigen. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Pakulat hat jetzt das Wort.

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD! Ich habe heute schon den ganzen Tag das Gefühl, ich befinde mich in einer Zeitschleife, weil lauter Themen aufpoppen, die immer wieder und wieder hier aufgekocht werden.

Sie haben jetzt im ersten Teil Ihres Antrags quasi den Text der Verwaltungsvorlage stehen, die schon im Sommer dieses Jahres in zwei Fachausschüssen abgelehnt wurde. Im zweiten Teil Ihres Antrags wollen Sie der Verwaltung einen neuen Arbeitsauftrag erteilen, den ich tatsächlich sehr kritisch sehe. Zu einem Teil liegen gar keine Daten dafür vor, die Sie da haben wollen, und müssten erst aufwändig ermittelt werden. Zum anderen Teil sind diese gar nicht zu ermitteln. Sie versuchen damit, der Verwaltung sehr viel Arbeit zu machen. Wir würden es tatsächlich bevorzugen, wenn gerade dieses Amt in der Verwaltung sich verstärkt mit der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts stattdessen beschäftigt.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 25

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Das ist ja ein Konzept, das der Rat der Stadt Köln einmal in Auftrag gegeben hat. Es ist 2013 schon verabschiedet worden. Es war uns immer eine supergute Arbeitsgrundlage. Es hat verlässliche Eckpunkte gesetzt. Es war für Rat, Verwaltung, Investoren nachvollziehbar, aufgrund welcher Bedingungen wir welche Entscheidungen getroffen haben. Es ist wirklich sehr wichtig - das sage ich auch in Richtung Verwaltung -, dass wir für dieses Konzept endlich eine Fortschreibung bekommen und dass es angepasst wird an diese wachsende Stadt.

Ich möchte hier noch einmal sehr, sehr deutlich sagen, wie eilig es ist. Deshalb würde ich einfach an Sie appellieren, die Arbeitskraft dieses Amtes auch in dieser Richtung zu stärken und nicht mit Nebenschauplätzen zu belegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Ralph Sterck [FDP])

Ich möchte die SPD noch einmal daran erinnern: Es gab bereits letztes Jahr, am 20. März 2018, einen Ratsbeschluss, der genau die Überbauung von Supermärkten und Parkplätzen befördern sollte. Das ist keine Erfindung der SPD. Wir wollen das alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Ralph Sterck [FDP])

Alle in diesem Rat wollen, dass der Wohnungsbau möglichst schnell vonstattengeht, und die Überbauung von einstöckigen Supermärkten gehört natürlich dazu, die von Parkplätzen auch. Daher: Es gibt da gar keinen Dissens.

(Christian Joisten [SPD]: Dann können  
Sie ja zustimmen!)

Ich würde aber sagen: Für diesen Ausnahmebeschluss, den Sie haben wollen, und für Punkt 2 Ihres Antrages sowieso gibt es momentan hier im Rat keinen Grund. Ich würde Sie bitten, das Thema mit uns tatsächlich noch einmal in den Fachausschüssen zu diskutieren - so, wie Frau De Bellis-Olinger das vorgeschlagen hat.

Diese Diskussion am Leben zu erhalten und weiter zu köcheln, wie Sie es versuchen, hat tatsächlich den Vorteil, dass es ja auch bei uns allen immer weitergeht und in dem Moment, wo wir die Fortschreibung bekommen, wir alle bereit sind zur Entscheidung.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis  
90/Die Grünen])

Ich glaube nicht an die drei Jahre, nein. Das war das erste Konzept. Da wusste noch niemand, wie man damit umgehen sollte, welche Bedingungen es gibt und was man dabei alles beachten muss. Jetzt bekommen wir eine Fortschreibung für ein tatsächlich bereits bewährtes Instrument. Ich denke, auch in den Bezirksvertretungen wird das sehr viel schneller gehen als das letzte Mal. Ich bin guter Hoffnung und dank meines Optimismus bin ich ganz sicher, dass wir das noch in dieser Wahlperiode hinkriegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und von Ralph Sterck [FDP])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein hat das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist das natürlich eine gute Idee, wenn man sagt: Wir haben hier einen ALDI oder einen Lidl, einen Eingeschosser mit Platz und mit Parkplatz darum herum, da stocken wir etwas auf und bauen Wohnungen. - Es zeigt sich aber, dass es relativ komplex ist.

Man kann häufig nicht einfach etwas darauf bauen, weil die Statik es oft nicht erlaubt, sodass der Markt gegebenenfalls abgerissen und neu gebaut werden muss. Genau das wissen die Betreiber der Discounter auch und nutzen die Gelegenheit in ihrer Argumentation, um zu sagen: Wenn wir oben schon Wohnungen bauen, dann wollen wir auch unten die Verkaufsfläche vergrößern. - Aus Sicht der Betreiber der Discounter ist das sogar nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass sich das Sortiment der Discounter in den letzten Jahren vervielfacht hat. Es ist ja nicht so wie früher, dass es bei ALDI nur Zucker und Mehl gibt, sondern dort gibt es heutzutage fast alles.

Wir haben mit denen gesprochen, Lidl und ALDI waren also bei uns. Wir haben alle angesprochen, und sie haben natürlich schon sehr auf die Tränendrüse gedrückt und gesagt: Ja, wenn wir oben schon etwas bauen, dann müssen wir unten auch mehr verkaufen. - Dieser Argumentation konnten wir nicht ganz folgen, zumal wir ja feststellen, dass man im Wohnungsbau zurzeit doch ganz ordentliche Rendite erwirtschaften kann, zumal wenn einem das Grundstück unten schon gehört.

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 26

Wir bewegen uns bei der ganzen Sache, wie ich finde, in einem relativ schwierigen Interessenkonflikt. Denn wir haben ja das Einzelhandel- und Zentrenkonzept nicht einfach so erfunden, sondern es hat einen ganz wesentlichen und wichtigen Grund, nämlich dass wir die Nahversorgung in den Stadtteilen und kleinen Zentren erhalten wollen. Da ist es mehr als logisch, dass ein relativ großer Discounter, wenn wir diesen in relativer Nähe haben, zumindest die Gefahr mit sich bringt, das, was im Stadtteil noch an Kaufkraft vorhanden ist, zu absorbieren und somit das Nahversorgungszentrum kaputtzumachen. Deswegen müssen wir da sehr vorsichtig sein. Zumal wir uns, denke ich, alle wünschen, Nahversorgung zu gewährleisten für Menschen, die vielleicht nicht automobil sind oder die aufs Auto verzichten, um ihre Bedürfnisse des täglichen Bedarfs fußläufig befriedigen zu können.

Der vorliegende Antrag von der SPD will nun überprüft haben, ob es nicht möglich ist, die Kaufkraftabsorbierung der Discounter in der Nachbarschaft sehr weit nach oben zu treiben. Unsere Auffassung ist es, dass man da sehr vorsichtig sein muss. Es ist ja die Rede von den 35 Prozent bis auf 80 Prozent. Das zu erhöhen halten wir für gefährlich. Deswegen können wir diesem Antrag hier heute leider nicht folgen, obgleich uns der Wohnungsbau natürlich wie vielen anderen hier auch sehr wichtig ist.

Was uns an dem Antrag auch noch etwas gestört hat, ist ein Aspekt in der Begründung, in der ausgeführt wird, dass es wichtig wäre, das hier und heute zu beschließen, weil der umständliche Prozess in den Fachausschüssen und in den Bezirksvertretungen gegebenenfalls zu langen Verzögerungen führt. Das finden wir nicht richtig. Das ist ein hochsensibles Thema. Man braucht gerade hier die Expertise der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter, um sagen zu können: Okay, hier kann man vielleicht über eine Ausnahme nachdenken, aber da bitte nicht. - Daher können wir dem Antrag hier heute leider nicht folgen. Wir würden uns aber freuen, wenn wir im Fachausschuss die Gelegenheit hätten, das sehr qualifiziert im Detail und vielleicht auch am Einzelbeispiel zu diskutieren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Sterck hat das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich raucht den Ratsmitgliedern, die nicht im Stadtentwicklungsausschuss sind, jetzt so ein bisschen der Kopf ob der Fachdiskussion, die hier losgegangen ist. Das ist genau die Kritik, die auch die Kollegin De Bellis-Olinger und die Kollegin Pakulat hier angebracht haben, dass eine solche Debatte eigentlich in den Fachausschuss gehört. Aber die SPD steht sich natürlich selbst ein bisschen im Wege mit der Selbstverpflichtung, immer etwas Neues zum Wohnungsbau zu bringen. Dann wird es halt auch inhaltlich immer dünner. Das muss ich sagen. Dann kommen solche Dinge dabei heraus, über die wir eigentlich im Stadtentwicklungsausschuss gesprochen haben in einer Fachdebatte zur entsprechenden Verwaltungsvorlage, die hier ja schon angesprochen worden ist. Es gab auch gute Gründe, warum wir diese dort nicht beschlossen haben. Es gab die entsprechenden Stellungnahmen der Betreiber mit den vier Buchstaben, über die wir hier heute reden, die gesagt haben: Das ist zwar gut gemeint, aber es bringt nicht viel. - Ich glaube, wir hatten Zuschriften von zweien dieser Betreiber, die gesagt haben: Wir haben in Köln einen einzigen von diesen 48 Standorten, die die Verwaltung genannt hat, identifiziert, auf den dieses Kriterium zutrifft. - Da muss ich sagen, Herr Frenzel, wenn Sie jetzt hier mit Ihren Wohnungszahlen um sich schmeißen und einen Finger auf die Ratsmehrheit zeigen, die hier angeblich irgendwelche Wohnungen verhindert hat, dann zeigen aber drei Finger auf Sie zurück. Wenn wir nämlich bei den Supermärkten davon ausgehen, dass es nur noch ein oder zwei Fälle in Köln betrifft, dann reden wir nicht über 1 400 Wohnungen, die dort geschaffen werden können, sondern vielleicht über gute 100, die dabei nachher herauskommen.

Wenn Sie das Sürther Feld ansprechen, dass wir dort keine Vergabe gemacht haben: Aber es sind doch gerade Ihre Konzeptausschreibungen, die Sie dort vorgeschrieben haben, worauf sich nachher kein einziger Investor mehr gemeldet hat, -

(Beifall bei der FDP)

- weil wir die Bedingungen so hochgeschraubt haben. Das waren 300 Wohnungen, die Sie dort angesetzt haben.

Bei der Subbelrather Straße ist es doch die Frage mit dem Kooperativen Baulandmodell und den Problemen, die wir dort haben, wenn eine Auflage gemacht wird, dort sozialen Wohnungs-

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 27

bau zu machen, was mit den Landesbestimmungen nicht übereinstimmt und wo der Investor sagt - das ist genau das, was ich heute Morgen in meiner Rede gesagt habe -: Wisst ihr was, Freunde, ich kann dahin auch ein Hotel bauen, das ist gar kein Problem, dann kriegt ihr keine 700 Studentenwohnungen. - Daran sind Sie von der SPD doch mitschuldig, die mit verhindern, dass wir Wohnungsbau an dieser Stelle entsprechend realisieren. Deswegen ärgert es mich, dass Sie hier von 2 400 Wohnungen reden, die angeblich nicht gebaut wurden. Denn es sind Wohnungen, die auch auf Ihrem Kerbholz sind, warum wir an der Stelle nicht weiterkommen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte im Stadtentwicklungsausschuss führen, dann können wir es auch ein bisschen weniger aufgeregt tun. Wir haben dort ja ein sehr gutes Arbeitsklima. Ich glaube, dass wir eine gute Lösung finden. Ich glaube, dass wir da noch nacharbeiten müssen, dass wir mit dem Instrumentarium, wie es ursprünglich von der Verwaltung vorgesehen war, nicht so weit kommen - schon gar nicht auf die 1 400 Wohnungen. Wir müssen ein Instrumentarium finden, womit wir Anreize schaffen, dass auch im Bestand Dinge aufgestockt werden. Damit tun sich die Betreiber entsprechend schwer. Deswegen müssen wir da entsprechende Möglichkeiten schaffen. Das ist aber eine Debatte, die wir nicht heute hier führen, sondern die führen wir dann im Theoburauen-Saal im Stadtentwicklungsausschuss. Auf die Debatte freue ich mich; da gehört sie hin. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

**Michael Frenzel (SPD):** Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie jetzt versucht haben, sich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen. Es waren einige ganz gute Punkte dabei. Es hat mich aber auch einiges, muss ich ehrlich sagen, ein bisschen enttäuscht.

Als Erstes: Herr Sterck, diese Fachdiskussion haben wir im Stadtentwicklungsausschuss geführt und auch beendet mit einem Beschluss. Sie haben es ja selbst erwähnt. Insofern wäre unsere Erwartung gewesen, dass wir diese Vorlage dann anschließend hier in den Rat bekommen,

was allerdings nicht passiert ist, deswegen noch einmal unsere Initiative.

Es ist richtig, ich habe hier das Schreiben von ALDI - ich glaube, das kann man sagen -, die sagen: ein Markt Potenzial. Wir haben auch mit anderen Discountern gesprochen, die gesagt haben, dass sie auf Anrieb Potenzial für einen und zwei weitere Märkte haben, von denen sie auch ausgehen, dass sie es machen können. Und es gibt noch mehr davon.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn Sie dieses Schreiben haben, wie können Sie denn dann von 1 400 Wohnungen reden?)

- Das ist doch Quatsch, was Sie sagen.

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist doch Quatsch, was Sie erzählen!)

Es gibt ein Gutachten zum Potenzial von Wohnungen auf Lebensmitteleinzelhandelsflächen. Ich kann Ihnen das gern zur Verfügung stellen, Herr Sterck, dann können Sie sich einlesen. Dieses Gutachten sagt: 80 bis 100 Wohneinheiten pro Markt. Wenn Sie davon ausgehen, dass es in Köln vielleicht weniger am Ende sind, dann glaube ich Ihnen das auch. Wenn wir davon ausgehen, dass es mehr als einen Discounter in der Stadt gibt - ich nehme einmal an, dass wissen auch Sie, Herr Sterck -, dann ist es doch ganz klar, dass es ein erhebliches Potenzial für Wohnungen auf Lebensmitteleinzelhandelsflächen gibt. Ich lasse mich, ehrlich gesagt, auch nicht davon abbringen; denn wir haben ja auch als Rat gemeinsam diesen Beschluss gefasst, lieber Herr Sterck, wenn Sie sich daran erinnern.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber sollten wir nicht die Untersuchung abwarten?)

Das ist genau der Punkt, warum wir uns jetzt mit diesem Thema auseinandersetzen: weil wir diesen Beschluss gemeinsam gefasst haben und eine Verwaltungsvorlage, die uns einen Vorschlag genau für diese Umsetzung macht, jetzt in der Schublade verschwinden soll bis zur Vorlage des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts. Offensichtlich ist das die Meinung, die Frau Pakulat vertreten hat, also die Ratsmehrheit. Da sage ich: Das ist nicht unsere Meinung. Wir sind der Meinung, wir brauchen den bezahlbaren Wohnraum jetzt und nicht erst, wenn wir irgendwann eine Neuauflage des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts haben.

(Beifall bei der SPD)

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 28

Herr Weisenstein, zu den 85 Prozent: Ich habe das nur als Beispiel gebracht, was die Dortmunder machen. Ich sehe das nicht unbedingt als Maßgabe für Köln an. Ich wollte damit nur ausdrücken, dass wir über die 35 Prozent nachdenken sollten. Wir könnten ja am Ende zu dem Schluss kommen, wir belassen es dabei, aber es würde natürlich das Potenzial noch einmal erhöhen, wenn wir von einer anderen Zahl als 35 Prozent ausgingen, wie es im Moment die Verwaltung tut.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Michael Frenzel (SPD):** Ja, natürlich. Selbstverständlich. Dafür bin ich ja da.

Ja, Frau De Bellis-Olinger, ich wäre sonst auch gleich noch nach unten zu Ihnen gekommen. Sie haben ja auch noch etwas dazu gesagt.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Wir können uns auch gleich noch separat unterhalten.

Herr Kollege Frenzel, Sie vermischen da zwei Dinge miteinander. Bei dem Beschluss vom 20. März, in dem es um die Überbauung von Supermärkten und Parkplätzen ging, haben wir doch gemeinsam beschlossen, dass die Verwaltung im gesamten Stadtgebiet die Untersuchung durchführt. Jetzt sagen Sie - ich verkürze es einfach einmal -: Es gibt ein Gutachten, das kann man auf die Stadt Köln herunterbrechen. - Das mag ja sein. Meine Frage dazu: Das heißt, Sie sind jetzt der Auffassung, dass die Verwaltung die Untersuchung stoppen sollte, weil sie nicht mehr benötigt wird?

**Michael Frenzel (SPD):** Nein, Frau De Bellis-Olinger, ich glaube, da haben Sie etwas grundlegend falsch verstanden, wie auch vorhin bei den Zahlen, aber dazu gleich noch etwas. Ich will überhaupt nicht, dass die Verwaltung ihre Arbeit stoppt; denn sie hat die Arbeit ja gemacht. Wir haben ihr einen Ratsauftrag gegeben, dann kam sie mit einer Vorlage bzw. mit einem Umsetzungsvorschlag zu uns, und dann soll der nicht umgesetzt werden. Deswegen stellen wir unseren Antrag, weil wir nämlich der Meinung sind, dass das Bauen auf Supermärkten weiterverfolgt werden sollte.

Und, Frau De Bellis-Olinger, noch ein Hinweis: Sie haben vorhin Zahlen vorgelegt. Die Zahlen waren falsch. Sie hatten darin einen Rechenfehler. Sie haben nämlich die Bauleistung der Jahre 2016 bis 2019 an fertiggestellten Wohnungen durch drei multipliziert.

(Zurufe: Durch multipliziert?)

Dividiert - Dabei kommt ein anderes Ergebnis heraus. Es sind nämlich 2 800 Wohnungen. 2016 waren es 2 387. Es waren keine 4 000 pro Jahr.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Da sieht man doch, wie nötig es ist, das im Fachausschuss zu diskutieren, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Elster, wir haben die Diskussion im Fachausschuss geführt. Das war eine Ratsvorlage. Die nächste Beschlussfassung wäre im Rat gewesen, und deswegen liegt das Ihnen jetzt hier vor und Sie können sich dazu verhalten, indem Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Ich möchte nur sagen: Frau De Bellis-Olinger, ich bin, ehrlich gesagt, etwas überrascht über die Diskussion. Denn meiner Meinung nach hätte ich mir mehr Entgegenkommen für unseren Antrag vorstellen können, weil er nämlich sachgerecht den Vorschlag der Verwaltung aufnimmt und zusätzliche Aspekte - die Kritik, die Herr Sterck erwähnt hat - von den Betreibern aufnimmt. Deshalb bitte ich Sie noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir sind in der zweiten Runde, meine Damen und Herren. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich will gar keine große Runde aufmachen, aber Herr Frenzel wirft ziemlich viel mit Nebelkerzen und setzt hier Zahlen in die Welt, die keine Grundlage haben.

Also, erstens ist das Gutachten, von dem er spricht, kein Gutachten, das sich auf Köln bezieht. Zweitens hat es ein Angebot eines großen Discounters gegeben, der aber fünf Buchstaben hat; nur um das einmal deutlich zu machen. Dieser möchte seine Einzelhandelsfläche von 530 Quadratmeter auf 1 300 Quadratmeter vergrößern und schafft uns dafür 35 Wohnungen.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 29

Nur, um das einmal klar zu haben: Er will die Nebensortimente erweitern und würde natürlich mit seiner mehr als Verdopplung den eigentümergeführten Einzelhandel abschnüren. Das ist die Realität. Deshalb kann es nicht sein, dass wir solche seltsamen Geschäfte einfädeln.

Wenn ein Discounter ein Grundstück hat und bauen möchte, dann kann er das. Dann soll er eine Bauvoranfrage stellen und zu den Ämtern gehen, und dann kann er natürlich auf seinem Grundstück auch Wohnungen bauen. Dazu bedarf es keiner Veränderung des Einzelhandelskonzeptes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das muss man hier einmal klarstellen.

Dieses Modell der Verwaltung hat in den Ausschüssen keine Mehrheit gefunden. Das kommt schon einmal vor. Deshalb ist es auch nie mehr im Rat aufgetaucht. Das ist so. Mehrheit ist Mehrheit. Deshalb ist es völlig verkehrt, wenn jetzt hier Herr Frenzel darüber Krokodilstränen weint.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag der CDU, dem sich aber, glaube ich, auch andere Rednerinnen und Redner angeschlossen haben, abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Verweisung? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so verwiesen, und ich muss über den Ursprungsantrag nicht mehr abstimmen lassen.

Ich rufe auf:

### **3.1.7 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Abschaltung der Pfortnerampel“ AN/1502/2019**

Ich gebe zunächst Herrn Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Frau Verkehrsdezernentin, ich nehme an, Sie waren in den letzten Tagen auch mal morgens vor Ort in Weiden West an der Aachener Straße

und haben sich die Situation dort einmal angeschaut, die Sie mit Ihrer Vorlage erzeugt haben.

Ich war am Montag dort und habe mir das angesehen. Den Herrn, von dem ich vorher in der Zeitung gelesen habe, der dort mit der Hand die Schaltung umlegt, habe ich nicht mehr angetroffen; anscheinend hat das mit dem Anbinden an den Verkehr - das ist schon einmal ein Fortschritt; insbesondere bei dem schlechten Wetter - geklappt.

Ich habe dann versucht, dort einen gewissen Rhythmus abzuzählen. Es soll immer 80 Sekunden rot sein; ich konnte das aber nicht feststellen. Deswegen nehme ich an, dass die Verwaltung von ihrem ursprünglichen Ansinnen, dort den Verkehr in dieser Form zu blockieren, abgerückt ist. Es sollten 500 Fahrzeuge pro Stunde weniger sein.

Frau Blome, das wäre jetzt auch meine Frage an Sie: Wie häufig ist dort pro Stunde nach der Regelung, die Sie jetzt programmiert haben, länger als 22 Sekunden grün? Wie viele Fahrzeuge können jetzt wirklich diese Stelle entsprechend passieren? Kommen Sie Ihrem Ziel von 500 Fahrzeugen dort entsprechend nahe?

In jedem Fall merkt man schon nach den wenigen Tagen und Wochen, die diese Pfortnerampel in Betrieb ist, dass es sich hier um einen Schildbürgerstreich in doppelter Hinsicht handelt. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns hier als Stadt Köln den Vorwurf gefallen lassen müssen von unseren Nachbarkommunen, die Stadt Köln würde in dieser Form asozial vorgehen, weil die Nachbarkommunen nicht eingebunden sind - das ist ein formaler Akt - und weil wir unsere Verkehrsprobleme und unsere Umweltprobleme nicht nur in den Nachbarkreis verlagern wollen, sondern sie damit auch noch entsprechend verstärken, weil die Verkehrsprobleme und die Umweltprobleme natürlich größer werden, wenn man den Verkehr an dieser Stelle abwürgt.

Dafür haben wir uns auch Probleme im eigenen Stadtgebiet eingefangen: Die Seitenstraßen sind natürlich entsprechend überfüllt. Auch das kann man leicht beobachten anhand der Umwegfahrten, die dort vorgenommen werden. Das löst bei unseren Kölnerinnen und Kölnern, die davon betroffen sind, natürlich zusätzliche Belastungen aus, die man gerade den Bürgerinnen und Bürgern, die in Junkersdorf vom Verkehr belastet sind, ersparen würde. Die Bürgerinteressengemeinschaft ist heute hier vertreten und kann das sicherlich gern bestätigen.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 30

Also: Die Pfortnerampel ist schon heute gescheitert, meine Damen und Herren. Deshalb sagen wir als FDP: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Lassen Sie uns das heute beenden und die Pfortnerampel abschalten. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag in diesem Sinne zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bevor ich jetzt die Verkehrsdezernentin bitte, dazu Stellung zu nehmen - sie kann vielleicht schon einmal ans Mikrofon kommen, wenn sie sich nicht dafür entscheidet, vom Platz aus zu antworten -, möchte ich Sie einmal daran erinnern, und zwar alle miteinander, dass es uns gelungen ist, das Dieseleinfahrverbot in der ganzen Umweltzone abzuwenden.

(Beifall bei der CDU)

Dass natürlich Maßnahmen erforderlich sind, die wir alle sonst vielleicht nicht in Betracht gezogen hätten, muss man auch sehen. Ich bitte Sie wirklich, das zu berücksichtigen und hier auch eine Wertung, was sozial oder weniger sozial sei, nicht vorzunehmen. Die Menschen, die zu uns wollen und kommen, bringen ihre Luftverschmutzung auch mit. Schließlich kommen sie nicht alle mit dem Fahrrad.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch nicht!)

Frau Blome.

**Beigeordnete Andrea Blome:** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist diese Dosieranlage, sprich Pfortnerampel - oder wie auch immer Sie es nennen wollen -, kein Selbstzweck, sondern dient dem Auftrag, den der Rat uns erteilt hat, nämlich dass die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner höchste Priorität hat und dass wir selbstverständlich im Zuge der Aufstellung des Luftreinhalteplans aufgefordert waren, Maßnahmen an allen Hotspots in dieser Stadt vorzunehmen.

Durch die Maßnahme, die wir in Weiden West ergriffen haben, nämlich die Dosierung des Verkehrsflusses, also den Verkehrsfluss auf der Aachener Straße selbst, ist festzustellen, dass sich der Verkehrsfluss auf der Aachener Straße verbessert hat. Überstauungen von Kreuzungen sind nicht mehr vorhanden, dadurch ist der Ver-

kehr auch flüssiger, und er ist auch weniger gefährlich geworden.

Insofern geht es auch nicht darum, die 500 Autos abzuzählen, sondern es geht darum, permanent zu überwachen - das tun wir jetzt von der Zentrale aus -, dass die Bonnstraße nicht überstaut wird. Wir brauchen auch nicht dorthin zu gehen, weil wir das im Verkehrslagebericht ablesen können. Heute Morgen habe ich einen Screenshot von 7.31 Uhr mit grünen Flächen bekommen, sprich: Es war dort kein Stau. Es wird sich auch die Situation dort einspielen - wie alle Situationen.

Außerdem ist es auch so, dass wir im November im verkehrsreichsten Monat sind. Die Autobahnen sind ohne Ende zugestaut, was ich als Betroffene auch selbst jeden Tag feststellen kann.

Insofern hat diese Anlage ihren Zweck erfüllt. Wir haben das auch in die entsprechenden Prognosen eingerechnet. Das Oberverwaltungsgericht hat uns noch weitere Hausaufgaben für verschiedene Hotspots in dieser Stadt mitgegeben. Weiden West ist nicht mehr dabei, sodass auch das Gericht anerkannt hat, dass die Maßnahmen, die wir dort getroffen haben und die wir auch an den Luftmesswerten ablesen werden können, gegriffen haben. Daher kommt dort - sagen wir es einmal so - die Drohung von streckenbezogenen Dieselfahrverboten - dieses Thema ist noch nicht ganz vom Tisch an anderen Stellen in dieser Stadt - nicht zum Tragen. Insofern wurde das Ziel, nämlich die Luft im angebauten Bereich an der Aachener Straße, in dem Menschen wohnen, zu verbessern, auch erreicht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es auch kurz machen: Die Pfortnerampel ist in der Tat etwas, was nicht dazu beiträgt, die Umwelt zu entlasten, sondern sie trägt dazu bei, sie weiter zu belasten. Ich stimme selten mit der FDP überein, aber an der Stelle - so muss ich sagen - sind wir sehr klar miteinander unterwegs. Ich habe mir das auch selbst vor Ort angeschaut: Die Staus, die dort generiert werden, sind nicht dafür geschaffen, die Probleme der Umwelt zu lösen.

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 31**

Im Übrigen hat man wieder die übliche Strategie gewählt, den dritten Schritt vor dem ersten zu tun. Darin sind manche hier ganz gut. Der erste Schritt muss doch immer sein, dass wir die Kapazitäten schaffen, Alternativen anzubieten, sprich ÖPNV-Ausbau. Der zweite Schritt muss sein, dass man P+R-Möglichkeiten ausbaut. Wohin sollen denn die Autos, wenn Sie in Weiden West zur S-Bahnstation bzw. zur Linie 1 fahren? Das heißt, wir haben einen völlig überfüllten Park+Ride-Parkplatz, der dringend ausgebaut werden muss. Auch darüber reden wir seit vielen Jahren hier in diesem Rat, aber es passiert nichts.

Wenn man all das getan hat, kann man am Ende natürlich darüber reden, wie man den Individualverkehr stärker kanalisieren kann. Aber man kann nicht den dritten Schritt vor dem ersten tun. Der führt nur zu mehr Rückstau, zu mehr Abgasen und damit zu einer höheren Umweltbelastung. Es kann also nicht der Weg sein, meine Damen und Herren, dass Autofahrer gegängelt werden, ohne dass es ausreichende Alternativen gibt. Das führt zu mehr Umweltbelastung und zu weniger Klimaschutz. Das ist keine Mobilitätswende. Das ist nicht der Klimaschutz, den wir uns hier vorstellen. Deswegen sind wir natürlich auch dafür, diesen Wahnsinn an der Stelle erst einmal zu stoppen.

Wir müssen aber alles andere, was eben genannt wurde, dringend anpacken. Wie viele andere Themen, die wir heute miteinander besprochen haben - Mehltau, Nichtdynamik, Nichtentwicklung, Nichtanpacken der Themen -, ist das ein Thema, das wir hier, glaube ich, in diesem Rat immer wieder miteinander besprechen und vor allem am Ende beschließen müssen. Ansonsten werden wir immer wieder vor Pfortnerrampen stehen, die den Verkehr oder auch andere Projekte aufhalten und nicht nach vorn bringen. In diesem Sinne würde ich hier heute allen empfehlen, dem Antrag der FDP zu folgen und diese Pfortnerrampe wieder abzuschaffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Michel hat jetzt das Wort.

**Dirk Michel (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte FDP! Herr Stieler hat uns schon vor 14 Tagen im Verkehrsausschuss informiert. Mit der Stellungnahme der Beigeord-

neten Frau Blome eben ist, denke ich, jedem deutlich geworden, dass wir durch die Anstrengungen der Verwaltung unsere Ziele erfüllen.

Der Verkehrsablauf auf der Aachener Straße hat sich trotz engerer Räume verbessert. Zudem ist eine Schadstoffminderung eingetreten. Wir haben Fahrverbote für Köln erst einmal verhindert. Das ist eine gute Leistung. Vielen Dank, Frau Blome.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Um bei Spitzenbelastungen Auswirkungen auf das übergeordnete Verkehrsnetz auszuschließen, erfolgt eine Drosselung - demnächst übrigens mittels Sensoren über unseren Verkehrsrechner aus unserer neuen Tunnel- und Verkehrsleitzentrale. Überörtliche Verkehrsstörungen konnten nicht festgestellt werden. Es ist uns aber wichtig, dass durch regelmäßige Verkehrserhebungen Verlagerungseffekte überprüft werden.

Besonders erwähnenswert ist der Erfolg der regelmäßig stattfindenden Arbeitsgruppe Rhein-Erft-Kreis. Im Gegensatz zum FDP-Antragsteller sitzen dort Experten, die permanent an Lösungen arbeiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

ÖPNV-Verstärkungsangebote im Rhein-Erft-Kreis als Beispiel wurden nicht nur vereinbart, sondern umgesetzt und angenommen. Die Zusammenarbeit hat sich bereits ausgezahlt, und weitere Angebote werden geplant - genauso wie weitere Grundstücke für P+R-Plätze. Die Verhandlungen sind weit fortgeschritten.

Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe Rhein-Erft-Kreis und der Stadt Köln gibt es derzeit keine Gründe, die Zuflussdosierung abzuschalten. Das Ergebnis dieser Verkehrsfachleute halten wir für glaubwürdiger als die Verkehrsvorschläge der FDP.

Da wir laut Gericht noch weitere Schwerpunkte bearbeiten müssen, gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, dass die FDP in Köln Großstadtverkehrspolitik mitgestaltet und demnächst im Interesse aller Verkehrsteilnehmer verantwortungsvoll handelt, die Verwaltung unterstützt und vor allem für Autofahrer keine Fahrverbote mehr riskiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 32

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer hat jetzt das Wort.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es einmal so: Es war ja ein bisschen absehbar, dass der Antrag kommen würde - so, wie in den vergangenen Tagen und Wochen, bevor diese Ampel überhaupt in Betrieb gegangen ist, der Untergang zumindest des individuell-motorisierten Abendlandes vorhergesehen wurde. Dann stellt sich die SPD-Fraktion - ich glaube, es war am Tag der Inbetriebnahme - in Stunde drei hin und kann schon das abschließende Urteil für sich fällen: „Das Ding gehört abgeschaltet“, weil man sich darüber mokiert, dass ein Mitarbeiter ab und an mal nachsteuern muss.

Ich kann Ihnen dazu als studierter Maschinenbauingenieur sagen: Es gibt Systeme, die brauchen vielleicht mal zwei oder drei Tage, bis sie sich einpendeln und alles in Ordnung ist. Direkt nach einer gefühlten halben Minute zu sagen: „Ja, alles Driss, brauchen mer nit“, ist, wie ich finde, zumindest nicht sehr vorausschauend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es funktioniert jetzt. Die Ampel ist an den Großrechner angeschlossen, die Verkehrsflüsse auf der Aachener Straße haben sich gebessert. Ich freue mich auch, dass wir die Eingewöhnungsphase dieser Pfortnerampel nicht auf den gleichen Tag des Starts vom Expressbus gelegt haben. So können wir jetzt schon die Voraussetzung dafür schaffen, dass der Expressbus, wenn er Mitte Dezember kommt, auch zügig durchkommt und kein „Bremsbus“ wird, wie Sie es immer befürchten. Insofern war es, wie gesagt, der richtige Zeitpunkt, mit dieser Ampel loszulegen.

Wir stehen selbstverständlich in Kontakt mit unseren Nachbarkommunen. Auch da werden zum Beispiel schon jetzt Sonderbusse bzw. Busverstärkerfahrten eingesetzt, um die Leute aus den Umlandgemeinden zum Parkplatz Weiden West zu bringen, damit die Menschen, solange noch nicht ausgebaut ist, trotzdem den Verknüpfungspunkt haben.

Wir haben die Frage der Verkehrsverlagerung und die Frage, ob das alles in die Seitenstraße etc. geht, auch an anderer Stelle in dieser Stadt lange rauf- und runterdiskutiert, als es um die Sperrungen oder die Fahrbahnverengungen auf der Mülheimer Brücke ging, wo es auch Befürch-

tungen gab bei dem, was wir dort machen oder was die Verwaltung uns vorgeschlagen hat, was wir mitgetragen haben mit einer Einspurigkeit - einfach, um die Sanierung dort nicht weiter zu gefährden. Auch da stellen wir fest: Es staut sich dort gar nicht in dem Maße, wie am Anfang immer befürchtet wurde. Nach einer kurzen Eingewöhnungszeit geht das Ganze. Es ist auch nicht so, dass sich alles ins Umland verteilt. Es gibt Leute, die wirklich umsteigen.

Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Dort hat man es gewagt, in Essen die A40 mitten in der Stadt für ein halbes Jahr, glaube ich, zu sperren. Das hat für eine kleine Eingewöhnungsphase gesorgt, in der sich alles ein bisschen geknubbelt und gestaut hat. Aber als sich alle daran gewöhnt hatten, dass man eben nicht mehr mitten durch die Stadt auf dieser Autobahn fahren kann, ging es auch. Dann sind die Leute umgestiegen. Sie haben prioritär Fahrgemeinschaften gebildet oder sind auf Bus und Bahn umgestiegen, manche sogar auf das Fahrrad. Irgendwann war aber diese Autobahnsanierung fertig. Was geschah am ersten Tag der Eröffnung? - Stau auf dieser Autobahn! Insofern ist die Frage, ob nicht ein dauerhafter Umstieg an der Stelle deutlich sinnvoller wäre.

Alles in allem bleibt mir nur zu sagen: Die Pfortnerampel ist momentan sinnvoll. Sie erfüllt ihren Dienst. Es gab auch schon Forderungen, an anderer Stelle diese Pfortnerampel zu machen - lustigerweise auch aus dem Bereich dort vor Ort. Daher sehen wir für unsere Fraktion keinerlei Grund, diesem Antrag zu folgen, und werden ihn daher ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Sterck, Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es hier geht.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Wir haben dankenswerterweise eine Mehrheit im Rat gefunden, und die Verwaltung hat die Reglementierung des Verkehrs gut umgesetzt; denn die Infrastruktur auf der Aachener Straße wurde einfach nicht mehr Herr dieses großen Ansturms

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 33

der Autos, die aus dem Westen morgens in die Stadt wollen.

Es gibt jetzt überhaupt kein Horrorszenario, sondern es gibt die Situation, dass die Autofahrer teilweise an dieser roten Ampel fünf Umläufe stehen müssen. Das sind zehn Minuten. Das sind zehn Minuten, die sie locker wieder herausholen, wenn sie weiter in die Stadt fahren, weil eben dort der Verkehr jetzt wesentlich flüssiger ist als zuvor.

Viele heben auf das Dieselfahrverbot ab, das angeblich vom Tisch ist. Das ist nicht vom Tisch! Es ist auch gut, dass es als Drohkulisse noch da ist; denn wir brauchen nicht nur eine Pfortnerampel, Herr Sterck, sondern wir brauchen auch an anderen Ecken dieser Stadt Zuflussregelungen, damit die Bevölkerung vor der Gesundheitsgefährdung durch Abgase geschützt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Sterck, Sie wissen das genau, aber Sie wollen es nicht wissen, Sie wollen es populistisch ausschlichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben im Prinzip momentan eine zweite wesentlich effektivere Pfortnerampel, die eben nur keine Ampel in dem Sinne ist, sondern dort sind Spuren gesperrt. Das ist in Mülheim, und das ist gut so. Die Mülheimer atmen auf, weil sie nicht mehr so viele Lkw haben und somit die Luft endlich ein bisschen besser ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es nichts anderes als Zuflussregulierung, wenn man zwei Abbiegespuren von der Autobahn kommend sperrt. Wir haben es nicht gezählt, aber garantiert sind es wesentlich mehr als 300 bis 400 Fahrzeuge, die dort pro Stunde zurückgehalten werden. Die 300 bis 400 sind es nämlich an der Aachener Straße. Es ist für uns das wichtigste Thema, dass die Anwohner geschützt werden vor zu viel Abgasen.

Außerdem hat diese sogenannte Pfortnerampel noch weitere positive Effekte. Es passiert jetzt nämlich mal etwas im ÖPNV. Herr Joisten hat gefordert: „Wir müssen Weiden West ausbauen!“, das ist mit Sicherheit richtig, aber wir dürfen uns nicht immer zurücklehnen und sagen: Jetzt müssen wir zunächst einmal das machen, dann warten wir wieder, und dann gucken wir mal; wenn wir 300 Parkplätze mehr haben, dann können wir etwas machen.

Der Rhein-Erft-Kreis hat es uns vorgemacht. Der Rhein-Erft-Kreis hat gesehen: Oh, die machen ernst. - Es kann ja sein, dass das alles nicht charmant war.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Es war vielleicht nicht charmant, wie wir vorgegangen sind, das mag sein. Es kann auch sein, dass es dort ein Kommunikationsproblem gab - das kann ich nicht beurteilen -, dann tut mir das auch leid. Das ist aber gar nicht der Punkt. Man muss natürlich beim nächsten Mal - das ist klar - immer alles besser machen. Vielleicht muss man auch früher und intensiver reden, aber diese Pfortnerampel hat dazu geführt, dass der Rhein-Erft-Kreis sein Busangebot nach Weiden verstärkt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wir haben einen wichtigen Schritt erreicht: Wir drängen das Auto zurück und fördern den ÖPNV. Ein wunderbarer Effekt!

Ich wollte eigentlich gegen die Dringlichkeit sprechen, weil dieser Antrag, den Sie jetzt hier eingebracht haben, alles andere als dringlich ist. Sie wissen genau, Herr Sterck, dass ab 15. -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mitte Dezember!)

- Dezember der Expressbus auf der Aachener Straße fährt. Sie wissen genau, so ein Expressbus kann natürlich nur zügig durchfahren, wenn auch der Stau reduziert ist. Auch das schafft die Pfortnerampel. Die Kombination Expressbus und Pfortnerampel wird genau den großen Sprung nach vorn bringen, die Aachener Straße flüssig zu machen und zeitgleich für die Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt schon sehr vieles gesagt worden. Ich will auch nicht langweilen und wiederholen, aber wir müssen Folgendes zusammenfassen: Die Pfortnerampel ist gut für den ÖPNV, sie ist gut für den Menschen, sie ist gut für die Stadt, und wir brauchen an anderer Stelle ähnliche Zuflussrichtungen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 34**

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Pfortnerampel scheint eine richtige Touristenattraktion zu sein. Ich weiß gar nicht, wer noch nicht da war. Herr Sterck, Herr Joisten, offensichtlich die gesamte SPD-Fraktion sowie die Verwaltung waren da.

(Heiterkeit - Niklas Kienitz [CDU]: Vielleicht ist deswegen so viel Stau!)

Ich stelle es mir so vor, dass Sie demnächst dort auch Kaffee und vielleicht Heizdecken an die Leidgeprüften austeilen - Kaffee natürlich in Plastikbechern, weil alles andere ja Ökogedöns ist. So lieben es die Autofahrer, wenn sie so, wie von Herrn Sterck und der FDP, dargestellt werden.

Wir waren noch nicht bei der Pfortnerampel, obwohl wir sie gern beschlossen hätten. Es kamen andere Dinge dazwischen. Wir waren aber tatsächlich - Frau Reker hatte das Urteil erwähnt - beim OVG in Münster gewesen. Wir haben uns gedacht, als Besucher schauen wir uns die Berufungsverhandlung mal an. Frau Blome, wir haben uns dort auch kurz gesehen. Wir haben uns angehört, was der Richter eigentlich zu unserem Luftreinhalteplan sagt. Die Bezirksregierung etc. - alle waren da.

Frau Reker hat natürlich vollkommen recht - das wissen Sie auch, Herr Sterck -: Wir sind vorläufig mit zwei blauen Augen davongekommen. Warum sind wir vor flächendeckenden Fahrverboten oder sofortigen Fahrverboten etc. davon gekommen? - Unter anderem wegen dieser Pfortnerampel, ob wir sie lieben oder nicht, und auch wegen der Busspuren und vieler anderer Maßnahmen des Luftreinhalteplans.

Ich habe Verständnis dafür, Herr Sterck, dass Sie dieses heiße Eisen jetzt mitnehmen - das wurde gerade auch von Herrn Weisenstein erwähnt, dass das so eine Art Wahlkampfding ist - und mit der Wut der Autobürger und der Gelbwesten noch ein bisschen Öffentlichkeit generieren für dieses heiße Eisen. Ich habe auch keinen Spaß daran, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer irgendwo im Stau stehen. Warum sollte ich das haben? Aber sagen Sie ihnen doch bitte lieber - so, wie das Herr Michel auch gesagt hat -, dass wir diese Dinger dort haben, damit sie überhaupt weiterfahren können. Wenn sie anschließend sogar ein bisschen flüssiger fahren können, dann ist das doch eine gute Sache. Das wurde hier von meinen Vorrednern auch schon dargestellt.

Oder nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn Bernd Petelkau. Er ist sicherlich offiziell oder inoffiziell nicht der allergrößte Freund unserer Expressbusse und der Busspur, obwohl wir das gemeinsam beschlossen haben, aber was macht Herr Petelkau inzwischen? - Er bewirbt auf Facebook diese Busse, neuerdings umfirmiert in „Direktbusse“, zwischen Widdersdorf und Hauptbahnhof und erklärt den Leuten, dass sie zukünftig mit dem Bus in einer halben Stunde direkt von Widdersdorf zum Hauptbahnhof kommen. Respekt dafür. Das ist ein korrekter, ordentlicher Umgang mit diesem Thema und wie man die Leute informiert, anstatt Panik zu verbreiten, dass sie jetzt ihr Leben an einer Ampel verbringen müssten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann loben wir das doch!)

Übrigens muss ich an dieser Stelle auch loswerden für all diejenigen, die die Pfortnerampel immer noch hassen: Das war ein Beschluss von den Grünen, der CDU und den LINKEN. Vielleicht ist das auch ein Modell für Thüringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gerlach das Wort.

**Lisa Hanna Gerlach** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte FDP! Mir fehlt ein Punkt in der Diskussion, und zwar, dass wir eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Luftqualität und saubere Luft für Europa vom 21. Mai 2008 haben. Mehr als zehn Jahre war also bekannt, dass mit diesem Gesetz Messstellen eingerichtet werden, dass die Ergebnisse daraus ernst zu nehmen sind und umgesetzt werden müssen.

Sind wir in einer Zeitschleife? - Seit 2008 hätte man wissen können, wenn man gemessen hätte, dass die Aachener Straße zu den Zeiten, an denen die Grenzwerte überschritten sind, gesperrt werden wird.

Ich bin ganz begeistert, dass wir eine Expressbusspur bekommen und eine Pfortnerampel haben. Das ist super. Das sind nur 500 Autos pro Stunde weniger. Eigentlich hätte die Straße komplett gesperrt werden müssen in dieser Zeit.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 35

(Zuruf)

- Das sagt die EU-Kommission.

Frau Verkehrsdezernentin Blome sagt: Der Verkehr läuft jetzt besser als vorher oder jedenfalls pendelt sich das ein. - Das ist doch eine ganz gute Geschichte. Die Wahrnehmung, es würde sich hier um einen Schildbürgerstreich handeln, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Was ich aber wissen möchte, ist Folgendes: Wir haben das seit zehn Jahren gewusst - warum haben wir bis heute kein schlüssiges Gesamtkonzept für die Pendler und die Umlandgemeinden? Was für ein Glück, dass die Gemeinden selbst ihre Buslinien eingerichtet haben. Dass sie uns dabei helfen, ist toll. Warum ist Köln jetzt wieder auf einem Sonderweg? Warum haben andere Städte dieses Problem offenbar vorausgesehen und haben nicht mit irgendwelchen Pfortnerampeln zu tun? Warum hat niemand den Bürgerinitiativen und der Presse vorher erklärt, dass die Alternative eine Straßensperrung ist? Wann kommen wir von der Pfortnerampel bitte weg?

Der Park+Ride-Parkplatz Weiden West ist viel zu klein. Die Erweiterung wird erst Ende 2022 - hoffentlich - fertig. Selbst dann ist noch zu wenig Platz; denn es kommen nur 570 weitere Stellplätze für Autos und 130 für Fahrräder hinzu, obwohl wir eigentlich doppelt so viele bräuchten. Das heißt, möglicherweise begleitet uns die Pfortnerampel oder ein Autofahrerverkehr durch Wohngebiete noch im Jahr 2023 oder darüber hinaus. Wie können wir das Problem lösen? Wie können wir es schaffen, dass die Pendler zur Expressbushaltestelle in Weiden und zu ihrem Arbeitsplatz kommen, und wie wird das auf Dauer zumutbar? Oder wäre es eine Alternative, wenn die Stadt Köln ihre Straßenbahnlinie ein oder zwei Stationen nach draußen verlegen würde - dorthin, wo Platz genug ist für eine Park+Ride-Station, die genug Kapazitäten hat? Das betrifft nicht nur die Linie 1 oder die Linie 7 oder was auch immer, sondern das könnte rund um Köln durchaus von Interesse sein.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Das würde auch die Kooperation mit angrenzenden Gemeinden für das Planungsverfahren sicherlich verbessern. Ich denke, dass die Verstimmung der Kommunen im Umland dann auch durchaus nachlassen würde.

In Zeiten des Klimanotstands brauchen wir weniger Stickoxid-Feinstaub und weniger CO<sub>2</sub>-

Emissionen. Diese Pfortnerampel trägt dazu bei. Ich möchte die Damen und Herren von der Autofahrerlobby nun darum bitten - nachdem dieser Antrag offensichtlich abgelehnt werden wird -, jetzt nicht mehr darüber zu jammern; denn das Jammern kommt zehn Jahre zu spät.

Ich hoffe, wir werden die Kapazitätserweiterungen schaffen. - Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der Ratsgruppe GUT)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Dann würde ich gern darüber abstimmen lassen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf:

### **3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den ‚alten Messehallen‘“ AN/1533/2019**

Ich bitte zunächst Frau Dr. Diemert kurz Stellung zu nehmen.

**Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert:** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem einen oder anderen ist angesichts der Berichterstattung der letzten Tage möglicherweise der Eindruck entstanden, die Verwaltung wolle das sogenannte Messegutachten der Öffentlichkeit vorenthalten. Vielleicht hatte nicht jeder von Ihnen schon die Gelegenheit, unsere Mitteilungsvorlage von Anfang dieser Woche zu lesen. Daher an dieser Stelle noch einmal einige Hinweise zum Verfahren:

Selbstverständlich will die Verwaltung das Gutachten, wie auch in der Politik beschlossen, veröffentlichen. Genauso selbstverständlich werden wir dabei die zu beachtenden Gesetze und Vor-

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 36

schriften beachten. Es geht hier also nicht um „wollen“, sondern um „dürfen“. Es geht um transparentes und um rechtskonformes Handeln. Alles, was wir dürfen, werden wir auch machen.

Deswegen hat die Verwaltung in einem ersten Schritt die Ausschüsse zunächst vollumfänglich und transparent darüber informiert, was uns derzeit vorliegt, und deswegen wird die Verwaltung natürlich gemeinsam mit dem Gutachter und dem Presserechtl. auch alles dafür tun, damit in einem zweiten Schritt möglichst schnell und möglichst weitgehend eine Veröffentlichung unter Abwägung des Interesses der Öffentlichkeit und des gesetzlich geforderten Schutzes der Persönlichkeitsrechte sichergestellt wird.

Ich hoffe, das trägt noch einmal zur Klärung und Ihrer Information bei. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat zunächst Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir können es kurz halten: Der gemeinsame Antrag liegt hier vor. Ich denke, es ist in der Situation und bei der Berichterstattung, die wir haben und hatten, und dem Eindruck, der entstanden ist, nur recht und billig, dass auch noch einmal der Rat unterstreichen kann und unterstreichen will, dass eben der Transparenz Genüge getan werden soll.

Es ist klar: Die Stellen, wo rechtliche Grenzen gesetzt sind, wo Persönlichkeitsrechte entgegenstehen, können und dürfen nicht veröffentlicht werden. Aber es ist ebenso klar: Es muss möglich sein, eine Form dieses Gutachtens zu finden und es so zu überarbeiten, dass die wichtigsten Erkenntnisse selbstverständlich öffentlich sind, dass aber Persönlichkeitsrechte gleichzeitig gewahrt werden. Wenn jetzt durch den Gutachter daran gearbeitet wird, dann ist das richtig so, und dann sind wir zuversichtlich, dass es auch so kommen wird.

Nichtsdestotrotz finde ich es legitim, das hier als Rat auch noch einmal deutlich herauszustellen, weil das Thema nun einmal auch eine solche öffentliche Bedeutung und Aufmerksamkeit hat. Wenn wir das hier und heute gemeinsam so beschließen können, dann ist der Sache Genüge getan. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich kurz: Natürlich schließe ich mich bei diesem gemeinschaftlich und breit getragenen Antrag den Ausführungen meines Vorredners an. Ich glaube, die richtigen Stichworte sind gefallen. Es geht um Transparenz bei gleichzeitiger Wahrung von Persönlichkeitsrechten. Insofern auch noch einmal herzlichen Dank an Frau Prof. Dr. Diemert für ihre Ausführungen.

Ich glaube, es ist wichtig, sich in diesem Spannungsfeld zu bewegen, aber auch dann für uns als Rat hier noch einmal deutlich zu machen, dass wir eben das Thema Transparenz in den Vordergrund gerückt wissen wollen. Insofern bin ich froh, dass es uns gelungen ist, eine solche breite Mehrheit zu formulieren und zu finden. Insofern noch einmal herzlichen Dank an Frau Diemert. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Richter bitte.

**Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Sinne der Vorredner möchte ich noch einmal betonen, dass aus unserer Sicht das Messegutachten ein sehr wichtiger Meilenstein in der Aufarbeitung der einzelnen Prozesse ist. Insofern wollen wir noch einmal Herrn Prof. Graeff und seinem Team Dank sagen, die in den letzten ein oder zwei Jahren die vielen komplexen Prozesse akribisch aufbereitet haben. Auch wenn einzelne Ergebnisse daraus vielleicht auf geteilte Meinungen treffen - das soll es auch, weil es teilweise auch schon veröffentlicht war, obwohl es nicht öffentlich ist -, diene es als gute Grundlage für die weitere Aufbereitung.

Auch möchten wir den vielen Kooperationspartnern, Interviewpartnern, der Stadtverwaltung, der Koelnmesse Dank sagen, die sehr kooperativ an diesem Prozess mitgewirkt haben und auch Informationen geliefert haben, um das Ganze darzustellen, weil es auch schon 16 Jahre zurückliegt.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 37

Leider hat ein wichtiger Akteur, die Sparkasse KölnBonn, nicht in dem gewünschten Maße kooperiert, was für uns als irritierend und negativ zu erwähnen ist. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag gewesen, um da noch einmal Klarheit herzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicher, unsere langjährigen Ratskolleginnen und -kollegen, die noch jung und fidel geblieben sind und die damals 2003 - vor 16 Jahren - mit dabei waren, sagen, dass bei aller Wertschätzung für das Gutachten inhaltlich neue Erkenntnisse in dem großen Sinne nicht vorhanden sind, aber die dargestellte zusammengefasste Aufarbeitung von chronologischen Abläufen, Akteuren, realen und wahrgenommenen Entscheidungsdrücken eine sehr gute Grundlage ist, weshalb es notwendig ist, dass dies auch in die Öffentlichkeit transportiert wird. Noch einmal vielen Dank an Frau Prof. Dr. Diemert, die das Vorgehen hier dargestellt hat, dass es angemessen und rechtsicher der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Zudem wünschen wir im zweiten Teil des Antrages - der Antrag ist zweigeteilt in Information zum einen und die Ableitung von Zukunftsmaßnahmen daraus zum anderen -, dass ein Symposium im ersten Halbjahr 2020 für alle kommunalen Mandatsträger und für die Öffentlichkeit erfolgt, um auf Basis einer rechtssicheren Veröffentlichung zu sehen, was damals 2003 eigentlich los war. Schließlich gibt es einen klaren finanziellen Schaden und einen Vertrauensverlust für die Stadt Köln. Das ist eine wichtige Grundlage, um daraus zu lernen, wie zukünftige Compliance-Dinge anders geregelt werden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilchen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Damen und Herren! Nun liegt das Messegutachten vor und kaum jemand darf es lesen. Zumindest für die Ratsmitglieder hat sich die Situation jetzt etwas vereinfacht: Alle Ratsmitglieder sollen einen Ausdruck bekommen.

Für die Öffentlichkeit ist das Gutachten bislang noch nicht zugänglich. Das finden wir ein Unding. Der Rat hatte den Auftrag erteilt, um eben

Transparenz zu schaffen. Wenn man keinen Weg findet, das zu veröffentlichen, schafft man natürlich keine Transparenz. Trotzdem sind wir froh, dass wir jetzt einen Weg finden, wie man eine gewisse Transparenz herstellen kann.

Zum Gutachten selbst: Wer sich in den letzten 15 Jahren mit dem Messeskandal beschäftigt hat, muss enttäuscht sein. Neue Enthüllungen bietet das Gutachten nicht. Entschuldigungen von verschiedenen Akteuren, die hier noch im Raum sitzen, wurden auch nicht ausgesprochen. Das ist ein Beleg für die beeindruckende journalistische Arbeit, die von Werner Rügemer, Frank Überall, Andreas Damm, Peter Berger und Georg Wellmann geleistet wurde; von denen ich zumindest zwei hier im Raum gesehen habe. Am 11. Dezember wird der WDR einen neuen Beitrag zum Messeskandal senden. Das kann ich nur empfehlen.

Auch unsere Kritik, die wir am Messedeal hatten - damals noch als kleine PDS-Gruppe -, hätte ohne die gleichzeitige Recherche der vielen Journalisten nicht die Resonanz gehabt, die sie gefunden hat. Trotzdem hätte unsere Kritik noch schärfer sein können: 2002 beim Messegeschäft und 2006, als die Kostenerhöhung erneut diskutiert wurde - Stichwort „Wertgutachten der gebauten Messe“.

Wir alle können uns an die EU-Kommission erinnern und sollten ihr dankbar sein, dass sie diese Entscheidung getroffen hat. Das war nämlich die entscheidende Wende. Nicht unsere eigene Kritik oder unser Fehlverhalten hat diese Wende herbeigeführt, sondern die Entscheidung der EU-Kommission. Trotzdem gab es 2015 wieder die Zustimmung zu dem Messedeal am Ende dieses Prozesses.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, dieses Gutachten ist wichtig, weil es noch einmal einen anderen Horizont darstellt, systematisch ist und auch einen wissenschaftlichen Blick hat.

Das, was ich nicht teilen kann, ist das wissenschaftliche Ergebnis von Herrn Graeff, auch wenn ich die Untersuchungen schätze und diese in Ordnung sind, nämlich die Feststellung: Alle hatten etwas davon. - Welche Schlussfolgerung man daraus zieht, ist die nächste Frage. Ich würde sagen: Wir hatten einen Schaden von mindestens 300 Millionen Euro. Zudem hatten wir einen Schaden in der Stadtgesellschaft und einen erheblichen Vertrauensverlust innerhalb der Stadtgesellschaft.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 38

Der Autor des Gutachtens, Professor Graeff, hat in einer Sitzung des Finanzausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses die Forderung nach einer systematischen Kritik und systemischen Gegenmaßnahmen für wichtig erachtet.

Verehrte Ratsfrauen und -männer, wenn wir gleich über die Städtischen Kliniken diskutieren, sehe ich systemische Parallelen.

Erstens: Ist nicht wieder ein Zeitdruck da? Zweitens: Eine Vorlage, die die Verwaltung nicht geschrieben hat und bei der man sich die Frage stellt, ob die Verwaltung diese Vorlage eigentlich durchschaut?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, schreien Sie doch! Schreien Sie doch! Aber so war es ja immer mit den Grünen. Sie haben geschrien und schlussendlich zugestimmt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine freche Unterstellung!)

Für mich ist die folgende Frage wichtig: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Ich möchte Ihnen einige - ich bin gleich fertig, Frau Oberbürgermeisterin - Anregungen geben; das ist nicht so lang.

Erstens: Städtische Grundstücke dürfen nicht ohne Ausschreibungen an einen Investor verkauft werden und dann wieder zurückgemietet werden. Das ist eine Praxis, die bis heute hier in diesem Hause nicht ganz unüblich ist. Ich erinnere an den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses.

Zweitens: Bauaufträge werden erst dann beschlossen, wenn die Planung abgeschlossen ist.

Drittens: Der Rat muss lernen, mit dem Argument des Zeitdrucks souverän umzugehen und diesen Zeitdruck abzuwehren. Dazu kann jeder von uns zahlreiche Beispiele nennen.

Viertens und letztens: Der Rat muss lernen, die Risiken von Großprojekten zu hinterfragen, bevor er Beschlüsse fasst. Hier machen wir gerade erste Schritte - Stichwort „Risikomanagement im Bauen“.

Das sind Konsequenzen, meine Damen und Herren, die ich für nötig erhalte.

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung zum Schluss machen: Dass diejenigen, die damals mitgemacht haben, jetzt übereifrig nach

Transparenz rufen, macht mich misstrauisch und auch ein wenig zornig. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann. - Entschuldigung! Erst Herr Breite und dann Herr Zimmermann.

(Zuruf: Thor, noch bist du eine kleine Liste! Du bist ja noch nicht der Oberbürgermeister!)

**Ulrich Breite (FDP):** Aber träumen darf man. Träumen darf man, meine Damen und Herren.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist immer ein Phänomen und immer wieder interessant, nach Herrn Detjen zu reden, insbesondere, wenn wir jetzt über die Aufarbeitung des Messeskandals sprechen und er das mit dem Tagesordnungspunkt zu den Städtischen Kliniken, den wir nachher haben, verquickt. Das ist schon wirklich skurril, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, das wird auch dem Ernst des Themas hier nicht gerecht, wenn man das in dieser Form macht; denn dann wird, obwohl wir uns doch alle für den Antrag ausgesprochen haben, dieses Thema ein bisschen für andere Sachen missbraucht. Da geht es insbesondere auch um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das, was er und auch andere Redner angesprochen haben, ist sicherlich richtig. Das stand auch in der Zeitung. Das Resümee, dass dies sozusagen eine Win-Win-Situation für alle war, ist sicherlich richtig. Wir sind froh, dass RTL bei uns in Köln geblieben ist - nicht nur als Gewerbezahler, sondern auch als Medienstandort.

Wir sind sehr, sehr froh, dass wir die Hallen haben, und auch darüber, dass sie so schnell gebaut worden sind. Trotzdem muss man sagen: Wie das zustande gekommen ist, kann man kritisieren. Und das tun wir auch.

Der dritte Punkt ist folgender: Ich glaube, im Nachhinein ist die Sparkasse damit nicht zufrieden; denn ihre gesamte Schieflage hat auch etwas mit diesen Geschäften zu tun, meine Damen und Herren. Ich möchte daran erinnern, was wir in der Zweckverbandsversammlung machen mussten, um diese Sparkasse KölnBonn aus der

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 39

finanziellen Schieflage zu retten. Sie ist da wieder herausgekommen - Gott sei Dank, Frau Oberbürgermeisterin; das sehen Sie sicherlich genauso -, aber wir müssen immer noch sagen, warum das in der Form geschehen ist.

Darum ist es wichtig, das alles genau zu durchleuchten, und ich bin froh, dazu ein Symposium zu machen. Es geht dabei gar nicht um Schuldzuweisungen oder derartiges, sondern es geht darum, daraus zu lernen, wie man bei solchen Geschäften - das ist richtig - mit Druck umgeht und es trotzdem besser und richtiger machen kann. Denn das ist manchmal so im Leben, im Geschäftsleben sowie bei uns in der Politik, dass wir manchmal schnell handeln müssen. Ich hoffe, dass wir die richtigen Rückschlüsse daraus ziehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als das Gutachten zum Messeskandal angekündigt wurde, habe ich mich im ersten Moment extrem gefreut - einfach, weil es endlich da ist. Im zweiten Moment war ich doch sehr, sehr enttäuscht, weil es in der ersten Mitteilung hieß, dass dieses Gutachten vorläufig weder ausgehändigt noch veröffentlicht wird. Dies ist inzwischen anders. Es gibt neue Mitteilungen und heute auch den Beschluss, dass wir das öffentlich machen und ein öffentliches Symposium dazu veranstalten wollen. Das freut mich besonders; denn dieses Gutachten ist wirklich eine besondere Leistung. Das sollte man gerade auch als Stadt Köln vielleicht etwas offensiver ausstellen. So, wie Herr Graeff und andere, die sich um diesen Auftrag früher mal beworben haben, immer wieder herausstellten: Diese Art der Aufarbeitung, dass das eine Kommune selbst leistet, ist wirklich außergewöhnlich. Das ist etwas, was wirklich besonders ist. Das sollten wir eigentlich auch - „feiern“ ist das falsche Wort, weil es um ein nicht besonders schönes Anliegen geht - betonen und den Bürgern sagen sowie sie dazu einladen, das aufzuarbeiten.

Ich bin in der Frage der Persönlichkeitsrechte kein Jurist, aber ich bitte darum, das noch einmal näher zu prüfen; denn Frau Diemert hatte sehr

plausibel dargestellt, dass die Persönlichkeitsrechte wieder erstarben - wenn ich das so sagen kann - nach einem gewissen zeitlichen Abstand. Die Frage ist natürlich, ab welchem Zeitpunkt wir eigentlich rechnen. Wenn wir „ab 2003“ sagen, ist das natürlich ein sehr langer Zeitraum. Wenn wir aber daran denken, dass wir die Vergleichskräfte erst vor zwei oder drei Jahren geschluckt haben, dann ist dieser Zeitraum gar nicht mehr so lang. Wenn wir an die letzten Urteile im Esch-Oppenheim-Prozess etc. denken, dann ist das auch noch nicht so lang her. Da könnte man meines Erachtens deutlich mehr Namen sowie die dazugehörigen Funktionen nennen, als dies bislang wohl geplant ist.

Zur Qualität des Gutachtens: Ich konnte es zumindest bereits querlesen. Jörg Detjen hat natürlich recht, es steht darin nichts Neues. Er hat natürlich auch damit recht, dass die Presse damals ihre Funktion - nach Anlaufschwierigkeiten von manchen - gut wahrgenommen und wesentlich dazu beigetragen hat, das Thema mit aufzuarbeiten.

Aber als jemand, der damals nicht im Rat saß und das damals auch nur in der Presse verfolgt hat, muss ich heute sagen: Das hat für mich dennoch einen gewissen Mehrwert, weil dieses Gutachten tatsächlich die Vorgänge anschaulich darstellt und man nachvollziehen kann, was damals hier im Rat, in der Verwaltung und auch mit den Investoren so los war.

Jörg, du hattest gerade erwähnt, dass wir froh sein können, dass es zu diesem EU-Urteil gekommen ist. Es gibt zum Beispiel ein Kapitel zu dem Weg, wer das angestoßen hat und wie er versucht hat, zunächst auf lokaler Ebene etwas zu der fehlende Ausschreibung nachzufragen und zu besprechen, und wie er an die Verwaltung der Stadt Köln und an die Bezirksregierung herangetreten ist und erst auf EU-Ebene überhaupt offene Ohren gefunden hat. Das wird in diesem Gutachten unter anderem sehr deutlich dargestellt. Ich finde es schon spannend, dass die Stadt und auch viele andere Funktionsträger da offensichtlich taub waren und dass es erst dieses EU-Urteils brauchte.

Also: Der Beschluss heute ist gut. Wir sind froh, dass wir aus der Mitteilung der Verwaltung, das Gutachten öffentlich zu machen, jetzt tatsächlich auch einen handfesten Beschluss machen. Ich bitte die Verwaltung darum, diese Veranstaltung und das veröffentlichte Gutachten auch wirklich seiner Bedeutung entsprechend zu würdigen. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Wortmann.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe nur einen ganz kurzen Redebeitrag. Ich habe meinen Antrag zurückgezogen, der etwas Verwaltungsarbeit beinhaltet hat, weil ich darin schon gewisse Details gefordert habe. Ich habe mich mit auf diesen Antrag setzen lassen, weil ich darin eigentlich meinen Antrag sehe.

Ich finde es spannend, wie unterschiedlich doch die Kollegen diese politische Korrektheit hier interpretieren, was das betrifft, und hoffe natürlich darauf - das ist eigentlich die Begründung der Dringlichkeit -, dass die Veröffentlichung noch einmal diskutiert wird. Thor Zimmermann hat es schon einmal gesagt: Es sind Namen gefallen, die in aller Munde sind. Deshalb müssten sie gar nicht mehr hinein; die stehen und kann man jederzeit herausfinden. Bedauerlicherweise bekommt Herr Pacht das alles nicht mehr mit. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen? - Frau Gerlach.

**Lisa Hanna Gerlach** (Einzelmandatsträgerin): Ich wollte nur kurz meine Unterstützung für diesen Antrag aller demokratischen Fraktionen im Rat bestätigen. Ich wäre auch sehr gern selbst beim Antrag mit dabei gewesen, mich hat aber leider keiner gefragt. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Darum lasse ich jetzt über diesen gemeinsamen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf:

**3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kliniken der Stadt Köln rasch sanieren - neue Nutzung für den Standort Holweide" (ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.) AN/1307/2019**

**3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**3.2.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Antrag der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 (ursprünglich TOP 21.2 n.ö.T.) 3680/2019**

**10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.) 3050/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE AN/1518/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1534/2019**

Ich begrüße dazu sehr herzlich den Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln, Herrn Baumann, den Klinischen Direktor der Kliniken, Herrn Prof. Dr. Kierdorf, und den Ärztlichen Direktor des Krankenhauses Merheim, Herrn Prof. Dr. Goßmann, zur heutigen Sitzung. Ich finde es gut, dass Sie an unseren Beratungen teilnehmen.

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Anträge so auf, wie sie gestellt worden sind. Als Erster hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage der Kliniken der Stadt Köln ist ernst - offensichtlich so ernst, dass man unseren Dringlichkeitsantrag dazu in der letzten Ratssitzung hier nicht vor der Öffentlichkeit diskutieren wollte.

Von 100 Millionen Euro Restrukturierungs- und Sanierungsaufwand ist die Rede. Und ob dies auch nur annähernd ausreichen wird, das, meine Damen und Herren, sei einmal dahingestellt.

Dabei ist die Situation eigentlich ganz einfach. Die Situation der Kliniken der Stadt Köln und der Stadt ist durch folgende Faktoren geprägt:

Wir haben erstens eine deutliche Überversorgung mit Krankenhausbetten im Raum Leverkusen, Köln, Bonn.

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 41

Zweitens ist die Auslastung insbesondere des Standorts Holweide zum Teil auf 50 Prozent gesunken. Ein Weiterbetrieb ist wirtschaftlich so nicht möglich. Gleichzeitig ist die Bausubstanz von Holweide deutlich überaltert, weist einen erheblichen Sanierungsstau auf - das Gebäude ist aus dem Jahr 1972 - und der Standort Merheim ist mit erheblicher Ausbaureserve nur 3 Kilometer entfernt.

Drittens - das ist ein Allgemeinplatz -: Wir haben einen erheblichen Mangel an Wohnraum in dieser Stadt. Holweide bietet mit rund 200 000 Quadratmetern auf einem parkähnlichen Gelände - voll erschlossen, mit Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, inmitten eines Wohngebietes gelegen - potenziell Raum für 800 bis 1 000 Menschen.

Es ist doch damit offensichtlich vollkommen klar, was hier getan werden müsste. Von unserer Oberbürgermeisterin dürfen, ja, müssen wir Führung erwarten, und zwar Führung gerade auch dann, wenn es schwierig wird, wenn es unangenehm wird. Ein Genosse hat dazu, glaube ich, mal gesagt: Führen heißt dort hingehen, wo es zischt und brodeln. Aber bei Ihnen, Frau Reker, habe ich den Eindruck, Sie schweben wie ein „Merkel-Nebel“ über allen Wassern.

Sie waren jüngst auf der Betriebsversammlung in Holweide, aber anstatt den Mitarbeitern klaren Wein einzuschenken und zu sagen: „Liebe Leute, dieser Standort ist nicht zu halten“, haben Sie von einem zukünftigen Klinikverbund mit der Uniklinik, einer „Charité des Westens“ schwadroniert.

Frau Oberbürgermeisterin, hat Ihnen noch niemand gesagt, dass Größe allein kein Wert an sich ist? Wie können Sie so naiv sein und glauben, das Land Nordrhein-Westfalen ließe sich einen maroden Klinikverbund der Stadt Köln einfach so ans Bein binden, ohne dass wir selbst einen Sanierungsbeitrag leisten?

Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, warum der zuständige Aufsichtsrat in seiner Funktion so kläglich versagt hat? Wie konnte es passieren, dass die ehemals stolzen Kliniken der Stadt Köln, eines der größten und profitabelsten kommunalen Krankenhäuser, unter den Augen des Aufsichtsrats zum Sanierungsfall wurden? Verdient dieser Aufsichtsrat überhaupt seinen Namen? Welche Verantwortung trägt sein Vorsitzender? - Auf dieses Gremium, meine Damen und Herren, trifft offensichtlich das Bonmot von Hermann Josef Abs zu:

Was ist der Unterschied zwischen einer Hundehütte und einem Aufsichtsrat? Die Hundehütte ist für den Hund, der Aufsichtsrat ist für die Katz.

Das haben wir hier erlebt.

Meine Damen und Herren, die Misere bei den Kliniken der Stadt Köln macht wieder einmal mehr das eklatante Führungsproblem in dieser Stadt deutlich. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, zeigen hier vorweg Führungsschwäche. So führt man keine Millionenstadt.

Sie macht aber noch ein weiteres Problem deutlich, nämlich die offensichtlich mangelnde Qualität der Aufsichtsräte unserer Stadt; denn das, was sich hier bei den Kliniken der Stadt Köln gezeigt hat, haben wir auch im Bereich KölnTourismus und möglicherweise auch noch bei anderen Aufsichtsräten dieser Stadt.

Frau Stadtkämmerin, ich an Ihrer Stelle würde mein städtisches Beteiligungsmanagement deutlich aufrüsten; denn sich auf die städtischen Aufsichtsräte zu verlassen, heißt, genau das zu erleben, was wir hier erleben.

Die Stoßrichtung unseres Antrags bietet deshalb folgende Vorteile: Wir sanieren die Kliniken der Stadt Köln, ohne im Geringsten das medizinische Versorgungsniveau zu beeinflussen. Wir verstärken unsere Verhandlungsposition gegenüber dem Land. Wir passen unsere Strukturen - längst überfällig - endlich an den regionalen Gesundheitsmarkt in Köln an. Und wir schaffen dringend benötigten Wohnraum auf einem städtischen Gelände mit vollem Zugriff der Stadt.

Meine Damen und Herren, die Kliniken der Stadt Köln sind akut insolvenzgefährdet. Um eine Insolvenz abzuwenden, ist rasches Handeln erforderlich. Die Verhandlungsposition von uns, der Stadt Köln, ist umso besser, je früher wir hier deutlich ein Zeichen setzen und einen eigenen Willen zum Sanierungsbeitrag erkennen lassen. Daher sind wir alle gefordert - wir alle sind gefordert! -, hier rasch ein klares Zeichen im Sinne der Stadt zu setzen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deshalb für den Antrag der AfD. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Paetzold das Wort.

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 42

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht auf die Qualität des Wortbeitrags meines Vorredners eingehen, aber ich möchte meiner Meinung Ausdruck verleihen, dass sich der Antrag der AfD erledigt hat.

Der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln hat am 31.10. den Auftrag des Rats abgearbeitet. Die Geschäftsführung hat ein Medizin- und Standortkonzept vorgelegt, der Aufsichtsrat hat darüber beraten und der Gesellschafterversammlung eine Empfehlung ausgesprochen. Insofern hat sich der Antrag, wie ich finde, erledigt, und wir müssen nicht mehr darüber abstimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Darüber würde ich sofort abstimmen lassen. Zunächst aber eine Gegenrede.

**Stephan Boyens** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Geehrter Herr Paetzold, ich glaube, Sie machen es sich jetzt ein bisschen leicht. Sie wissen ganz genau, dass Sie da eine erhebliche Verantwortung tragen, und jetzt soll hier über einen Geschäftsordnungsantrag das Ganze mal so unter den Teppich gekehrt werden.

(Zurufe von der SPD: Überhaupt nicht! - Ihr Antrag hat sich erledigt!)

Wenn Sie Mumm haben, dann stellen Sie sich doch jetzt mal den Fragen, die ich aufgeworfen habe, und sagen Sie etwas zu dem Konzept, hier Wohnraum an einem Standort zu schaffen, der - noch einmal - nicht zu halten ist. Schauen Sie es sich bitte an. Ich war zweimal vor Ort; dort stehen alte Gebäude aus den 70er-Jahren. Das sieht zum Teil aus wie - ich sage es einmal so - Bauten, die wir aus anderen Gegenden Deutschlands kennen.

Noch einmal: Dort können wir etwas gestalten, ohne die medizinische Versorgungsstruktur in Köln zu gefährden. Und noch einmal: In Merheim sind Ausbaureserven. Es geht mir doch nicht darum, die Leuchtturmprojekte in Holweide abzuwickeln. Nein, ganz im Gegenteil. Ich möchte diese retten und nach Merheim bringen. Aber wir brauchen nicht diesen zweiten Standort 3 Kilometer davon entfernt. Das ist der Punkt. Dazu sollten Sie sich fachlich stellen, anstatt das hier unter den Teppich zu kehren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Paetzold abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag erledigt.

Jetzt rufe ich trotzdem wieder Herrn Paetzold auf.

(Michael Paetzold [SPD]: Zu unserem Änderungsantrag?)

- Genau, zur Vorlage. Als größte Fraktion zur Vorlage.

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Kliniken der Stadt Köln an allen drei Standorten ein unabdingbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sind, den die Stadt Köln ihren Bürgerinnen und Bürgern schuldet und den sie sich zur Not - diese Not haben wir gerade - auch etwas kosten lassen muss.

Dieser Einsicht folgend hat sich der Rat in den vergangenen Monaten klar hinter seine Kliniken gestellt und den notwendigen und machbaren Sanierungsprozess mit namhaften Beiträgen unterstützt.

Wir laden Sie mit unserem Änderungsantrag zur Vorlage der Verwaltung ein, dieses Bekenntnis des Rates zu seinen Kliniken heute zu wiederholen, und zwar in vollem Bewusstsein, dass dieses Bekenntnis Geld kosten wird - zum einen, weil die Sanierung weitere Unterstützung der Stadt erfordern wird, zum anderen, weil es auch eines Investitionsprogramms bedarf, um die Kliniken fit für die Zukunft zu machen.

Wer jetzt hier auf die fixe Idee kommen könnte: „Dann nichts wie ab in den Klinikverbund, eine Sorge weniger“, der hat die Vorlage nicht richtig gelesen; denn da steht auf Seite 6 unter Punkt 4: „die Bewältigung der Lasten aus der Vergangenheit der Kliniken Köln ist Aufgabe der Stadt Köln“. Sinngemäß heißt es weiter: Die Stadt Köln leistet einen Sanierungsbeitrag, der sich an dem Sanierungsbeitrag der Stand-alone-Variante orientiert. Sparen mit dem Klinikverbund läuft nicht.

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 43**

Damit sind wir beim Titel der Ratsvorlage angekommen: „weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund“.

Wir wollen es gleich sagen: Wir wollen keinen Zentimeter mehr vorangehen im Projekt Klinikverbund. Ich sage Ihnen auch, warum. Der Rat der Stadt Köln hat ziemlich viel Geld für eine Due-Diligence-Prüfung freigegeben. Was hat er dafür bekommen? - Keine saubere Due Diligence, kein Zahlenwerk, sondern ein ziemlich mageres Ergebnis, das im Wesentlichen auf der Grafik IV der Vorlage basiert, und ganz viel Prosa mit dem Tenor: könnte sein, wird vielleicht, müssen wir mal schauen, kann man vielleicht verhandeln.

Deshalb wollen wir in Sachen Klinikverbund keinesfalls vorangehen. Wir wollen sofort und heute kehrtmachen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir raten dem Rat der Stadt Köln dringend, die Idee des sogenannten Klinikverbundes noch heute zu beerdigen und die diesbezüglichen Verhandlungen mit der UKK umgehend zu beenden. Ich erkläre Ihnen auch gern, warum.

Am 18.12.2017 hat die UKK der Stadt ein indikatives Angebot gemacht. Die UKK wollte 50 plus X Prozent der Anteile der Kliniken der Stadt Köln erwerben, um die operative Steuerung der KSK zu übernehmen. Das war eine klare Ansage, aber es war auch ein faires Angebot: Wer Anteile kauft, muss dafür zahlen, Verbindlichkeiten anteilig übernehmen und hat in Zukunft auch Sanierungsbeiträge zu leisten. Das wäre ein Sparmodell für die Stadt Köln gewesen. Das Ganze hatte nur einen Haken: Wenn die Stadt Köln etwas verkauft, dann muss sie das wirtschaftlichste Angebot annehmen, also hätte durchaus ein Privater die Uniklinik überbieten können. Dann wäre aus der KSK plötzlich eine private Klinik geworden. Das wollte Gott sei Dank hier in diesem Hause niemand.

Immerhin das verhindert nun das vorgelegte Stiftungsmodell. Trotzdem ist es abzulehnen; denn dieses komplizierte Konstrukt ist letztlich nur ein Deckmäntelchen dafür, dass die UKK genau das bekommt, was sie von Anfang an wollte und was aus ihrer Sicht auch nur Sinn macht. Im Stiftungsmodell wird die UKK allein das Sagen haben. Sie wird die operative, unternehmerische Verantwortung übernehmen, und es wird zwingend eine umsatzsteuerliche Organschaft geben. Was das heißt, ist eindeutig geregelt. Laut Gesetz liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft

vor, wenn eine juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des Organträgers eingegliedert ist und insoweit der Organträger seinen Willen gegenüber den Organgesellschaften durchsetzen kann.

Im Klartext heißt das: Wenn das Stiftungsmodell Realität wird, dann hat die Stadt in ihren Kliniken nichts, aber auch gar nichts mehr zu sagen. Daran ändert leider auch der Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP nichts.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überlegen Sie genau, was Sie tun. Mit der Zustimmung zu weiteren Verhandlungen geben Sie den Einfluss der Stadt Köln auf ihre Kliniken auf und damit jegliche Gestaltungsmöglichkeit, und Sie tun das ohne jede Not. All das, was die UKK will - gemeinsame Forschung, europäisches Studienzentrum, vermehrte Zusammenarbeit, Heben von Synergien -, lässt sich problemlos durch Kooperationen realisieren. Das hat meine Fraktion gebetsmühlenartig wiederholt. Das funktioniert woanders auch ganz gut - übrigens auch ziemlich gut mit anderen kommunalen Häusern und mit frei gemeinnützigen Trägern. Die Vorlage der Verwaltung behauptet aber so lapidar: Nein, Kooperationen funktionieren einfach nicht, das sagen auch alle Fachleute.

Wie gesagt, wir sehen das anders, und seit wenigen Tagen haben wir auch ganz prominente Unterstützer. Der Wissenschaftsrat, immerhin das höchste Beratungsgremium im Bund und im Land in Fragen der Wissenschaft - ich komme gleich zum Ende -, empfiehlt in einer Stellungnahme vom Oktober, also ganz aktuell, der UKK, alternativ zu der Beteiligung der UKK an den Städtischen Kliniken eine strategische Zusammenarbeit zu erwägen, die zwar begrenzteren Gestaltungsspielraum böte - klar, sie hätten nicht mehr den Durchgriff -, aber auch weniger risikobehaftet wäre.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Rat der Stadt Köln wird gleich eine sehr weitreichende Entscheidung fällen. Bitte halten Sie doch einmal kurz inne und überlegen Sie gut: Wollen Sie wirklich ohne jede Not und ohne jede Gegenleistung den Einfluss des Rates der Stadt Köln auf seine Kliniken aufgeben? Wenn Sie das nicht wollen - es spricht viel dafür, das nicht zu wollen -, dann lehnen Sie bitte die Beschlussvorlage ab und stimmen für unseren Änderungsantrag. - Vielen Dank.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 44

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation an den Städtischen Kliniken ist so, dass wir sehr, sehr weise und gut entscheiden müssen, um hier die Zukunftssicherheit zu gewährleisten.

Wir haben - das gilt nicht nur für die CDU-Fraktion, sondern eigentlich auch für das gesamte schwarz-grüne Bündnis in dieser Stadt - immer genau die Positionen definiert, die wir haben wollen. Zu diesen Positionen - die Oberbürgermeisterin verfolgt hier deckungsgleiche Ziele - gehört vor allem, dass wir die Maximalversorgung im rechtsrheinischen Köln weiter so zukunftsfähig erhalten wollen, wie sie bisher auch schon da ist. Das ist unser erstes wichtiges Ziel.

Das zweite wichtige Ziel betrifft die Arbeitsplätze. Wir haben viele Arbeitsplätze in den Kliniken und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tag für Tag hervorragende Arbeit leisten. Hier gilt es, diese Arbeitsplätze zu erhalten. Gleichzeitig - das ist uns auch wichtig, nachdem bereits seit weit mehr als einem Jahr über die Sache diskutiert wird - müssen wir hier die Zukunftsangst nehmen und den Beschäftigten Perspektiven aufzeigen. Deshalb brauchen wir zügige Lösungen und keine langwierigen Runden, die Lösungen weit in die Zukunft schieben.

Das Dritte hängt damit eng zusammen, weil das natürlich auch die Frage der Akzeptanz durch die Patienten bzw. durch die einweisenden Ärzte betrifft, das ist die Frage der Zuverlässigkeit für die Zukunft: Welche Qualität können wir anbieten - sowohl von den Gebäuden als auch von der medizinischen Ausstattung?

Hier kommen wir zu einem entscheidenden Punkt, den Sie an der Stelle klar verkennen: Sie sehen immer wieder bzw. fordern jetzt Investitionsprogramme. Wir haben auf der Landesseite in den letzten Jahrzehnten wenig Unterstützung gesehen. Wir benötigen jetzt eine Lösung, die uns gewährleistet, dass wir hier ein gutes Investitionsprogramm haben.

Für uns ist wichtig - deshalb unser Änderungsantrag, um die Verhandlungsposition der Verwaltung an dieser Stelle auch klar zu stärken -, zukünftig weiterhin Einfluss der Stadt Köln bei we-

sentlichen Dingen zu haben, dass wir sowohl in den personellen Fragen, aber vor allem auch bei den wichtigen Entscheidungen, die künftig zu treffen sind, ein Mitspracherecht bekommen, um eben diese Ziele, die ich am Anfang genannt habe, auch zukünftig sicherzustellen. Hierzu gehört, dass gewisse Voraussetzungen, die wir in dem Antrag einzeln aufgeführt haben, auch ganz konkret benannt werden. Dazu gehört unter anderem die Garantie für die bisherigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass sie in ihren Rechten künftig nicht schlechter gestellt werden.

Der Aufsichtsrat hat eine weise Entscheidung hinsichtlich des Gesundheitsstandorts Holweide getroffen, die es natürlich auch in die Zukunft mitzunehmen und dort umzusetzen gilt. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt.

Für die Frage der rechtlichen Struktur - hier ist ein Modell angedacht, das Aussicht hat, auch entsprechend rechtlich Bestand zu haben - gilt es natürlich, in den verschiedenen Gremien, die einzusetzen sind, den städtischen Einfluss auch zukünftig zu gewährleisten. Denn eines ist klar: Wir wollen auch zukünftig darüber mitentscheiden, was in Köln passiert, dass eben die rechtsrheinische Versorgung, die von den Kliniken bisher in hervorragender Form wahrgenommen wird, auch zukünftig entsprechend fortgesetzt wird.

Das, was mich an dem Antrag von SPD und LINKEN sehr stark stört, ist dieser grundsätzliche Vorbehalt gegen die Unikliniken, der eigentlich durch nichts begründet ist. Denn die Unikliniken sind Maximalversorger, die bisher das linksrheinische Köln - so, wie die Städtischen Kliniken im Rechtsrheinischen - wunderbar versorgen. Daran gibt es keinen Deut.

(Beifall bei der FDP)

Das ist etwas, das darf man an dieser Stelle immer wieder betonen. Das heißt, wir müssen hier in großen Dingen denken und nicht in kleinen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass es nicht nur darum geht, bestehende Strukturen zu erhalten, sondern wir müssen an dem Gesundheitsstandort weiterdenken und Dinge weiterentwickeln. Hier ergeben sich zusätzliche Potenziale, und zwar nicht nur im Bereich der Onkologie, Köln zu dem Gesundheitsstandort in Deutschland weiterzuentwickeln. Das ist eine einmalige Chance, die wir haben, deshalb sollten wir in die Kooperationsgespräche gehen. Ich glaube, dass am Ende dabei etwas Gutes herauskommt, was nicht nur für die Mitar-

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 45

beiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Patientinnen und Patienten, sondern für die gesamte Stadt Köln einen Vorteil bringt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche einmal, das in der Sache aufzudröseln. Wenn Sie unseren Zusatzantrag anschauen, dann erkennen Sie insgesamt sieben Ziele, die wir nachgeschärft haben möchten.

Zunächst einmal ist uns wichtig, dass wir einen klaren Übergang haben: Wenn die wirtschaftliche Verantwortung an die Universitätsklinik übergeht, müssen letztlich auch die finanziellen Risiken übergehen.

Dazu ein erster Hinweis, lieber Kollege Paetzold: Natürlich hat der Wissenschaftsrat hier Risiken beschrieben - Risiken für die Universitätsklinik, nicht für die Stadt Köln.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, klar! Das habe ich ja vorgelesen!)

Das muss man nur einordnen. Man könnte auch den Spieß umdrehen und sagen: Wenn der Wissenschaftsrat auf Risiken für die Universitätsklinik hinweist, dann sind das im Gegenzug Chancen für die Stadt Köln.

Wir haben natürlich den weiteren Punkt aufgenommen, dass wir in Bezug auf die zukünftigen Investitionen das Haus mit der Uniklinik gleichstellen wollen. Sie wissen, dass die Universitätsklinik zu Köln in der Vergangenheit deutlich mehr Landesmittel bekommen hat als unsere Kliniken, die als Plankrankenhäuser behandelt wurden. Das möchten wir natürlich gleichgestellt sehen.

Eine ähnliche Gleichstellung hätten wir gern in den Entscheidungsgremien. Auch da ist es, denke ich, gut, wenn wir eine personelle Parität herstellen.

Unter viertens sehen Sie den Wunsch - ich denke, das ist gut begründet -, in den operativen und in den Aufsichtsratsgremien der Universitätsklinik zu Köln vertreten zu sein, weil wir es hier mit ei-

ner Zusammenführung von zwei sehr großen Häusern zu tun haben. Sie wissen, bei uns arbeiten etwa 4 500 Menschen. In der Universitätsklinik sind es etwas mehr als doppelt so viele, soweit ich informiert bin. Das heißt, es ist eine große Aufgabe, diese zwei „Megatanker“ zusammenzuführen, die natürlich zunächst einmal unterschiedliche Ausrichtungen haben. Denn es ist so, dass die Ziele von Forschung und Lehre per Definition andere als die einer Versorgung der Bevölkerung sind. Wir glauben aber daran, dass es möglich ist, das zu vereinen. Es ist nur eine Aufgabe, die man benennen muss und die man dann auch entsprechend umsetzen muss.

Wir denken, dass die Stadt Köln Sonderrechte haben sollte, die sich aus dieser Tatsache der Versorgung der Kölner Bevölkerung ergeben. Wir denken, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend auch in Zukunft geschützt werden sollen.

Unter Punkt 7, lieber Kollege Paetzold und Aufsichtsratsvorsitzender, finden Sie den Hinweis auf den Beschluss des Aufsichtsrats, den Sie bereits zitiert haben. Wir denken schon, dass am Standort Holweide weiterhin gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung stattfinden sollte, und zwar so, wie wir das miteinander im Aufsichtsrat auch völlig einvernehmlich haben wollen. Wir halten es für wichtig, das hier auch noch einmal festzumachen, um klarzumachen, dass eben nicht in Holweide die Häuslebauer anrücken sollen, sondern dass die Bevölkerung dort weiterhin gut und zuverlässig versorgt werden soll. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt kann ich Ihnen nicht ersparen, dass ich mir noch einmal angeschaut habe, was Sie eingebracht haben.

(Michael Paetzold [SPD]: Das will ich hoffen!)

An der Stelle will ich das doch noch einmal kurz würdigen.

Zunächst einmal unter Punkt 1: Der Rat bekennt sich zum Gesundheitsstandort Köln und seinen Kliniken. - Ja, das hat der Rat in letzter Zeit relativ häufig getan. Er hat sich nicht nur bekannt, er hat auch erhebliche Beträge hineingegeben.

(Michael Paetzold [SPD]: Das habe ich auch gesagt!)

Insofern ist es schön, dass Sie das anerkennen, aber es hat sich, glaube ich, durch unser konkre-

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 46

tes Handeln bereits manifestiert, dass der Rat der Stadt Köln hinter seinen Kliniken steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch richtig so. Insofern bin ich bei dem Punkt bei Ihnen, aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Zur fairen Kooperation: Da müssen wir zur Kenntnis nehmen, und zwar sowohl als Aufsichtsräte als auch als Ratspolitiker, dass die Universitätsklinik zu Köln eine lose Kooperation so nicht möchte. So habe ich jedenfalls die verantwortlichen Herren dort verstanden. Wir können das zwar von einer Seite wollen, aber wenn die andere Seite das nicht will, haben wir einfach ein Verhandlungsproblem an der Stelle. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Zu 3., den Klinikstandort Holweide erhalten: Ich habe mich etwas gewundert, dass es „Klinikstandort“ heißt, also Krankenhaus. Nach dem, was der Aufsichtsrat benannt hat, ist es ein Gesundheitsstandort und kein Plankrankenhaus mehr. Das ist ein feiner, aber erheblicher Unterschied. Insofern bin ich an der Stelle ausdrücklich nicht bei Ihnen, sondern nur beim Gesundheitsstandort - wie eben bereits benannt.

Was die Investitionen anbelangt, ist es fraglich und mir unverständlich, wie das, was Sie aufgeschrieben haben, eigentlich durchfinanziert werden soll; denn das würde im Grunde - Sie sprechen teilweise sogar von drei Krankenhäusern - ein „Weiter so wie bisher!“ bedeuten. Wer das finanzieren soll und wo der Plan dahinter ist, um sinnvoll einen Turnaround zu schaffen, also noch nicht einmal 2+1 zu machen, sondern von drei Krankenhäusern zu sprechen, hat sich mir nicht erschlossen. Insofern werden wir als Bündnis 90/Die Grünen Ihren Antrag ablehnen und dem von uns, denke ich, substantiell gut begründeten Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, die zentrale Frage Ihrer Vorlage werden Sie weder heute noch in einem halben Jahr beantworten, nämlich die Frage: Woher sollen die Finanzmittel für dieses Projekt kommen?

Glauben Sie wirklich, dass sich das Land von den netten Bildern Ihres Stiftungsmodells beeindrucken lässt? Wird nicht das Land fragen, wo Ihr Businessplan ist, wo Ihre Bilanz ist und wo Ihr Zukunftsplan ist? - Genau die Fragen werden sie stellen. Die Antworten dazu haben Sie nicht.

Seit Jahrzehnten entzieht das Land Nordrhein-Westfalen - -

(Bernd Petelkau [CDU] führt ein Gespräch mit Stadtdirektor Dr. Stephan Keller)

- Herr Petelkau, könnten Sie aufhören? Ich muss mich etwas konzentrieren.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja!)

Es ist, glaube ich, eine wichtige Debatte, bei der es doch gut ist, wenn man auch die Oppositionspartei hört.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Seit Jahrzehnten entzieht das Land Nordrhein-Westfalen, ob Schwarz-Grün oder Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, den kommunalen Krankenhäusern eine auskömmliche Finanzierung. Es ist erbärmlich, meine Damen und Herren, dass die Uniklinik neunzehnmal mehr für Bauinvestitionen - nur für Bauinvestitionen, nicht für Forschung; das ist eine andere Baustelle - bekommt als die Städtischen Kliniken. Laut Planungen des Wissenschaftsrates für die Förderung der Unikliniken in Nordrhein-Westfalen sollen die Gelder nach Bochum und nach Bielefeld fließen. Das ist die Realität.

Gleichzeitig arbeitet das Land an einem neuen Krankenhausplan. Dabei sollen drastisch Betten abgebaut werden. Das heißt, für den Bettenabbau werden wir vielleicht einmal einen Geldbetrag erhalten. Wir brauchen aber langfristige Einnahmen für den Betrieb der Städtischen Kliniken. Das ist doch das Problem. Wir dürfen nicht auf die Einmalkosten schauen, sondern auf die langfristigen Kosten. Da muss sich etwas verändern. Diese Einnahmen können wir nur erzielen, wenn wir einen Zukunftsplan haben. Herr Baumann und der Aufsichtsrat der Kliniken arbeiten daran.

Ist dieser Plan mit drei Standorten oder auch mit 2+1 in Ihrem Stiftungsmodell garantiert? Kann man diesen Änderungsantrag so verstehen? Diese Frage und weitere 37 Fragen haben wir zu dem Stiftungsmodell gestellt. Die Antworten der Verwaltung - in dem Fall auch durch die Firma Luther - sind eine Mischung von Frechheit und Ratlosigkeit. Original: Auf die Frage können wir keine Antwort geben.

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 47**

Für die Beratung dieses Stiftungsmodells werden Millionen Euro ausgegeben. Das wollen Sie nachher beschließen. Ich finde, das ist hinausgeschmissenes Geld.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deshalb sagen DIE LINKE und die SPD in ihrem Antrag: Lasst uns gemeinsam um Landeszuschüsse kämpfen, und zwar mit der Betonung auf „kämpfen“.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der SPD)

Ohne Kampf werden wir diese Sachen nicht bekommen. Wir sind gern bereit, mit Ihnen gemeinsam nach Düsseldorf zu gehen und gemeinsam mit Ihnen zu demonstrieren. Denn ohne diesen Druck, den wir aufbauen müssen, werden wir zu keiner Situation kommen, dass wir drei Bürgerkrankenhäuser halten können - in Holweide, Merheim und an der Amsterdamer Straße.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Wir brauchen jetzt ein Investitionsprogramm des Kölner Stadtrates, damit der Umbau dieser drei Standorte entwickelt werden kann, damit neben dem Sanierungsprogramm ein Investitionsprogramm entwickelt und angestoßen werden kann. Der Aufsichtsrat hat zwar einen weisen Beschluss gefasst, aber der Aufsichtsrat hat nicht das Geld. Das ist doch das Problem! Wie wollen wir das bekommen? - Wir werden das nicht einfach vom Land bekommen, sondern wir müssen ein eigenes Investitionsprogramm entwickeln. Das ist doch die ganze Zeit der Nebel, der hier verblasen wird. Wir werden nicht darum herum kommen, einen dreistelligen Millionenbetrag in die Hand zu nehmen, um dort einen Prozess der Investition zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Wenn Betten abgebaut werden sollen, meine Damen und Herren, warum interessiert sich denn die Uniklinik überhaupt für diesen Prozess? - Herr Petelkau, es geht dabei gar nicht um die Diffamierung der Uniklinik. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es um Realpolitik, zu erkennen, worum es geht. Meine Damen und Herren, es geht schlicht und ergreifend darum, dass die Universitätsklinik Patientendaten haben will, die sie für ihre weiteren Forschungsmittel und Akquirierung von Forschungsmitteln nutzen kann. Darum geht es, meine Damen und Herren.

Deshalb müssen wir klug sein. Wir müssen kämpfen und unsere eigene Strategie entwickeln und dürfen nicht meinen, dass wir das Geld vom

Land nachgeschmissen bekommen. Eigentlich müssten die großen Parteien, die alle im Landtag vertreten sind und über Jahrzehnte diese Mittel für die Krankenhäuser nicht bewilligt haben, das genau wissen. Das ist doch die Situation. Deswegen müssen wir uns komplett aufstellen und ein Sanierungs- und Investitionsprogramm entwickeln.

Ich bin über meiner Redezeit. Ich würde aber gern noch etwas zum Änderungsantrag und zu den Erweiterungen von Schwarz-Grün sagen und melde mich hiermit zu einer zweiten Runde. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Breite hat jetzt das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, wie Sie sicherlich sehen, ist dieser Änderungsantrag nicht nur von CDU und Grünen gestellt, sondern auch von der FDP. Sie sehen in dem Bereich, dass sich hier drei Fraktionen zusammengesetzt haben, die für die Zukunft Kölns im Gesundheitssektor kämpfen, meine Damen und Herren, -

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- und dass diese drei Fraktionen bei der Zukunftsfähigkeit des Gesundheitswesens rechts- und linksrheinisch die Oberbürgermeisterin unterstützen. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Botschaft, die heute von diesem Rat ausgehen sollte.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir zu Verhandlungen bereit sind; ich spreche von Verhandlungen, wir reden noch gar nicht über das Ergebnis. Die SPD will aber noch nicht einmal reden. Sie will bei den Situationen, die wir bei den Städtischen Kliniken haben, nicht einmal reden. Was ist denn das für eine Verantwortungslosigkeit, die wir hier erleben? Bei einem Verlust von 44 Millionen Euro letztes Jahr, von 120 000 Euro am Tag - ich wiederhole es: 120 000 Euro Verlust am Tag - sagen die SPD und der Aufsichtsratsvorsitzender der Kliniken, sie wollen noch nicht einmal mit einem Verhandlungspartner reden.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 48

Meine Damen und Herren, wer hier im Rat so spricht, der hat die Situation nicht erkannt und übernimmt auch nicht die Verantwortung für unsere Städtischen Kliniken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es geht zum einen um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen um die Patienten. Ich sage Ihnen: Wir möchten eine Verhandlung führen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Sicherheit haben. Bei Ihnen haben sie hinsichtlich der Verluste keine Sicherheit, und Sie wollen noch nicht einmal darüber reden. Da muss ich sagen: Das ist verantwortungslos gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch überhaupt nicht wahr! - Erst lesen, dann reden!)

Ich muss auch sagen: Bei aller Liebe, es gibt ja Gründe dafür, warum wir diese Verluste haben. Ich kann mich erinnern, dass ein Sanierungsplan gemacht worden ist; wir hatten dazu schon einmal eine Sitzung. Ich bin froh, dass wir jetzt öffentlich reden und dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Unterlagen auch in die öffentliche Sitzung gezogen haben; denn so kann man darüber reden, dass verschiedene Sanierungsmaßnahmen genannt wurden, die andere, wie die Uniklinik, schon längst vor etwa zehn Jahren gemacht haben, die hier immer verschleppt wurden. Noch immer gibt es, glaube ich, die Wäscherei mit dem öffentlichen Tarif oder die Nichtauslagerung oder andere Sachen, die andere gemacht haben, damit solche Kliniken - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie wollen doch die Arbeitnehmer eins zu eins vorführen! Das steht in Ihrem Änderungsantrag!)

- Ach, Herr Detjen, die werden doch nicht arbeitslos. Das sind Fachkräfte, die werden benötigt. Die werden benötigt! Da brauchen Sie gar nicht zu schreien. Wir führen hier keinen Klassenkampf. Auf dem Arbeitsmarkt, den wir haben, werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernommen. Das wollen doch die Unikliniken.

(Beifall bei der FDP)

Auf keinen wollen sie verzeichnen!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Da können Sie noch so viel schreien. Auf keinen wollen sie verzichten!

Wir wollen aber eine Vereinbarung hier treffen, um rechts- und linksrheinisch den Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern eine Zukunft zu geben und die bestmögliche Versorgung zu schaffen, und zwar im Rechts- und Linksrheinischen. Wenn wir bei den Städtischen Kliniken sehen, dass ganze Stationen zugemacht werden, weil das Personal fehlt, aber auch die Patienten nicht kommen, dann kann etwas nicht stimmen. Dann zu sagen, hier wäre keine Not, wir wollten ohne Not Gespräche mit der Uniklinik führen - ich habe manchmal das Gefühl, die Uniklinik wäre ein Kredithai oder derartiges, also etwas ganz Gefährliches. Wir reden von einer öffentlichen Einrichtung, meine Damen und Herren. Dass zwei öffentliche Unternehmen zusammenarbeiten und in eine Stiftung zusammengehen, das kann meiner Meinung nach auch im Sinne der LINKEN und der SPD nichts Schlimmes sein.

Eines möchte ich noch zu dem sagen, was ich in der Pressemitteilung der SPD gelesen habe: Man sollte auch bei der Wortwahl ein bisschen aufpassen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das sagt der Richtige!)

- Ja, da können Sie gern lachen.

Ich bin gleich fertig, Frau Oberbürgermeisterin, aber das muss ich hier noch sagen, weil Sie ja auch für die Verhandlungen eintreten.

Hier zu sagen, wir wollten die Kliniken verscherbeln, meine Damen und Herren, das möchte ich - -

(Michael Paetzold [SPD]: Nein, wir wollen sie eben nicht verscherbeln!)

- Das haben Sie hierin stehen.

Herr Paetzold, ich muss Ihnen wirklich sagen: In einer Pressemeldung zu schreiben, dass wir die Kliniken verscherbeln würden, das spricht Bände darüber, wie Sie hier in dieser Sache agieren, wenn wir Verhandlungen mit der Uniklinik von Köln führen wollen.

(Beifall bei der FDP der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei aller Liebe, ich weiß nicht, was Sie da verdecken wollen. Wir bleiben aber dabei: Dieses Verhandlungsangebot ist gut, was wir noch bestärkt haben mit unserem Änderungsantrag. Ich hoffe auf eine breite Unterstützung hier. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 49**

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, jetzt hat die 2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Frau Dr. Groß das Wort zu TOP 21.2. Anschließend gehen wir in die zweite Runde. Uns liegt eine Anregung der BV Kalk vor. Darum haben wir jetzt die 2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin hier.

**2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß (Kalk):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, die noch auf den Tribünen verblieben sind! Ich möchte mich für die Bezirksvertretung Kalk zu dem vorliegenden Prüfantrag, der in der Bezirksvertretung Kalk mehrheitlich beschlossen wurde, kurz äußern.

Für Ihre Entscheidung zu unserem Prüfantrag mit dem Titel „Überführung der Kliniken in den Stadtwerke-Konzern“ möchte ich drei Punkte hervorheben:

Der Antrag ist zunächst nur ein Prüfantrag. Auch bei der Planung der Ost-West-Achse werden zwei Varianten geprüft. Daher ist eine mehrgleisige Vorgehensweise möglich und erprobt. Die Kliniken gehören zur Daseinsvorsorge - das haben schon einige Vorredner gesagt - und tragen zu einer bürgernahen und guten Gesundheitsversorgung aller Kölner bei. Es steht zu befürchten, dass eine Überführung der Kliniken der Stadt Köln in die Uniklinik Köln dies nicht im gewohnten Maße gewährleisten kann. Die Uniklinik Köln setzt Prioritäten bei der Forschung und Lehre. Wichtig sind aber direkte Behandlung und die Grundversorgung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich bitte Sie im Namen der Bezirksvertretung Kalk und der rechtsrheinischen Kölnerinnen und Kölner, diese Gesichtspunkte bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen und eventuell unseren Prüfantrag in einen tatsächlichen Antrag umzuwandeln und diesen auch zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, wir gehen in die zweite Runde. Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Lieber Herr Unna, wir haben in den letzten Tagen viel telefoniert und auch diskutiert. Wenn ich mir jetzt den Punkt 7

Ihres Änderungsantrags durchlese: Der Gesundheitsstandort Holweide ist zu erhalten, dabei soll der Aufsichtsratsbeschluss umgesetzt werden - das ist alles schön und gut. Aber die entscheidende Frage ist: Wie sollen die Finanzmittel für diese Umsetzung erzielt werden? Das steht nicht hierin. Das ist doch das Problem. Wir machen hier nur Augenscherelei. Wir müssen doch als Stadt auch finanziell dafür einstehen.

Dass wir mit dem Land verhandeln, ist für mich selbstverständlich. Dass wir um jeden Euro kämpfen, das propagiere ich bei allen Tagesordnungspunkten. Das ist für mich völlig klar. Ich bin nur realistisch und sehe, was wir an der Stelle für finanzielle Mittel bekommen können. Ich will gar keinen niedrigen Betrag nennen, Frau Oberbürgermeisterin, mit dem Sie dann in den Ring gehen. Dann bekommen Sie noch weniger. Das will ich gar nicht machen. Aber man muss doch dazu stehen, dass man sagt: Jawohl, hinter diesem Projekt, das der Aufsichtsrat jetzt beschlossen hat, stehen wir voll. Das werden wir auch umsetzen - komme, was wolle.

Es ist doch der neue Gedanke, dass wir in Holweide ein kleines Krankenhaus mit einem ambulanten Ansatz haben, das neu gebaut werden soll. Das ist doch eine Perspektive. Das ist doch eine Vision.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Insofern ist mir das einfach zu wenig, wie es hier steht. Das muss ich ganz klar sagen. Obwohl ich klar sehe, Herr Unna, Sie haben da etwas bewegt, gar keine Frage.

Zweiter Punkt: Kartellamt. Das müssen wir nicht weiter vertiefen. Ich habe das schon hoch- und runterdiskutiert. Es ist aber eine Hürde, die überwunden und geklärt werden muss.

Meine Damen und Herren, es ist ja nett, dass Sie im Stiftungsmodell ein paar Sitze mehr für die Stadt haben wollen, aber, meine Damen und Herren, das ist doch uninteressant. Das kann man machen. Ich bin auch nicht dagegen. Es geht aber um Geld und Macht, und das spielt sich doch in der AöR ab. Es ist doch die entscheidende Frage, wie das Geld in die AöR kommt. Da haben wir ja gefragt: Kommt das vom Land? - Darauf hat Luther gesagt: Nein, das kommt von der Uniklinik. - Ja, aber woher soll die Uniklinik das nehmen? Die kann das drucken. Ich bin Drucker, ich kann ja mit denen reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 50

Das ist nicht die Frage. Aber das Geld muss irgendwo herkommen, und das ist nicht der Fall. Dann muss man doch nicht tun wie 'ne Tulpe.

Es ist also entscheidend die Macht der Anstalt des öffentlichen Rechts. Diese ist definiert, und die stellen Sie hier in Ihrem Änderungsantrag nicht infrage. Die Anstalt des öffentlichen Rechts wird geleitet von der Universitätsklinik. Basta! Das stellen Sie nicht infrage. Insofern sind Ihre Änderungen nett, aber sie sind nicht durchschlagend. Das ist das Problem an der ganzen Sache. Deswegen haben wir auch nicht zu einem Kompromiss gefunden. Es tut mir leid, ich würde auch gern mit Ihnen gemeinsam Druck machen, aber wir können uns das mit der Demo überlegen, ob wir nicht einmal eine gemeinsame Demo

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ach, die Kollegin von den Grünen wehrt schon ab. Schade! Aber ich fände es gut, wenn man da mal Druck machen könnte. Dafür können wir vielleicht auch noch andere Kommunen kriegen.  
- Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine Redeliste in der zweiten Runde. Sie beginnt mit Herrn Paetzold, dann Herr Dr. Unna, dann Herr Boyens. - Bitte, Herr Paetzold.

**Michael Paetzold (SPD):** Da es nun dankenswerterweise eine zweite Runde gibt, habe ich die Gelegenheit, noch einmal auf einige der mir nachgefolgten Redebeiträge einzugehen.

Zunächst zu Ihnen, Herr Petelkau: Natürlich habe ich keine Angst vor der Uniklinik. Ich schätze sie sogar sehr. Die meisten von Ihnen wissen, ich bin Arzt. Ich freue mich sehr, dass ich schwerkranke Patienten von mir zum Beispiel in onkologischen Fällen in die Uniklinik schicken kann. Ich schätze deren Expertise sehr. Meine Tochter hat an der Uni Köln studiert. Da gibt es überhaupt keine Sorge und Angst. Sie hat aber einfach einen anderen Auftrag. Der Auftrag der Universitätsklinik ist primär Forschung und Lehre. Das ist weder etwas Fieses noch etwas Falches, sondern das ist einfach so.

(Bernd Petelkau [CDU]: Sie wissen genau, dass sie auch Generalversorger sind! Sie sind Generalversorger für das linksrheinische Köln!)

- Ja, aber schauen Sie sich die Satzung an, dann werden Sie es lesen. Das ist halt einfach so.

Das heißt nicht, dass man nicht zusammenarbeiten kann, das macht es nur ein bisschen schwieriger. Deshalb - da die Uniklinik andere Interessen hat - wollen wir nicht in dieses Stiftungsmodell gehen.

Herr Unna, wir sind in vielem einer Meinung. Ich habe auch gesagt, Sie haben wirklich eine Menge in Ihren Änderungsantrag hineinverhandelt. Chapeau dafür! Es bleibt aber bei der umsatzsteuerlichen Organschaft. Ich will nicht noch einmal vorlesen, was das heißt; ich habe es ja vorgelesen. Das heißt, die Universitätsklinik wird im Stiftungsverbund bis zur Farbe des Klopapiers entscheiden, und zwar nur die Uniklinik und sonst niemand. Das ist nun einmal einfach so.

Dann hatten Sie darauf hingewiesen, dass ich hier den Wissenschaftsrat zitiert hatte, und Sie hatten auf die Risiken hingewiesen. Ich lese mal vor, worin die Risiken bestehen. Da gibt es zu bedenken, dass die Pläne neben den Chancen für die klinische Forschung - hört, hört; darum geht es eben - auch mit Herausforderungen einhergehen, etwa bei der Koordination der Krankenversorgung, der dann verdoppelten Bettenkapazität sowie hinsichtlich der finanziellen Risiken und kapazitätsrechtlichen Konsequenzen. Sogar dem Wissenschaftsrat ist klar geworden: So ein Riesentanker ist einfach schwer zu steuern. Daran könnte sich die Uniklinik auch verheben, und das wird sie wahrscheinlich auch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: ... lässt grüßen!)

- Genau.

Herr Breite, zu Ihnen: Ich habe, wenn Sie reden, immer ein bisschen Angst um Ihren Blutdruck. Aber vielleicht ist das auch nur etwas Theaterdonner.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie hüpfen hier dann so herum und werden langsam rot. Ich habe dann immer schon fast mein Köfferchen in der Hand.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber, wie gesagt, ich vermute, das ist ein bisschen Theaterdonner. Deshalb bin ich dann doch wieder ganz beruhigt.

Herr Breite, ich glaube, Sie haben es nicht verstanden. Die Uniklinik will uns kein Geld geben.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 51

Das steht da nirgendwo. Sie wird unsere Sanierung nicht bezahlen. Ganz im Gegenteil: Die müssen wir bezahlen. Das steht darin.

Wer denkt, dass die Uniklinik die Sanierung der Kliniken der Stadt Köln bezahlen wird, der ist hochgradig naiv. Der hat die Vorlage nicht gelesen. Es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist völlig richtig, die Betriebs-AöR, die da zu gründen sein soll - das steht auch in der Vorlage -, wird Investitionen aus eigenen und Fremdmitteln oder durch Kreditaufnahme finanzieren. Da steht nicht: Die Universitätsklinik packt etwas dazu. Da steht nicht: Das Land packt etwas dazu. - Eigenmittel, Fremdmittel, Kredite. Punkt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Unna, bitte.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Es tut mir für die anderen Kollegen leid, dass das jetzt so fachlich wird. Aber wir müssen das hier einmal durchexerzieren. Denn wir sind jetzt wirklich an einer Wegkreuzung. Das ist noch nicht die entscheidende. Darauf muss man doch großen Wert legen. Denn wir fassen jetzt nicht den Beschluss, sondern geben einen Verhandlungsauftrag. Das muss man immer wieder zu Protokoll geben, damit klar ist, was wir hier gerade tun. Es ist nicht das Grundgesetz, das wir da erarbeiten. Ich versuche trotzdem einmal, die Punkte aufzugreifen.

Zunächst einmal ist es in der Tat so, wie der Kollege Paetzold zu Recht gesagt hat. Der betriebswirtschaftliche Durchgriff ist dann gegeben. Natürlich hat der Wissenschaftsrat das so benannt, wie er es benannt hat. Gerade deswegen findet sich in unserem Antrag der Punkt, dass wir sowohl im operativen Geschäft als auch in den Aufsichtsgremien entsprechend vertreten sein sollten, damit wir den Einfluss wahren können.

Ähnliches gilt übrigens für den eben schon benannten natürlichen Zielkonflikt. Er besteht, ja.

Lehre und Forschung sind übrigens etwas sehr Positives. Wir sind in den letzten 100 Jahren ja nur deshalb medizinisch vorangekommen, weil es Lehre und Forschung gibt.

Nach meinem Kenntnisstand ist es übrigens auch Auftrag der Uniklinik Köln, die Krankenversorgung zu gewährleisten.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, natürlich!)

Wir werden da ja nicht nur seziert, sondern auch behandelt - jedenfalls ich, als ich da war; ich nehme an, dass es bei den anderen Kollegen auch so ist.

Das muss man also benennen und darf es nicht wegdiskutieren. Man muss dann aber auch versuchen, das zusammenzubringen. Wenn man Optimist ist, kann man so etwas auch denken. Es ist möglich. Es ist nur eine große Aufgabe. Dieser Aufgabe muss man sich stellen. Darum werben wir gerade.

Nun zu dem Argument mit dem Kartellamt: Lieber Jörg Detjen, du weißt, dass ich kein Jurist bin. Aber nach meinem Kenntnisstand ist das durch den Gesetzesvorbehalt ausgehebelt. Wir handeln eben nicht eigenständig. Vielmehr gibt es in dem Fall, dass es so weit kommen sollte, ein Landesgesetz. Damit ist dieses kartellrechtliche Argument sicherlich vom Tisch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das Landesgesetz muss es wegen der AöR geben!)

- Ja, da müssen nach meinem Kenntnisstand mehrere Gesetze geändert werden. Aber das ist Gott sei Dank nicht unser Problem im Rat der Stadt Köln.

Nach meinem Verständnis ist die Uniklinik Köln direkt vom Land abhängig. Insofern handelt es sich bei dem Geld, das die Uniklinik dort hineingibt - sie gibt es natürlich aus wohlverstandenen eigenen Interessen dort hinein; das ist völlig klar -, nach meinem Kenntnisstand natürlich am Ende um Landesmittel. Das sehe ich so.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage geklärt, woher bei dem Stiftungsmodell das Geld letztlich kommt. Denn das ist ja richtig benannt, auch wenn die Ratio ein bisschen falsch ist. Es war nicht 19-mal so viel, sondern zehnmal so viel. Aber wir stellen natürlich fest: Über die letzte Dekade hat die Uniklinik Köln in diesem Bereich im Vergleich zu den Plankrankenhäusern der Stadt Köln erheblich, und zwar um circa den Faktor 10, mehr Mittel bekommen. Das ist so.

Natürlich macht das Ganze aus Sicht der Häuser nur dann Sinn, wenn wir Universitätsstatus bekommen. Deswegen ist dieser Punkt auch in unserem Antrag enthalten. Denn wir wollen dann

54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 52

auch fördermittelmäßig mit der Uni gleichgestellt werden.

Nun komme ich zu der Frage, was mit der Verzögerung oder mit dem Sanierungskonzept ist. Nach meinem Verständnis ist das, was der Aufsichtsrat am Donnerstag letzter Woche unter dem Stichwort „2+1“ beschlossen hat - also zwei Krankenhäuser plus ein Medizinstandort und nicht drei Krankenhäuser -, ein Sanierungskonzept. Das wird jetzt angegangen. Da bin ich relativ sicher. Wir haben den Aufsichtsratsvorsitzenden hier sitzen. Ich habe niemanden gehört, der dagegenspricht. Auch die Gesellschaftervertreterin hat nicht dagegengesprochen. Insofern gehen wir das jetzt an.

Wir müssen es auch zügig angehen. Die Zahlen sind ja eben von der FDP hier genannt worden. Sie sind auch kein Geheimnis. Insofern haben wir einen erheblichen Handlungsdruck, jetzt voranzukommen. Das ist einfach so. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Denn leider können wir Geld nicht beschließen. Das heißt, dass wir etwas tun müssen.

Wir werden diese Sanierung vorantreiben. Die Frage ist nur: Wollen wir das als Stand-alone aus eigenen Mitteln tun, oder wollen wir es bis zu einem bestimmten Punkt aus eigenen Mitteln tun, dann einen Cut-off haben und die Uni für alles, was hinter diesem Cut-off passiert, ins Gebet nehmen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Das Geld muss man ja erst einmal haben!)

Meine Fraktion ist der Meinung: Wir sind gut beraten, dass zumindest mal gesprochen wird, um Ihren Duktus aufzunehmen. Wir sollten einfach mal verhandeln und schauen, wie weit wir kommen.

In unserem Änderungsantrag haben wir Bedingungen definiert. Man kann erkennen, dass uns diese Punkte wichtig sind. Ich sage voraus: Wenn keiner dieser Punkte erfüllt sein wird, wird ein Verhandlungsergebnis vermutlich keine Mehrheit in diesem Rat finden, weder vor der Wahl noch nach der Wahl.

Insofern denke ich, dass es gut ist, den Verhandlungsauftrag zu schärfen. Ich bin sehr sicher, dass unser Verhandlungsführer ein guter Mann ist, der alles tun wird, um das hinzukriegen.

Wir haben heute einen deutlichen Fingerzeig gegeben, was wir für essenziell halten, um die gesundheitlichen Belange unserer Bevölkerung

entsprechend zu schützen und zu wahren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal dem Eindruck entgegenwirken, wir seien gegen eine Verbundlösung. Eine Verbundlösung kann durchaus sinnvoll sein; überhaupt keine Frage.

Es ist aber doch vollkommen klar, dass wir, bevor wir in einen solchen Verbund gehen, unsere Hausaufgaben machen müssen. „Hausaufgaben machen“ heißt, dass man ein Konzept hat, dass man einen Businessplan hat - Herr Detjen hat es gesagt -, dass man einen Plan hat, was man erreichen und tun will. Und das haben wir nicht.

Wir mahnen schlicht und ergreifend an, dass wir auch einen Sanierungsbeitrag leisten müssen.

Und noch einmal: Der Standort Holweide ist nicht zu halten. Was wir dort bauen können, ist altersgerechtes Wohnen mit einem Medizinischen Versorgungszentrum. Das würde wunderbar in die städtische Entwicklungsstruktur passen. Wir können aber doch nicht auf Biegen und Brechen glauben, diesen Standort einer Uniklinik aufzuktroyieren zu können. Das ist unrealistisch. Das ist Traumtänzerie. Und das sollten wir auf keinen Fall tun, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig. Es gibt eine Verwaltungsvorlage. Diese Verwaltungsvorlage hatten wir im Finanzausschuss. Dort ging es um die Kosten für die Berater, die jetzt den Sanierungsprozess weiter vorantreiben sollen. Da ist mir ein Punkt wichtig. Dort steht ein durchschnittlicher Stundensatz - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde Sie bitten, das dann im nichtöffentlichen Teil anzusprechen. Hier gehört das nicht hin.

**Stephan Boyens (AfD):** Ja, aber da steht ein Stundensatz, der deutlich zu hoch ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Nichtöffentlich!)

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 53

Er ist deutlich zu hoch - das kann man, glaube ich, sagen - und sollte angepasst werden. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann über die Vorlage abstimmen, und zwar zunächst über die Anregung der BV Kalk. - Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin, da würden wir gerne wie Alternative abstimmen lassen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN auf Abstimmung wie Alternative abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich über den Beschlussvorschlag abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Joisten [SPD]: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

- Über den BV-Antrag.

(Christian Joisten [SPD]: Ach so! Das ist TOP 21.2?)

- Und jetzt neu TOP 3.2.2. - Soll ich ihn noch einmal vorlesen? Vielleicht ist das sinnvoll. Es ist wirklich nur ein Satz:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 sowie die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, DIE LINKE, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 24.1, jetzt neu 10.22.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag von SPD und LINKEN abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den

bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP ab. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zum Schluss lasse ich über die Vorlage in der Fassung des eben angenommenen Änderungsantrags abstimmen. Wer ihr so zustimmen wünscht, den bitte ich erneut um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach.

(Zuruf)

- Und die Oberbürgermeisterin. - Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas sagen. Ich wollte jetzt nicht die Beratung dieses Tagesordnungspunktes verlängern. Aber es gibt natürlich Antworten auf diese Fragen. Sie werden im zukünftigen Prozess auch gegeben werden.

Jetzt würde ich gerne mit der Sitzung fortfahren, indem ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe:

### **3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einführung eines Kurzstreckentickets zum Nulltarif im Stadtbezirk Kalk 3385/2019**

Dazu hat als Erstes Herr Weisenstein das Wort. - Nein?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir haben keinen Wortbeitrag! Es spricht nur die Bürgermeisterin aus Kalk!)

- Gut. Bitte, Frau Dr. Groß.

**2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß (Kalk):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, die noch auf der Tribüne anwesend sind! Ich bin heute hier, um einen Beschluss zum

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 54

kostenlosen Kurzstreckenticket - in Lindenthal und Rodenkirchen auch Brötchenticket genannt - aus der Bezirksvertretung Kalk vorzustellen und dafür zu werben.

Eigentlich sollte unser Vorschlag schon Ende 2018 bei den Haushaltsverhandlungen für 2019 beschlossen werden. Aber die Verwaltung hat es geschafft, dass wir damit sogar die Haushaltsverhandlungen für 2021 verpasst haben. Da ist noch Luft nach oben.

Zur Stellungnahme der Verwaltung möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Die Drucksache, auf die die Verwaltung verweist, wurde erst mehr als sechs Monate nach dem Beschluss in Kalk erstellt und berücksichtigt diesen überhaupt nicht.

Tatsächlich verweist der Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden darauf, dass es aus den Bezirksvertretungen verschiedene Beschlüsse zum Tarifsysteem gebe und diese zusammengeführt werden sollten. Sie, Herr Hammer von den Grünen, haben dies bereits in der Vergangenheit angeregt. Aber ist das geschehen? Meines Wissens nicht.

Wenn Sie heute beschließen, unsere Anregungen in den Fachausschüssen zu behandeln, haben Sie gute Chancen, dies nachzuholen.

Dass die Verwaltung nun auf die Stellungnahmen bezüglich fahrscheinloser Tage in ganz Köln verweist, zeigt erneut, dass die Anregungen und Bedürfnisse innerhalb der Bezirke ignoriert werden.

Das Gleiche gilt für die zweite Drucksache, die über ein Jahr nach dem Kalker Beschluss kam und diesen wieder einmal ignorierte. Auch hier geht es um das Gesamtsystem der Fahrpreise.

Was allerdings auffällig ist, ist, dass der Ausbau des ÖPNV wohl in den letzten Jahren mit den steigenden Bedarfen nicht mitgehalten hat. So wartet zum Beispiel der Stadtteil Neubrück seit 50 Jahren auf die Straßenbahn, und es ist immer noch nicht sicher, ob und, wenn ja, wann sie kommt, während gleichzeitig die Linie 179 morgens ohne Halt und damit ohne Fahrgäste als Geisterbus von Deutz nach Neubrück unterwegs ist.

Der Bau unterirdischer Bahntrassen dauert wesentlich länger und bindet mehr Finanzmittel als der Bau oberirdischer.

Die Verwaltung schreibt, dass sie mit Tarifvergünstigungen anfangen möchte, sobald die Kapazitäten ausreichend bereitgestellt werden. Dann sagen Sie uns doch bitte hier und heute, wann dies der Fall sein wird. Wird irgendjemand aus dem Rat noch erleben, wenn die KVB ausreichend Kapazitäten anbietet? Ich wünsche es jedem, bezweifle aber, dass mein Wunsch in Erfüllung geht.

Kommen wir nun zum Argument, dass nicht der Preis, sondern das Angebot die Leute in den ÖPNV holt. Wenn dieses von der Verwaltung und der KVB oftmals angebrachte Argument stimmte, dann müsste sie keine Angst davor haben, ein kostenloses Kurzstreckenticket anzubieten; denn niemand würde es nutzen.

Lassen Sie mich kurz erklären, warum es vielleicht doch der Fahrpreis ist, an dem es liegt. Um zum Beispiel von Ostheim, sagen wir, vom Buchheimer Weg oder von der Gernsheimer Straße, zum Bezirksrathaus Kalk oder zum Kalk-Karree zu kommen, müssten Sie mit der KVB nach den aktuellen Tarifen hin und zurück 4 Euro zahlen. Dafür könnte man vier Stunden und 20 Minuten unter dem Bezirksrathaus parken oder den ganzen Tag im Parkhaus der Köln Arcaden stehen. Und das ist keine Strecke, die Sie normalerweise zu Fuß gingen. Und, ehrlich gesagt, so fahrradfreundlich ist gerade die Kalker Hauptstraße nicht, dass man von Ostheim nach Kalk mit dem Rad unterwegs sein möchte.

Wenn Sie unverschämterweise aber auch noch ein Kind mitnehmen, wird der Spaß mit der KVB direkt 2 Euro teurer - mit dem Auto nicht.

Hier wird wieder einmal deutlich, dass Mobilität auf das Auto und nicht auf den wesentlich klimaneutraleren ÖPNV als Verkehrsmittel ausgelegt ist. Schlecht fürs Klima, gut für die Autolobby!

Jetzt mögen 2 oder 4 Euro für die Verfasser der Stellungnahmen nicht viel Geld sein. Aber es gibt in diesem System tatsächlich Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Denen würden Sie mit einem kostenlosen Kurzstreckenticket bestimmt helfen.

Soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz zeigt sich an der Möglichkeit eines jeden, egal ob arm oder reich, von A nach B zu kommen. Um die Ernsthaftigkeit der Stadt Köln beim selbst beschlossenen Klimanotstand - was ich sehr begrüße - deutlich zu machen, ist die Mitnahme aller zwingend erforderlich.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 55

Mit dem Angebot des kostenlosen Kurzstreckentickets würden Sie die Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen, etwas fürs Klima tun und einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Klimaschutz ist Klassenkampf - das böse Wort ist wieder aufgetaucht; aber es ist so; einen schönen Gruß an Herrn Breite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer hat das Wort.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorschlagen, dass wir darüber wie in der Fassung der Alternative abstimmen, nämlich den Verweis in den Verkehrsausschuss und den Finanzausschuss.

Es sind ja durchaus grundlegende Fragen, wie wir mit der Finanzierung des ÖPNV in Köln weiter umgehen möchten. Auch die Frage eines kostenlosen Kurzstreckentickets gehört unserer Meinung nach in die Fachausschüsse. Daher würden wir die entsprechende Debatte dann auch gerne dort weiterführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es noch eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Alternative abstimmen. Sie lautet:

Der Rat verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung unter Beachtung übergeordneter Aspekte der Verkehrs- und Finanzpolitik der Stadt Köln in den Verkehrs- und den Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen jetzt zu:

### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

#### **4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Nutzung der Dienstwagen“ AN/1507/2019**

#### **Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019 3836/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt

#### **4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate“ AN/1508/2019**

#### **Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019 3830/2019**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Dann rufe ich auf:

### **5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

#### **5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

##### **5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen - Änderung der Hauptsatzung 1743/2019**

Das war in der letzten Sitzung zurückgestellt worden. - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Wir konnten uns in den diversen Vorgesprächen ja schon auf einen Kompromissvorschlag zwischen den beiden Alternativen einigen.

Daher schlagen wir vor, wie die Hauptvariante abzustimmen, allerdings die Zahl der Begrenzung dort herauszunehmen, sodass es dann heißen würde:

sowie die zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreise.

Der fett gedruckte Teil wäre also durch diesen Passus zu ersetzen. Dann könnten wir in dieser Form darüber abstimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Zahl soll also entfallen?

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 56

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Zahl soll entfallen. Ich gebe es Ihnen gleich noch schriftlich.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bevor wir darüber abstimmen, gibt es noch eine Wortmeldung. Frau Tokyürek, bitte.

**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gibt auch noch eine Alternative, für die ich gerne werben würde. Es geht nämlich darum, dass für die Koordinierungsrunde auch eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird und nicht nur für die Facharbeitskreise. Ich möchte das auch kurz begründen.

Natürlich werden wir auch bei der Hauptvariante mitgehen. Es ist gut, dass die Facharbeitskreise eine Aufwandsentschädigung bekommen. Gut ist auch, dass die Zahl von acht Sitzungen wegfällt und entsprechend auch die Aufwandsentschädigungen für die jeweiligen Sitzungen gezahlt werden. Als Mitglied des Integrationsrates, aber auch als Stadträtin weiß ich um die Mitglieder des Integrationsrates, die wirklich dafür gearbeitet und gekämpft haben, dass diese Arbeitskreise Aufwandsentschädigungen bekommen. Das sind Facharbeitskreise, die wirklich sehr gut arbeiten und viel Vorarbeit leisten. Es ist auch gut und wichtig, dass wir diesen Beschluss heute alle gemeinsam tragen. Das würde ich mir für den Integrationsrat wünschen. Es wird den Integrationsrat stärken. Es wird die Mitglieder in den Facharbeitskreisen stärken.

Trotzdem würde ich gerne dafür werben, dass für die Koordinierungsrunde auch eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Ich habe es jetzt so verstanden, dass der Hauptantrag beschlossen wird und nicht die Alternative. Aber ich fände es gut - -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Modifiziert! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das nehmen wir ja raus!)

- Aber die Alternative heißt ja:

der Koordinierungsrunde und seiner Facharbeitskreise.

Ich will es nur verstehen. Vielleicht habe ich es auch missverstanden. Es gibt doch den Antrag, dass nur die Facharbeitskreise eine Aufwandsentschädigung bekommen. Aber der Integrati-

onsrat möchte - das hat er so beschlossen -, dass auch die Koordinierungsrunde eine Aufwandsentschädigung bekommt.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das habe ich richtig verstanden, Herr Breite. - Deswegen wollte ich dafür werben, dass wir die Alternative beschließen. Denn ich fände es gut, dem Integrationsrat zu zeigen, wie wichtig wir seine Arbeit nehmen. Und diese Koordinierungsrunde macht gute Arbeit. Wir als Ratsmitglieder sitzen da auch. Aber um uns geht es gar nicht. Es geht mir um die Mitglieder des Integrationsrates, die in der Koordinierungsrunde und in den Facharbeitskreisen wirklich gute Arbeit leisten.

Natürlich werden wir auch die Hauptvariante und diese Modifizierung mittragen. Trotzdem werbe ich dafür, hier der Alternative zuzustimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek, jetzt muss ich Sie noch einmal fragen. Sie sagen immer, dass Sie dafür werben möchten. Stellen Sie denn einen Änderungsantrag in Form der Alternative? Ich möchte das jetzt richtig abstimmen lassen, so wie es Ihrer Intention entspricht. Deswegen frage ich Sie jetzt noch einmal.

**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir würden gerne die Alternative als Änderungsantrag zur Abstimmung stellen - allerdings mit einer Änderung. Wir bitten nämlich darum, in der Alternative - das ist dann Teil unseres Änderungsantrags - die drei Worte „bis zu acht“ zu streichen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein, du willst es oben in der Hauptvariante streichen. Wir wollen es aber unten in der Alternative streichen. Dann hat man die Koordinierungsrunde mit dabei. Das ist eine ganz einfache Sache. Man muss nur unten die Worte „bis zu acht“ streichen. Dann ist die Koordinierungsrunde dabei. Und dann ist, glaube ich, das beschlossen, was der Integrationsrat und die meisten Leute hier im Rat eigentlich wollen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich zunächst über Ihren Änderungsantrag abstimmen, bei dem Sie die Alternative gewählt haben, sie aber noch einmal geändert und „bis zu acht“ gestrichen haben.

## 54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 57

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:  
Ganz genau!)

Soll ich es noch einmal vorlesen? - Nein, brauche ich nicht. Okay.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Das ist der Beschlussvorschlag der Vorlage. Allerdings ist dort „jeweils bis zu acht Sitzungen seiner Facharbeitskreise“ gestrichen und dafür „die zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreise“ eingefügt.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Abschließend lasse ich noch über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so in der geänderten Fassung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

### 6 Ortsrecht

#### 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

##### 6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR: Abwassergebührensatzung 2020 3395/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 6.2.2 Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus Nicht-EU-Ländern nach EU-Recht 3218/2019

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

### 7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

#### 7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

##### 7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltsatzung 2019 3614/2019

Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt

#### 7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

##### 7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktes Aachener Straße/Hültzstraße/Stadtwaldgürtel 2619/2019

Auch das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

### 8 Überplanmäßige Aufwendungen

#### 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2019 3472/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

### 10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

#### 10.2 Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“

**hier: Förderprojekt KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln  
3141/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung und Reduzierung des Zuschusses  
3188/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Schaugewächshaus im Botanischen Garten - Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW)  
1850/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Wirtschaftsplan 2020  
3399/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020  
3124/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2018  
2989/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020  
2990/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2017 - Beteiligungsbericht 2017  
1531/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere  
1851/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., Köln-Marienburg  
Baubeschluss  
2135/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Werkstattverfahren Hallen Kalk hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung  
2646/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Generalsanierung der Turnhalle der Städtischen Katholischen Grundschule Osterather Straße 13, Köln-Nippes - Bau- und Einrichtungsbeschluss 2450/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Severinsbrücke; Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Durchführung einer Nachrechnung auf Grundlage der „Richtlinie zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand“ 3316/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Verlängerung Auszugsmanagement 3328/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Einmalige Zuwendung an die Frauenberatungsstelle von agisra e. V. sowie die haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen in 2019 3378/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Umgehende strukturelle und finanzielle Weiterentwicklung der vier Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) der Stadtbezirke Chorweiler, Lindenthal, Porz und Rodenkirchen in Köln 3498/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Erneuerung der Mitgliedschaft im internationalen „Rainbow Cities Network“ 3572/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe 3548/2019**

Wortmeldungen? - Frau Gärtner.

**Ursula Gärtner** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu, weil es uns enorm wichtig ist, dass dieses Angebot ganz schnell ans Netz geht.

Gleichwohl möchten wir gerne im Gesundheitsausschuss und im Sozialausschuss noch einmal darüber diskutieren, wie man auf Dauer gesehen die freien Träger in dieses Angebot einbeziehen kann; denn diese Vernetzung ist enorm wichtig, und wir müssen sehen, ob das alles unbefristet auch bei den Mobilien durch das Gesundheitsamt passieren soll oder ob wir andere Lösungen finden.

Nur: Wenn wir das jetzt zu klären versuchen, dann kommen wir nicht schnell ans Netz, und das ist uns noch wichtiger, als diese Frage zu klären.

Wir sollten das aber in der jeweils nächsten Sitzung der Ausschüsse noch einmal diskutieren.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wird zugesagt. - Herr Dr. Unna.

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich finde es erst einmal sehr gut, dass hier die Dringlichkeit der Entscheidung den Vorrang hat. Auch für Bündnis 90/Die Grünen ist das Subsidiaritätsprinzip ein sehr hohes Gut. Aber wir wissen alle miteinander - wir sind jetzt ja seit Jahren dran -: Es geht um schwerstkranke Menschen.

Es wird draußen sehr kalt. Wir möchten alle nicht, dass irgendjemandem etwas Fatales passiert. Daher finde ich es gut, dass wir uns auch im Gesundheitsausschuss einmütig dazu bekannt haben, jetzt die schnelle Lösung vorzuziehen.

Als Vorsitzendem des Ausschusses sind mir die Bedenken bekannt. Sicherlich werden wir den Vorgang auch eng begleiten.

Wir haben ja die Zusage, dass es mit dem Programm dieses Jahr noch etwas wird und dass wir damit ans Netz gehen können. Das ist uns allen im Ausschuss seit Jahren sehr wichtig gewesen. Der Dezernent weiß das. Er steht auch voll dahinter, wenn ich das richtig sehe.

Insofern finde ich es wirklich toll, dass wir da im Ausschuss einstimmig zu dieser Meinung gelangt sind, und würde mich sehr freuen, wenn dieses Haus das ebenfalls einstimmig transportieren würde - übrigens auch im Sinne der Bl. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Paetzold hat das Wort.

**Michael Paetzold (SPD):** Ich kann mich den Ausführungen von Frau Gärtner im Namen meiner Fraktion nur anschließen. Wir würden das gerne auch im Gesundheits- und im Sozialausschuss besprechen. Es soll aber keinesfalls die Entscheidung heute aufhalten.

Wir freuen uns sehr darauf, dass es am 4. Dezember dieses Jahres losgeht. Wenn das klappt, wird dieser 4. Dezember ein richtig guter Tag für unsere Stadt. Wir arbeiten alle zusammen und sehr einmütig seit über drei Jahren daran. Jetzt kommt es so weit. Das freut mich sehr. Wie gesagt, wird dieser 4. Dezember ein guter Tag, wenn es klappt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich - mit der Zusicherung, dass das in die nächsten Ausschüsse kommt - darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Weiterführung des Projektes „Plan27“ - Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive  
3512/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu:

**12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

Tagesordnungspunkt

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74455/02  
Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße in Köln Merheim  
3059/2019**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03  
Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelberg in Köln-Sürth  
0396/2019**

Hier erfolgt eine Abstimmung wie Vorlage und wie Stadtentwicklungsausschuss, der ihr einstimmig zugestimmt hat.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**17 Wahlen**

Tagesordnungspunkt

**17.1 Benennung von Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertretern als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüssen  
3491/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**54. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 61**

---

**17.2 Benennung eines Mitglieds der Verwaltung im Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen  
3450/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender  
3515/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Bauausschuss“  
AN/1482/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates“  
AN/1526/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“  
AN/1535/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss“  
AN/1536/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist das so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils  
angelangt. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzu-

stellen. - Das geschieht schon. Vielen Dank und  
guten Abend!

(Schluss: 19.17 Uhr)